WVMETALLE

18.19

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie

WVMETALLE

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie

18.19

Politik als Beruf
Zwischen Gesinnung und Verantwortung

Gesinnungsjournalisten, Gesinnungspolitiker, Gesinnungsjustiz – die Liste der „Gesinnungs-Kompositionen“ in Reden, Statements und Zeitungsartikeln lässt sich beliebig fortsetzen. Die Gesinnungsethik ist als Kampfbegriff momentan in Mode und wird von Vertretern jedweder politischen Couleur ins Feld geführt, um den jeweiligen Gegner als unreif und inkompetent zu diskreditieren.

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin
der WVMetalle

Der Soziologe Max Weber hätte seine wahre Freude daran gehabt – oder eher nicht ob der missbräuchlichen Verwendung des Begriffs, der oft als Gegenbegriff zur Verantwortungsethik gesehen wird. Letzterer ist allerdings im Gegensatz zur Gesinnungsethik überwiegend positiv konnotiert. Zum 100-jährigen Jubiläum von Max Webers denkwürdiger Vorlesung über Politik als Beruf in einer Münchner Buchhandlung am 28. Januar 1919 erinnern viele Artikel und Aufsätze an seine Thesen – ein willkommener Anlass, sich auch im Rahmen unseres Geschäftsberichts näher mit seiner Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu befassen. Denn sie kann nicht nur für Politiker im engeren Sinne, sondern auch für politische Akteure im weiteren Sinne noch heute Denkanstoß/Leitlinie sein.

Doch was sagt Max Weber eigentlich in seinen Ausführungen? Er benennt zunächst drei Qualitäten, die wesentlich für einen Politiker sind: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, wobei er unter ersterem die leidenschaftliche Hingabe an eine Sache versteht – stets jedoch in Verbindung mit Verantwortung und Augenmaß, „der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: der Distanz zu den Dingen und Menschen.“ In diesem Zusammenhang warnt er auch vor der Eitelkeit als der „Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall: der Distanz sich selbst gegenüber.“

Er unterscheidet zwischen zwei Politikertypen:

Gesinnungsethiker, die ihre eigenen Grundüberzeugungen und Werte zum Maßstab ihres Handelns erklären, ohne sich jedoch Gedanken über die Folgen ihres Tuns zu machen oder zumindest für die Folgen keine Verantwortung übernehmen zu wollen.

Verantwortungsethiker, die in erster Linie die längerfristigen Konsequenzen ihrer Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen und entsprechend agieren. Die eigenen Grundüberzeugungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen

Diese beiden Typen sind in ihrer Reinform natürlich nur ein theoretisches Konstrukt, das sich weder politisch noch moralisch in der Realität durchhalten lässt. Deshalb kommt auch Max Weber zu dem Entschluss: Gesinnungsethik und Verantwortungsethik sind „nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten Menschen ausmachen". Denn auch Verantwortungsethiker sind und müssen bei ihrem Handeln von einer Haltung oder Überzeugung geleitet sein. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel. Umgekehrt können Gesinnungsethiker die Konsequenzen ihres Handelns nicht völlig außer Acht lassen. Das Gegenteil von gut ist bekanntlich gut gemeint.

Und dennoch sind rein gesinnungsethische Argumentationen für die Lösung von Problemen in einer immer komplexeren Welt eine große Verlockung. In unseren Zeiten, in denen Dank Globalisierung und Digitalisierung alles mit allem zusammenhängt, gibt es keine einfachen Antworten und es wird immer schwieriger, fundierte und umfassend informierte Entscheidungen zu treffen. Da ist der Wunsch nach Orientierung und simplen Wahrheiten groß – nicht nur im Politischen auch im Privaten. Umso wichtiger ist es, dass Gesinnungs- und Verantwortungsethik in Balance gehalten werden, um zu vernünftigen Lösungen zu gelangen. Dabei kann man natürlich trotzdem zu unterschiedlichen vertretbaren Antworten gelangen.

Das führt zu einem der Wesensmerkmale unseres demokratischen Verfassungsstaats: Trotz unterschiedlicher Antworten müssen Dialog und auch Kompromisse zur Lösungsfindung möglich sein. Dabei handelt es sich keineswegs um faule Kompromisse. Denn sie haben insbesondere in demokratischen Regierungssystemen ihren festen Platz und einen kaum zu gering schätzenden Wert für den Zusammenhalt unserer offenen Gesellschaft, die es zu bewahren gilt. Die Fähigkeit und Bereitschaft zum Kompromiss ist eine Kardinaltugend unserer parlamentarischen Demokratie. Ohne sie gibt es keine Mehrheiten. Demokratien zeichnet ein breites Meinungsspektrum aus, was die Chance mit sich bringt, dass wir uns immer wieder neu erfinden, als Gesellschaft lern- und anpassungsfähig bleiben und begangene Fehler korrigieren können. Durch die Möglichkeit zur Mitbestimmung und den Schutz individueller Freiheiten sind wir handlungsfähig – innerhalb unserer Staatsgrenzen aber auch weit darüber hinaus innerhalb der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft.

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit
Kurt Schumacher

Bei allen Entscheidungen die Konsequenzen bedenken

Dabei stehen Demokratien wie die Bundesrepublik Deutschland in einem harten Systemwettbewerb mit anderen Formen der politischen Ordnung. Allen ist wohl gemein, dass sie nach Prosperität für ihre jeweilige Nation streben. Im Gegensatz zu anderen Herrschaftsformen verstehen sich demokratisch gewählte Repräsentanten allerdings nicht als Vertreter von Partikularinteressen oder bestimmten Eliten – sie sind dem Gemeinwohl verpflichtet und müssen das auch sein. Gleichzeitig ist es natürlich trotzdem ihre Aufgabe, die Anliegen der unterschiedlichen Interessengruppen, wie z. B. von Vertretern aus der Industrie, zu berücksichtigen. Eine grundsätzlich kritische Haltung der Politik gegenüber Akteuren aus der Wirtschaft ist ebenso fehlgeleitet wie dies umgekehrt gilt.

Im Sinne der Verantwortungsethik ist es wichtig, dass Politik die Konsequenzen ihrer Entscheidungen bedenkt. Das bedeutet: Verantwortungsvolle Politik muss realistische Annahmen treffen und ausgehend davon Maßnahmen und Ziele ableiten. Der vielzitierte Satz „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“ des Sozialdemokraten Kurt Schumacher bringt dies auf den Punkt.

Die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen,
ist manchmal verlockend, aber gefährlich.

Als wichtiger Teil der Gesellschaft übernehmen Unternehmen Verantwortung. Damit sie dies weiterhin tun können, muss Politik die Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Industriestandort Deutschland für Unternehmen auch in Zukunft gute wirtschaftliche Perspektiven bietet. In einer globalisierten Welt schließt dies insbesondere mit ein, dass die Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt.

Zugegebenermaßen ist dies keine leichte Aufgabe, da heutzutage viele unbekannte Variablen das Resultat von Entscheidungen beeinflussen und dadurch Risiken für Politik und Wirtschaft nur bedingt kalkulierbar machen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen. Blinder Fortschrittsoptimismus ist dabei genauso wenig hilfreich wie ideologisch verblendetes Wunschdenken unter Verdrängung der Wirklichkeit. Aber auch Warner und Mahner aus einer moralisch überhöhten Position bringen uns nicht weiter – egal ob es dabei um Umwelt-, Klima- und Energiepolitik oder Migrationsthemen geht.

In Erinnerung bleiben in diesem Zusammenhang Horrorszenarien wie das drohende Waldsterben in den 1980er Jahren aufgrund des sauren Regens. „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch“, hieß es damals. Ähnliches erleben wir heute mit den Prophezeiungen hinsichtlich des Klimawandels und dem daraus folgenden Aktionismus. Damit soll nicht bezweifelt werden, dass der Wald vor dreißig Jahren in keinem guten Zustand war, und auch der Klimawandel ist unbestritten. Allein die Hysterie, von der diese fraglos großen Herausforderungen begleitet werden, gepaart mit vermeintlich guten Ratschlägen selbsternannter Experten, ist wenig konstruktiv. Dass manche Medien ein professionelles Interesse am Alarmismus pflegen, ist verständlich, wenn auch wenig rühmlich. Jedoch sollten Politik und Wirtschaft sowie andere Interessengruppen sich nicht derselben Mittel bedienen.

Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich

Max Weber

Leidenschaft und Augenmaß

Politische wie unternehmerische Verantwortung zu tragen, ist keine leichte Aufgabe. Insbesondere die Politik muss in diesen Zeiten noch stärker als bisher komplexe Zusammenhänge verständlich machen ohne einfache Lösungen anzubieten, die in bloßen Symboldebatten enden. Hierfür braucht es verantwortlich handelnde Politiker, die neben dem Interesse am Gemeinwohl Haltung besitzen, nach der sie ihr Handeln ausrichten. Durchdachte ganzheitliche und langfristige Strategien sind bei einer vier- bis fünfjährigen Taktung von Legislaturperioden eine Herausforderung.

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“, schreibt Max Weber. Damit hat er wohl recht. Wir als Wirtschaftsverband werden weiterhin zum politischen Meinungsbildungsprozess unseren fairen und verantwortungsvollen Beitrag leisten. Auch wir bemühen uns um eine ausgewogene Berücksichtigung von gesinnungs- und verantwortungsethischen Aspekten in der Einordnung von politischen Vorhaben, damit die Politik adäquate Lösungen finden kann. Als Interessenvertreter der deutschen Nichteisen-Metallindustrie nehmen wir diese Aufgabe sehr ernst und betreiben sie in gleichem Maße mit Leidenschaft und Augenmaß.

Autorin
Franziska Erdle

Hauptgeschäftsführerin
der WVMetalle

WVMETALLE

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie

18.19

Energiepolitik
Der Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“: Was jetzt wichtig ist

Lange hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ (WSB) sich bis zu ihrem Beschluss beraten und dabei sogar die ursprünglich gesetzten Zeitvorgaben um mehr als einen Monat überschritten.

Am 26. Januar 2019 hat sie nun der Bundesregierung das Ergebnispapier übergeben und ihre Empfehlungen übermittelt. Der Grund für die Verzögerung: Es gab dicke Bretter zu bohren und breite Gräben zuzuschütten. So drohten die Verhandlungen immer wieder zu scheitern. Bis zuletzt stand im Raum, dass die Wirtschaftsseite den Verhandlungstisch verlassen muss, weil ihre berechtigten Bedenken nicht angemessen berücksichtigt werden. Am Ende standen ein Kompromiss und das Kohleausstiegsjahr 2038.

Der Hauptfokus legt der Beschluss auf die Konsequenzen dieses Kohleausstiegs und adressiert damit die für die Kommission namensgebenden Aspekte „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“. Für die Industrie sind dabei zwei Punkte von zentraler Bedeutung:

Erstens empfiehlt die Kommission zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit eine mehrdimensionale Kompensation der Kosten für die energieintensive Industrie: Die Netzentgelte sollen ab 2023 um zwei Milliarden Euro pro Jahr reduziert und die

Strompreiskompensation im Rahmen des Emissionshandels verstetigt und fortentwickelt werden. Notwendig wären eine Erhöhung der Beihilfenintensität, die Abschaffung der **Degression** und eine **Begrenzung der Gesamtbelastung der indirekten CO2-Kosten** in Härtefällen.

Die Netzentgelte sollen ab 2023 um zwei Milliarden Euro reduziert werden und die Strompreiskompensation im Rahmen des Emissionshandels verstetigt und fortentwickelt werden.

Empfehlung der Komission zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit

Lösungen müssen langfristig wirken

Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Bundesregierung ein beihilferechtskonformes Instrument zum wirkungsvollen Schutz vor Carbon Leakage entwickelt, um diejenigen energieintensiven Unternehmen zu entlasten, die nur unzureichend von der empfohlenen Reduzierung der Netzentgelte profitieren. Um die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Industrieunternehmen nicht zu gefährden, muss die Politik hierfür langfristige Lösungen erarbeiten, die als Entlastungsinstrument dauerhaft einer Prüfung durch die EU-Kommission standhalten.

Dafür hat die WSB-Kommission wohlwissend eine Öffnungsklausel in den Beschluss aufgenommen: „Deshalb ist sich die Kommission einig, dass begleitende Maßnahmen zur Begrenzung der Strompreise erforderlich sind, um die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie zu sichern.“ Die konkrete Ausgestaltung ist komplex und konnte in den Beratungen nicht abschließend geklärt werden. Als Zwischenfazit lässt sich sagen: Die Notwendigkeit eines Instruments zum Schutz stromintensiver Unternehmen hat die WSB-Kommission erkannt und deshalb in ihre Empfehlungen aufgenommen. Die Bundesregierung muss ein solches Instrument zur Kompensation des Preiseffektes entwickeln und dies auch in Brüssel mit der EU-Kommission umsetzen.

Die Notwendigkeit eines **Instruments zum Schutz stromintensiver Unternehmen** hat die Kommission erkannt und deshalb in ihre Empfehlungen aufgenommen.

Carbon Leakage

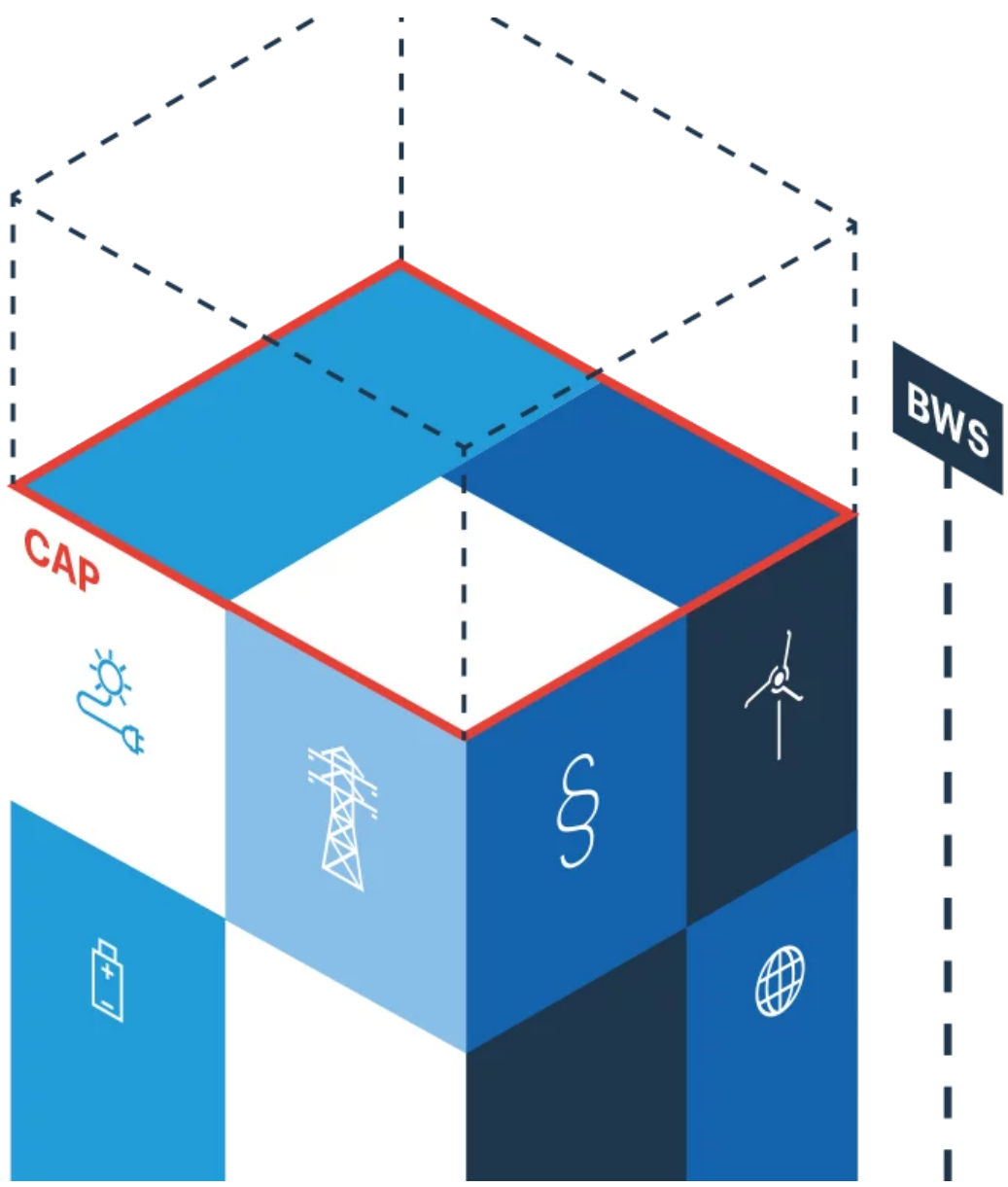
Carbon Leakage bedeutet „Verlagerung von CO2-Emissionsquellen“, also das Abwandern industrieller Produktion aus Ländern mit strengen CO2-Emissionvorgaben (z. B. der EU) in Länder ohne solche oder mit geringeren Vorgaben. **Dies führt häufig zu vermehrten globalen CO2-Emissionen**: Das in Ländern mit viel geringeren Umweltauflagen gewonnene Metall muss kohlenstoffintensiv an die Weiterverarbeitungs-Standorte transportiert werden. Die Abwanderung von Unternehmen und Produktion bedeutet auch einen Verlust an Arbeitsplätzen z. B. in Deutschland.

Gesamtbegrenzung staatlicher Kosten schafft Planungssicherheit

Grundsätzlich braucht die energieintensive Industrie langfristig Planungssicherheit, gerade hinsichtlich der Stromkostenbelastung im Zuge der Energiewende. Aus Sicht der WVMetalle wäre die Gesamtkostenbegrenzung staatlicher Stromkostenbestandteile hier ein wichtiger

Punkt. Die WVMetalle hat diesen Ball aufgegriffen und mit dem Vorschlag einer Gesamtbegrenzung staatlicher Kostenbestandteile in Form eines Cap/Super-Caps in Anlehnung an die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) ein mögliches Konzept erarbeitet. Die staatlichen Kostenbestandteile auf der Stromrechnung des Unternehmens werden erfasst, mit der Strommenge verrechnet, aufaddiert und in Relation zur Bruttowertschöpfung (BWS) gesetzt. Das, was auf der Stromrechnung an staatlicher Belastung über einen wettbewerbsverträglichen Prozentsatz der BWS hinaus geht, wird kompensiert. Ein solcher Gesamtdeckel schafft Sicherheit für längerfristige Planungen; denn stromintensive Unternehmen könnten sich so darauf verlassen, dass trotz Kostensteigerungen bedingt durch die Energiewende eine bestimmte Gesamtbelastung nicht überschritten würde.

Die Anwaltskanzlei Redeker Sellner Dahs hat das Konzept einer Gesamtkostenbegrenzung im Auftrag der WVMetalle geprüft und kommt in ihrem **Gutachten** zu dem Schluss, dass ein solches Konzept beihilferechtskonform umsetzbar ist, soweit bei den einzelnen einbezogenen Kostenbestandteilen eine Begrenzung möglich ist. Dies ist bei den meisten der untersuchten Bestandteile der Fall. Somit könnte bereits nach heute bestehendem Beihilferecht ein Cap-/Super-Cap-Konzept umgesetzt werden. Lediglich für die Berücksichtigung der indirekten CO2-Kosten in der Gesamtkostenbegrenzung bedürfte es einer Änderung des geltenden EU-Rechts. Konkret müssten die Leitlinien zur Stromkompensation angepasst werden. Die Europäische Kommission hat bereits im Dezember 2018 die Überarbeitung dieser Leitlinien für die Zeit ab 2021 angekündigt.



Cap

Die Energieintensive Industrie braucht langfristig Planungssicherheit, gerade hinsichtlich der staatlichen Stromkostenbelastung im Zuge der Energiewende. Eine Gesamtkostenbegrenzung hierfür in Form eines Deckels, auch Cap genannt, in Relation zur Bruttowertschöpfung könnte die Lösung sein.

Zweitens sehen die Empfehlungen der Kommission für die Jahre 2023, 2026 und 2029 ein Monitoring hinsichtlich der Wirksamkeit der Maßnahmen vor. Gemessen an verschiedenen Parametern – etwa dem Niveau an Versorgungssicherheit nach dem Atomausstieg oder dem Stand des Netzausbaus – soll überprüft werden, ob und wie an den Planungen festgehalten werden kann. Beispielsweise könnten Nachjustierungen notwendig werden, um die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Stromversorgung zu garantieren. Ein robustes, qualifiziertes und objektives Monitoring mit der Möglichkeit zur Kurskorrektur kann im Ernstfall bei Fehlentwicklungen als wichtige Reißleine dienen.
Ulrich Altstetter, Vorsitzender des Energie- und Klimaausschusses der WVMetalle, hat die zentralen Punkte für die Nichteisen-Metallindustrie als Sachverständiger bei der **öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestags** vorgetragen.

"Wenn-Dann" als Bedinungen für einen Kompromiss

Eine entscheidende Bedingung dafür, dass der fragile Kompromiss zustande kam, ist der kausale Zusammenhang: Es gilt, „ohne dass, ... kann nicht“. Im Klartext: Ohne dass Maßnahmen zur Kompensation und Strukturentwicklung geschaffen werden, können Kraftwerke nicht abgeschaltet werden. Ohne Sicherung der Kompensationskosten für die Industrie kann nicht auf die Kohleverstromung verzichtet werden. Ein Aufweichen dieser notwendigen Bedingung wäre fatal. Bei einem solchen Kompromiss hätte die Wirtschaftsseite nicht zustimmen können. Schließlich ist sie es, die die Konsequenzen trägt.

Autor
Michael Schwaiger ist Leiter
Energiepolitik bei der WVMetalle.
Sie erreichen ihn unter

schwaiger@wvmetalle.de

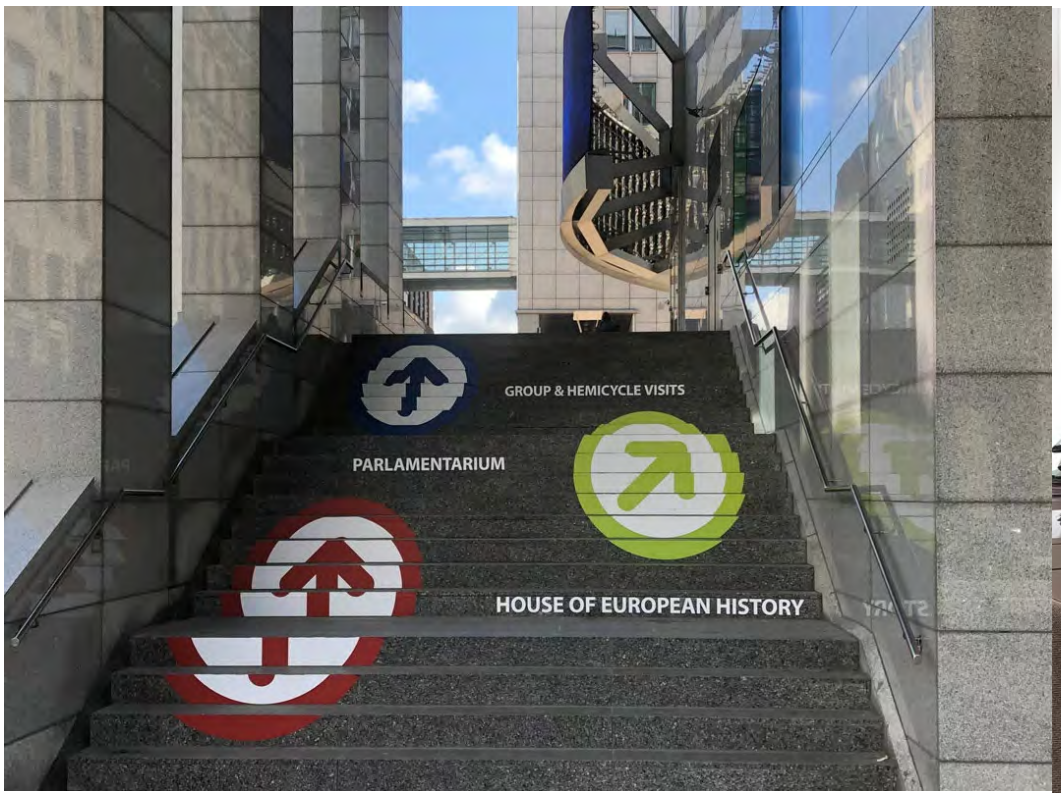
WVMETALLE

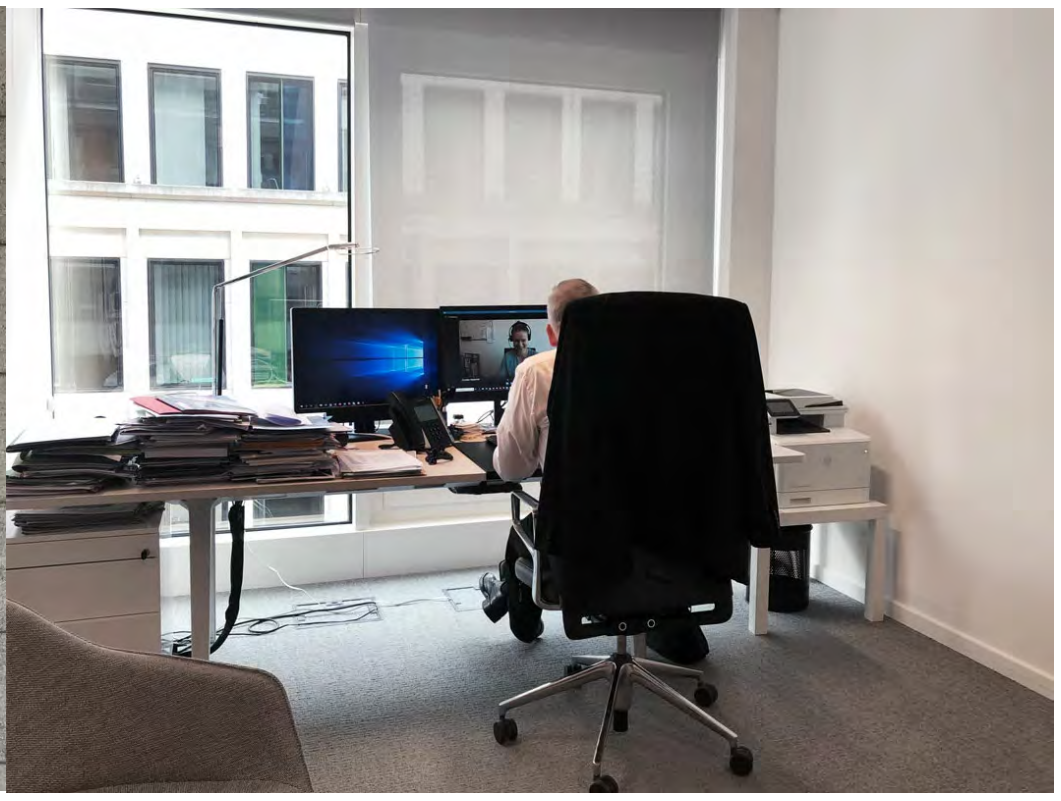
Metalle im Einsatz für ein starkes Europa Neuropa

Aktuelle politische Ereignisse stellen den Zusammenhalt innerhalb Europas auf die Probe. Um mit den zukünftigen Herausforderungen fertig zu werden, bedarf es einer starken EU, die mit einer Stimme spricht.

Dr. Michael Niese
ist Geschäftsführer der WVMetalle und Leiter des Europabüros.
Sie erreichen ihn unter
niese@wvmetalle.de

Für den Zustand der Europäischen Union gibt es viele Beschreibungen. Mit dem Wort Krise gibt es eine, die seit mehr als zehn Jahren in Gebrauch ist. 2019 wird ein entscheidendes Jahr für die Zukunft der EU sein, die sich – von außen betrachtet – in einer Dauerkrise befindet. Bei einer genaueren Analyse mit Innensicht zeigt sich noch ein weiteres Phänomen: **Die Situation wird weniger als Krise der EU-Institutionen, sondern mehr als prekärer Zustand ihrer Mitgliedstaaten wahrgenommen.** Kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament gelten instabile ökonomische und politische Verhältnisse im Süden, rechtsstaatliche Fragezeichen in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan, der Brexit und wiederholte Alleingänge großer Mitgliedstaaten als Ursachen. Insbesondere Deutschland sollte die europäische Dimension seiner Politik erkennen. Um den Krisenmodus zu verlassen, braucht die EU die konstruktive Mitwirkung ihrer Mitgliedstaaten, die sich engagiert der europäischen Tagesordnung widmen und ihre Position frühzeitig einbringen.





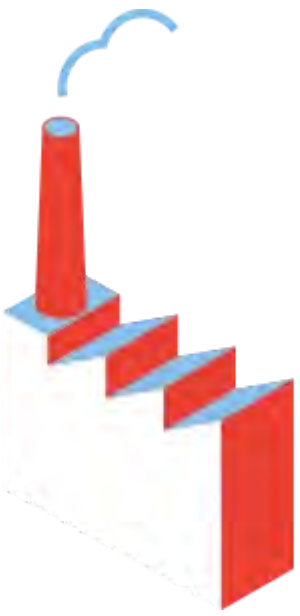
Um den Krisenmodus zu verlassen, braucht die EU die konstruktive Mitwirkung ihrer Mitgliedstaaten, die sich **engagiert der europäischen Tagesordnung widmen und ihre Position frühzeitig einbringen.**

Dr. Michael Niese war für uns mit der Kamera in Brüssel unterwegs

Klima, Verbraucher und Umwelt im Aktionsfokus

Das gilt auch für Wirtschaft und Verbände. Das Europabüro der WVMetalle in Brüssel ist ein klares Bekenntnis zu Europa. Wir wollen uns konstruktiv in die für uns wichtigen Themen in Brüssel einbringen. Fokussiert auf die Hauptthemen Umwelt, Handel/Rohstoffe

und Energie/Klima verknüpft das Europabüro die fachliche Kompetenz der WVMetalle über die Dossiers und Einzelthemen hinweg mit den politischen Entscheidungsträgern in Brüssel. In der täglichen Arbeit im Dreieck zwischen EU-Kommission, Rat und Parlament gerät die europäische Grundstoffindustrie viel zu häufig ins Hintertreffen. Ausgestattet mit einer eher bescheidenen Kompetenz – nämlich für Forschung & Entwicklung sowie kleine und mittlere Unternehmen – stößt eine aktive europäischen Politik für die Belange der Industrie schnell an ihre Grenzen. Klimaschutz, Verbraucherschutz und Umweltschutz geben den Ton in Brüssel an. Politikbereiche werden in kleine Stücke zerteilt und innerhalb dieser engen Begrenzungen optimiert. Eine Interessenabwägung über Richtlinien und Verordnungen hinaus fällt zunehmend schwer, ein ganzheitlicher Ansatz ist deshalb nahezu unmöglich.



Klimaschutz, der

Gesamtheit der Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Klimaänderungen.

Klimapolitischen Instrumente sollen eine rasche Umstellung der Produktionsverfahren auf den emissionsarmen Energieträger Strom herbeiführen.

Wettbewerbsrecht, das

Rechtliche Regelungen zur Verhinderung von unlauterem Verhalten im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Die Beihilfenkontrolle hebelt das Bemühen der Mitgliedstaaten aus, den Unternehmen der Grundstoffindustrie Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

In diesem Umfeld vernetzt das Europabüro der WVMetalle die unterschiedlichen Politikbereiche mit überlappender und zugleich widersprüchlicher Regulierung. Ein Beispiel ist die Verbindung aus Klimaschutz und Wettbewerbsrecht. Während die klimapolitischen Instrumente eine rasche Umstellung der Produktionsverfahren auf den emissionsarmen Energieträger Strom herbeiführen sollen, hebelt die Beihilfenkontrolle das Bemühen der Mitgliedstaaten aus, den Unternehmen der Grundstoffindustrie dafür Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Das europäische Wettbewerbsrecht ist also nicht nur auf globale Märkte auszurichten, sondern auch auf eine ausreichende Abstimmung mit der Klimaschutzstrategie 2050. Die Überarbeitung der **Beihilfeleitlinien für die Strompreiskompensation ab 2021** und der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien ab 2024 ist dafür ein willkommener Anlass.

26. Mai 2019

Die Wahl zum Europaparlament ist mehr denn je als Richtungsentscheidung zu verstehen: mehr geschlossenes Auftreten oder mehr nationale Kompetenz und Souveränität?

Viel stärker als früher ist die **Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019** als Richtungsentscheidung aufgeladen. Viele erfahrene Abgeordnete verlassen das Parlament, und zugleich fürchten etablierte Parteien der demokratischen Mitte an Einfluss gegenüber nationalistischen Kräften zu verlieren. Europa scheint in einem Widerspruch gefangen. Während es gerade jetzt auf ein geschlossenes Auftreten der EU ankommt, um unsere freie, offene und soziale Gesellschaft in der Welt zu verteidigen, wächst das Bestreben, mehr nationale Kompetenz und Souveränität zu erhalten. Den momentanen Höhepunkt dieser Entwicklung bildet die Entscheidung der Briten, aus der EU auszutreten. Das neue Europaparlament wird voraussichtlich stärker von Abgeordneten geprägt sein, für die der vereinbarte Prozess der fortwährenden Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union nicht immer die richtige Antwort auf die internen Probleme und globalen Herausforderungen Europas ist.

Während für uns Deutsche und viele Westeuropäer die EU ein **Instrument zur Überwindung** des schweren Erbes der Nationalstaaten ist, stellt die EU für viele Osteuropäer die **Existenzgarantie** ihrer Nationalstaaten dar.

Station Europa: Die WVMetalle bekennt sich zu einer **aktiven Rolle in Brüssel.** Dr. Michael Niese ist für Sie unterwegs im Dreieck zwischen EU-Kommission, Rat und Parlament.

Europa fängt im Kopf an

Im Vertrag von Aachen haben Frankreich und Deutschland den richtigen Schluss gezogen, dass die Einheit Europas, auch in einer weiter vertieften Wirtschafts- und Währungsunion, nur in Vielfalt und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten erreicht werden kann. Während für uns Deutsche und viele Westeuropäer die EU ein Instrument zur Überwindung des schweren Erbes der Nationalstaaten ist, stellt die EU für viele Osteuropäer die Existenzgarantie ihrer Nationalstaaten dar. Die europäischen Institutionen stehen vor der großen Herausforderung, im Inneren mehr Flexibilität und Vielfalt zuzulassen, um nach außen gestärkt das Interesse Europas vertreten zu können.

In diesem Spannungsfeld muss sich auch die europäische Interessenvertretung der NE-Metallindustrie zurechtfinden. Die WVMetalle bekennt sich zu einer aktiven Rolle in Europa. Um die Botschaften der NE-Metallindustrie modern und frisch zu kommunizieren, bedarf es einer starken Präsenz der WVMetalle und starker Partner in der Hauptstadt Europas.

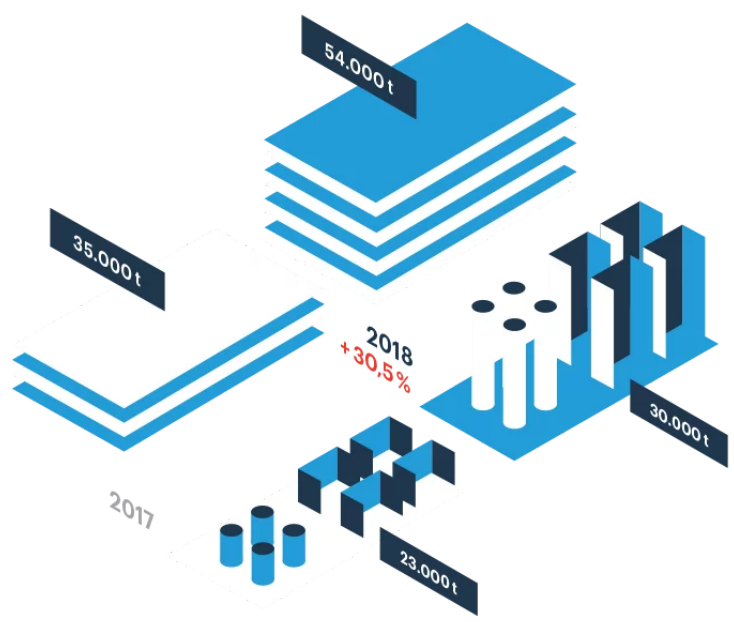
Autor
Dr. Michael Niese ist Geschäftsführer
und Leiter des Europabüros der WVMetalle.
Sie erreichen ihn unter
niese@wvmetalle.de

WVMETALLE

Handelspolitik Made in USA: Zölle und Sanktionen gegen Europa

Die neue Handelspolitik der USA hat einen gravierenden Einfluss auf die deutsche NE-Metallindustrie. Zölle auf Aluminium, Sanktionen gegen russische Metallproduzenten und drohende Restriktionen ausländischer Automobilimporte in die USA erzeugen eine handelspolitische Negativspirale.

2018 begann mit einem Angriff auf den liberalen Welthandel. Am 17. Januar 2018 legte das US-Handelsministerium einen Bericht vor, der die nationale Sicherheit durch die Abhängigkeit von Aluminiumimporten gefährdet sieht. Die Europäische Union versuchte im Anschluss **Zölle** oder Quoten auf US-Aluminiumimporte zu verhindern. Vergeblich. Seit dem 1. Juni 2018 werden Aluminiumimporte aus Europa mit einem Zollsatz von zehn Prozent belegt. Die neue Handelspolitik der USA sieht den Freihandel nicht mehr als wohlstandsfördernd für alle Beteiligten, sondern merkantilistisch als Instrument des eigenen Vorteils. Diese Entwicklung kann verheerende Folgen für die europäische und allen voran für die deutsche Industrie haben. Exporte in die USA werden erschwert und zugleich aus anderen Regionen nach Europa umgeleitet. Eine Studie von Prof. Dr. Taube, Universität Duisburg-Essen, quantifiziert, dass die chinesischen Exporte in die USA 2018 und 2019 um 20 beziehungsweise 25 Prozent einbrechen könnten. Ungefähr ein Drittel dieser Mengen könnte nach Europa umgeleitet werden. Gleiches gilt für einen Teil der Exporte aus Russland sowie aus den Golfstaaten.



Importmenge von Walzfabrikaten/ Stangen und Profilen von China nach Deutschland

Warentarifnummer 76 060 000
Warentarifnummer 76 040 000

Quelle: GDA

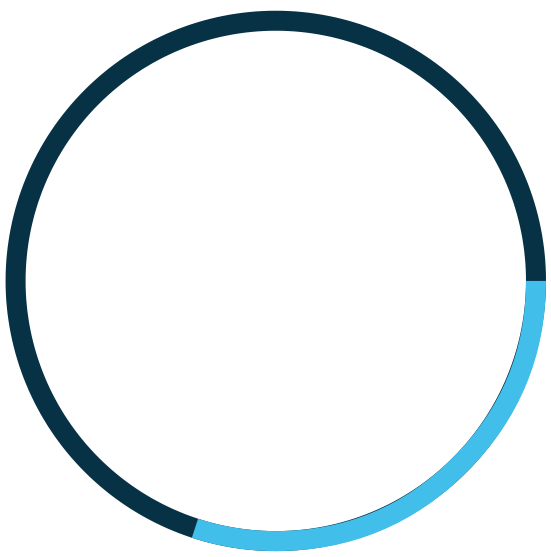
Für die NE-Metallindustrie ist es sehr wichtig, dass die EU die europäische Industrie gegenüber marktverzerrten und subventionierten Einfuhren schützt. Dabei helfen neben der aktualisierten Antidumping-Verordnung auch die Verordnung über eine gemeinsame Einfuhrregelung vom 11. März 2015. Im Rahmen der Verordnung kann es eine Überwachung der EU-Importe geben, sollte eine schwerwiegende wirtschaftliche Situation dies erfordern. Da es in der Aluminiumindustrie weltweit große Überkapazitäten gibt, die zu Lasten der deutschen und europäischen Aluminiumindustrie gehen, ist diese Überwachung seit dem 12. Mai 2018 zu begrüßen. An deren Ende könnten EU-Schutzmaßnahmen für Aluminiumimporte stehen.

Sanktionen treffen auch die europäische Aluminiumindustrie

Zusätzlich zur Handelspolitik hatten auch die Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen Russland einen negativen Einfluss auf die deutsche NE-Metallindustrie. **Sanktionen** sind politisch motiviert und trocknen faktisch alle Geschäftsbeziehungen mit den

sanktionierten Unternehmen bzw. Personen aus. Bei Zuwiderhandlung ist den Unternehmen auch kein Geschäft mit US-Unternehmen mehr möglich. Dies gilt ebenso für eine Bankenfinanzierung.

Vor allem die am 6. April 2018 erlassenen Sanktionen, gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch sie kontrollierte Unternehmen sowie gegen siebzehn russische Regierungsfunktionäre, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank haben die europäische Aluminiumindustrie hart getroffen. Denn unter den sanktionierten Personen befand sich mit Oleg Deripaska der Eigentümer des Rusal-Tochterunternehmens Auginish, der größten europäischen Tonerdefabrik in Irland. Infolge der Sanktionen waren die europäischen Aluminiumhütten und -halbzeugwerke von einem wichtigen Teil ihrer Rohstoffversorgung abgeschnitten. Der Preis für Tonerde, dem wichtigsten Rohstoff für die Erzeugung von Primäraluminium, war zwischenzeitlich um bis zu 80 Prozent, von 393 US-Dollar die Tonne auf bis zu 707 US-Dollar die Tonne, gestiegen. Wegen der mangelnden Einfuhrmöglichkeiten aus Russland legten auch die Preise für die Bereitstellung von Rohaluminium in Europa spürbar zu.



30 %

der in Deutschland produzierten Metalle werden im Fahrzeugbau verwendet

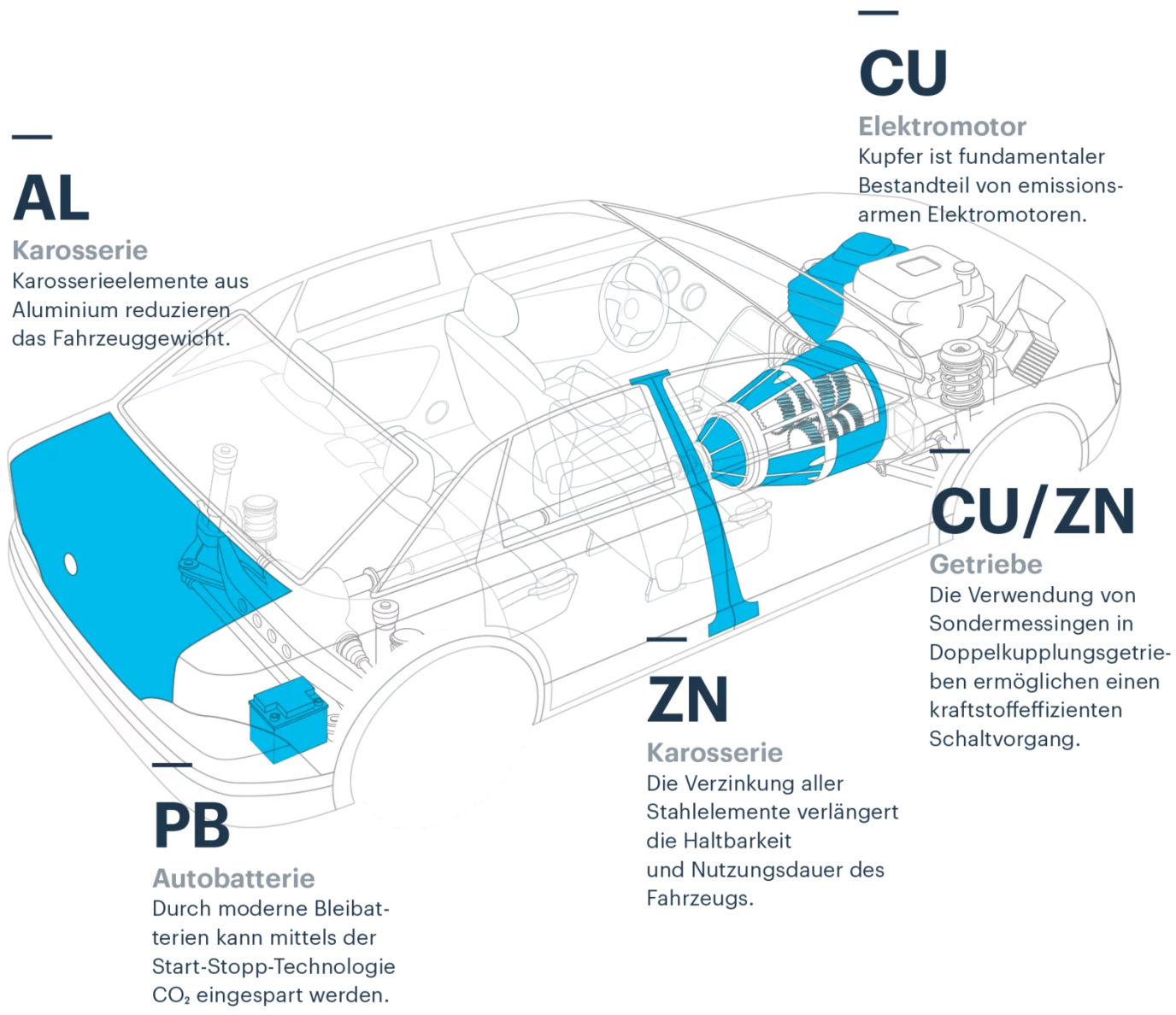
Bei Aluminium sind es 50%, beim NE-Metallguss sogar 80%. Insgesamt gehen etwa 4% unserer NE-Produktion auf direkte und indirekte Exporte in die USA zurück.

Entspannung am Markt durch erfolgreiche Zusammenarbeit

Gemeinsam mit dem Gesamtverband der Aluminiumindustrie (GDA) und der European Alumimium (EA) reagierte die WVMetalle frühzeitig auf diese Entwicklung und informierte über die Folgen der Sanktionen gegen Rusal auf allen politischen Ebenen. Die WVMetalle hat darüber hinaus eine erfolgreiche Delegationsreise nach Washington D.C. mit Unternehmens- und Verbandsvertretern organisiert: Zum einen wurde im Nachgang durch die zuständige Behörde Office of Foreign Asset Control (OFAC) die Verfahrensanweisung für die Sanktionen (General License) angepasst. Zum anderen wurde in der US-Administration hinterlegt, dass die Sanktionen auch die Partner in Europa treffen. Nach langen Verhandlungen und Änderung der Eigentumsverhältnisse von Rusal wurden am 27. Januar 2019 die Sanktionen von OFAC gegen Rusal aufgehoben. Das führte zu einer Entspannung im Markt. Aufgrund der politischen Verhältnisse in Washington sind jedoch weitere Sanktionen gegen Russland jederzeit möglich.

Mitte Februar 2019 hat das US-Handelsministerium einen Bericht zu **Autoimporten** veröffentlicht. Dieser spricht an US-Präsident Trump die Empfehlung aus, zum Schutz der nationalen Sicherheit Zölle auf US-Importen von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus Europa zu verhängen. Über eine Verlängerung der Frist bis November 2019 bzw. die Begrenzung der Autoexporte in die USA wird momentan spekuliert. Für die deutsche NE-Metallindustrie hätte das gravierende Folgen: Schätzungsweise 30 Prozent der in Deutschland produzierten Metalle werden im Fahrzeugbau verwendet. Bei Aluminium sind es 50 Prozent, beim NE-Metallguss sogar 80 Prozent. Insgesamt gehen etwa vier Prozent der NE-Produktion auf direkte und indirekte Exporte in die USA zurück.

Ein effizienter Verkehrssektor braucht NE-Metalle



Am 3. November 2020 wird nicht nur der 46. US-Präsident gewählt. An diesem Tag wird auch über die Zukunft des Welthandels abgestimmt. Sollten die Vereinigten Staaten bis Ende 2024 weiterhin eine protektionistische Handelspolitik verfolgen, wird der freie Welthandel und damit die deutsche Wirtschaft einen spürbaren Schaden erleiden. Den handelspolitischen Weg der USA können wir nicht mitbestimmen, aber die WVMetalle wird nicht müde werden, eine einheitliche Vorgehensweise der EU und eine Rückkehr zu dem vertrauensvollen Dialog im transatlantischen Verhältnis einzufordern.

Am 3. November 2020 wird nicht nur der 46. US-Präsident gewählt. An diesem Tag wird auch über die Zukunft des Welthandels abgestimmt.

Autor

Dr. Sebastian Schiweck ist Leiter Handels- und Rohstoffpolitik der WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

schiweck@wvmetalle.de

WVMetalle im Gespräch mit (Digitalisierungs-)Experten Digital im Dialog

Wie ein Start-up-Unternehmer, ein Thinktank-Gründer und ein Logistikexperte über Digitalisierung denken.

Dr. Daniel Dettling, Institut für Zukunftspolitik

Über die **Arbeitswelt der Zukunft**, Bildung in digitalen Zeiten und was **Roboter und Kreativität** miteinander zu tun haben

Vervollständigen Sie den Satz: „Digitalisierung bedeutet (für mich) ...“

Dr. Daniel Dettling: ... Konnektivität, Kollaboration und Kreativität. Diese drei Prinzipien machen die nächste Phase der Digitalisierung aus. Ihr Kern sind die Bedürfnisse einer zunehmend vernetzten Gesellschaft. Ihre Vision ist die kreative Gesellschaft als Plattform für alle.

Die Arbeits-/Unternehmenswelt wird sich durch Digitalisierung stark verändern. Wo sehen Sie die wichtigsten Stellschrauben für Politik und Wirtschaft, damit der Digitalisierungsprozess hierzulande gelingen kann?

Dettling: Die zentralen Faktoren sind Bildung und Selbständigkeit. Wir müssen Digitalisierung von den Menschen her denken. Es geht um ihre Bedürfnisse, Ziele und Ängste. Für die künftige Arbeitswelt ist eine digital aufgeschlossene Entwicklung der Persönlichkeit entscheidend. Flexible Arbeitsmodelle und Zeitsouveränität werden zur neuen Regel, Präsenzzeiten und hierarchische Strukturen zur Ausnahme.

Wenn sich Jobanforderungen verändern: Wie können Unternehmen ihre Mitarbeiter auf dem Weg hin zur Digitalisierung mitnehmen?

Dettling: Die meisten Mitarbeiter sind bereits in der digitalen Wirklichkeit angekommen und bereit, sich auf diese einzulassen. Umfragen zufolge ist eine Mehrheit sogar bereit, auf Freizeit und Urlaub zu verzichten, um sich digital weiterzubilden. Die Politik hat eine nationale Weiterbildungsstrategie angekündigt. Weiterbildung und passgenaues Lernen müssen zur neuen Norm werden, auch im Alter. Künftige Generationen werden und wollen länger arbeiten. Warum nicht für jeden Arbeitnehmer ein persönliches Konto für Qualifizierung einrichten?

„Die Antwort auf den Aufstieg der Roboter ist der Aufstieg des kreativen Menschen“ ist eine These von Ihnen. Wie ist das zu verstehen?

Dettling: Roboter können Kreativität nur simulieren. Nur wir Menschen sind kreative Wesen. Es geht nicht um Fleiß, sondern um Kreativität und Empathie. Automatisierung und Digitalisierung präzisieren menschliche Arbeit und werten sie auf. Bislang hat jede technologische Revolution auch zu gesellschaftlichem Fortschritt und mehr Wohlstand geführt. Es wird auch diesmal nicht anders sein.

Flexible Arbeitsmodelle und Zeitsouveränität werden zur neuen Regel, Präsenzzeiten und hierarchische Strukturen zur Ausnahme.

Dr. Daniel Dettling
Institut für Zukunftspolitik

Was kann jedes Unternehmen tun, um das Thema Digitalisierung in seinem Betrieb voranzubringen?

Dettling: Digitalisierung muss zur Chefsache werden. Der kreative Imperativ heißt: „Kreativ ist und bleibt, wer sich wandelt." Zu viele Unternehmen setzen auf Verteidigung des Bestehenden und Bewährten und sehen beim Thema Digitalisierung nur das Potenzial für Kosteneinsparungen. Digital erfolgreiche Unternehmen verstehen sich vor allem als kulturelle Organisationen. Unternehmen müssen in Zukunft mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Wir brauchen mehr Unternehmer an Schulen und Hochschulen. **Es geht um eine Kultur des Talentismus. Die Balance zwischen digitaler und Selbstkompetenz wird zur zentralen Herausforderung der nächsten Jahre.**

Dr. Daniel Dettling

Dr. Daniel Dettling ist Gründer der Denkfabrik Institut für Zukunftspolitik. Er ist außerdem Herausgeber der edition Zukunftspolitik und Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung (degepol). Das Institut für Zukunftspolitik, gegründet im Jahr 2010, versteht sich als innovativer Thinktank, der sich für eine zukunftsfähige Politik in Deutschland einsetzt. Auf der Suche nach den politischen Antworten auf die langfristigen Herausforderungen unserer Zeit ist die Vision des Instituts ein dynamisches und zukunftsorientiertes Deutschland, das zuversichtlich nach vorne blicken kann.

[Foto: Edgar Rodtmann]

Dr. Sebastian Kreft, Metalshub

Über Produktion und Einkauf gestern und heute, digitale Unternehmenskultur und die Chancen von Blockchain in der Metallbranche

Vervollständigen Sie den Satz: „Digitalisierung bedeutet (für mich) …“

Dr. Sebastian Kreft: … digitale Technologien und Arbeitsweisen einzusetzen, um Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Wo stehen wir in der Digitalisierung – wie weit ist sie in der Metallbranche fortgeschritten?

Kreft: Aus meiner Erfahrung steht der Einsatz von digitalen Technologien in vielen Unternehmen noch am Anfang: Auf der Einkaufsseite gelangen Bedarfsmeldungen teilweise noch handschriftlich auf einem Blatt Papier von der Produktion in den Einkauf und Lieferanten werden für Angebote „abtelefoniert“. Die Angebotsvergleiche erfolgen dann mit Excel, Bestellungen werden manuell in ein Warenwirtschaftssystem eingegeben und auch die Rechnungskontrolle geschieht oft noch händisch. Ähnlich läuft es oft auf der Verkaufsseite ab: Frachtangebote per Telefon, Angebote per E-Mail, manuelle Rechnung und Zahlungseingangskontrolle. Auch die Preisfindung findet in vielen Metallmärkten noch ohne digitale Tools statt. Während sich für einige Industriemetalle elektronisch handelbare Verträge an Rohstoffbörsen wie der Londoner Metallbörse LME entwickelt haben, gibt es für viele Metalle und Legierungen noch keinen organisierten Handel: Chrom, Titan und Silizium, Kobalt, Seltene Erden und Lithium, um nur einige zu nennen.

Warum sollten sich Unternehmen mit diesem Thema auseinandersetzen?

Kreft: Die Digitalisierung krempelt inzwischen mit Wucht komplette Branchen um. Dabei können digitale Technologien signifikante Wettbewerbsvorteile schaffen. Denken Sie an den Einzelhandel, der durch Amazon verändert wurde, die Taxiindustrie, die durch Uber revolutioniert wurde, oder die Hotelbranche, die durch AirBnB aus dem Nichts einen digitalen Wettbewerber bekommen hat. Im B2B-Bereich stehen mit Alibaba und Amazon zwei große digitale Player in den Startlöchern, den Metall- und Stahlhandel aufzurollen.
Leider gibt es noch viele deutsche Unternehmen der Metallindustrie, denen die Bedeutung der Digitalisierung noch nicht bewusst ist. Es ist an der Zeit, dass sich dies ändert – sonst werden sie abgehängt und verlieren den Anschluss.

Digitalisierung bedeutet Veränderung und viele Menschen haben Angst vor Veränderung.

Dr. Sebastian Kreft
Metalshub

Was sind Ihrer Erfahrung nach die größten Herausforderungen im Digitalisierungsprozess?

Kreft: Damit Unternehmen digitale Technologien nutzen, um neue Wettbewerbsvorteile zu erschließen, braucht es mehr als nur Technologie. Die Führungskräfte im Unternehmen müssen eine starke digitale Unternehmenskultur schaffen. Das Management muss den Mut haben voranzugehen. Digitalisierung bedeutet Veränderung und viele Menschen haben Angst vor Veränderung. Da braucht es ein kommunikationsstarkes Management-Team, das es schafft, die Belegschaft mitzunehmen. In einer konservativen Branche wie der Metallindustrie muss Digitalisierung „top down“ angestoßen werden, sonst funktioniert es nicht.

Blockchain – ein häufig gelesener Begriff, aber was ist das eigentlich, und wo kann es in unserer Branche Anwendung finden?

Kreft: Vereinfacht gesagt, ist eine Blockchain eine dezentrale chronologische Datenbank von Transaktionen. In dieser „Blockkette“ werden ständig neue Transaktions-Blöcke hinzugefügt. Die neuen Blöcke beinhalten Prüfsummen der vorherigen Blöcke, so dass diese nicht mehr nachträglich geändert werden können. Die Blockchain-Technik ließe sich grundsätzlich überall dort einsetzen, wo aktuell noch physisch Papier unterschrieben wird. Insbesondere wenn mehr als zwei Parteien an einem Vorgang beteiligt sind. Ein Anwendungsbeispiel in unserer Branche ist die Digitalisierung von Akkreditiven (Letter of Credit). Ende letzten Jahres hat der Bergbaukonzern Rio Tinto eine Schiffsladung Eisenerz an den Rohstoffhändler Cargill verkauft. Cargills Bank hat ein elektronisches Akkreditiv über eine Blockchain an die Bank von Rio Tinto ausgestellt. Statt wie bisher per physischem Kurier wurde ein elektronischer „Bill of Lading“ (Frachtbrief) verwendet, der den Eigentumsübergang regelt. Der gesamte Prozess fand digital statt, ohne Papier. Die Vorteile sind eine schnellere Abwicklung, geringeres Fehlerpotenzial, geringere Transaktionskosten und ein geringeres Risiko, dass Dokumente gefälscht werden.

Metalshub

Dr. Sebastian Kreft hat zusammen mit Dr. Frank Jackel im Jahr 2016 Metalshub gegründet. Das inzwischen 15-köpfige Start-up mit Sitz in Düsseldorf beschäftigt sich mit dem Handel von Metallen und Ferrolegierungen und hat sich zum Ziel gesetzt, Einkaufs- und Verkaufsprozesse von Stahlherstellern, Gießereien, Rohstoffhändlern und Bergbaukonzernen zu verbessern. Seit Dezember 2017 ist die Cloud-basierte Metalshub-Software live am Markt und wird bereits von mehr als 400 Metallproduzenten, -verwendern und -händlern weltweit genutzt.

Dr. Matthias Parlings, Fraunhofer IML, „Digital in NRW“

Über Digitalisierungsprojekte in der **mittelständischen Industrie** im Allgemeinen und eine besondere **Erfolgsgeschichte eines Metallunternehmens** im Sauerland

Vervollständigen Sie den Satz: „Digitalisierung bedeutet (für mich) ...“

Dr. Matthias Parlings: ... eine große Chance und Herausforderung zur Weiterentwicklung der eigenen Produkte und Geschäftsmodelle und vor allem auch der Mitarbeiter, bei der man, wenn man es richtig angeht, aber auch viel Spaß haben kann.

Digitalisierung, Industrie 4.0, KI – diese Begriffe sind ständig und überall präsent, für viele aber immer noch sehr abstrakt. Wie bringen Sie als Kompetenzzentrum hier Licht ins Dunkel?

Parlings: In der Regel lernen unsere Mitarbeiter interessierte Unternehmen bei praxisnahen Einführungsvorträgen oder anderen Veranstaltungen zu unserer Arbeit kennen, z. B. bei Lab-Touren und Praxisworkshops. Um die Unternehmen individuell unterstützen zu können, vereinbaren wir gerne einen Besuch am Unternehmenssitz. Gerade in Betrieben der Metallverarbeitung ist es sehr wichtig, sich direkt am Produktionsstandort umzusehen. Denn es gibt oft sehr heterogene Maschinenparks, außerdem variieren Kundenanforderungen hinsichtlich Materialkennzeichnung und Bestellabwicklung stark. Auch die Mitarbeiterstruktur und die Unternehmenskultur sind sehr verschieden. Und: Man bekommt ein Gefühl dafür, wie offen die Mitarbeiter dem Thema Digitalisierung gegenüberstehen und ob nicht zunächst andere „Baustellen“, z.B. in den Prozessen, zu beheben sind. Wenn sich bei einem solchen Besuch ein konkretes Digitalisierungsprojekt herauskristallisiert, kann das Unternehmen die Umsetzung mit Unterstützung des Kompetenzzentrums beantragen.

Gibt es ein Projekt, das für Sie in der Rückschau besonders heraussticht – eine Lieblings-Digitalisierungs-Erfolgsgeschichte sozusagen?

Parlings: Eine besondere Erfolgsgeschichte ist sicherlich die der Firma **Beulco** aus Attendorn, einem führenden Anbieter von Metallprodukten für die Wasserversorgung und Kupferproduzent. Der Geschäftsführer ist Anfang 2017 im Zuge einer neuen Unternehmensstrategie auf uns zugekommen. Daraus entstand ein Projekt, bei dem wir Beulco über ca. ein Jahr auf dem Weg in Richtung **digitale Transformation** begleitet haben. Gemeinsam sind wir z.B. erste Schritte hin zu fahrerlosen Transportsystemen gegangen und wir haben neue Messinstrumente im Bereich der optischen Sensorik eingeführt. Dadurch kann man etwa den Füllgrad von Behältern im Lager digital schnell erfassen. Inzwischen sind Digitalisierungsprozesse bei Beulco fest verankert, so dass das Unternehmen eigenständig weitere Projekte etwa im Vertrieb, in Sachen E-Commerce, vorantreiben konnte. Besonders schön ist, dass wir das Unternehmen im Rahmen eines vom Land NRW geförderten

Forschungsprojektes zu sog. soziotechnischen Risiken weiterbegleiten können: Bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten gibt es oft Vorbehalte der Mitarbeiter – hinsichtlich der Veränderung des Jobs, dem Wert der eigenen Arbeit etc.. Wir wollen gemeinsam diese Risiken bewerten und sie minimieren. Außerdem hat sich Beulco einen Platz im Digital Hub Logistics in Dortmund gesichert. Dort wird das Unternehmen die Entwicklung von smarten und intelligenten Lösungen für den Trinkwassersektor vorantreiben.

Was kann jedes Unternehmen tun, um das Thema Digitalisierung in seinem Betrieb voranzubringen?

Parlings: Das Thema muss absolute Chefsache sein. Die Geschäftsführung sollte einen Mitarbeiter mit hoher Motivation für das Thema mit der Aufgabe betrauen, erste Anknüpfungspunkte zu identifizieren. Dabei kann Hilfe von externen, neutralen Einrichtungen, wie den Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren, den entscheidenden Schritt nach vorne bringen.

Das Thema muss absolute Chefsache sein.

Dr. Matthias Parlings
Fraunhofer IML, „Digital in NRW“

Aus Ihrer Erfahrung: Woran scheitern die meisten Unternehmen im Digitalisierungsprozess?

Parlings: Vor allem, wenn das Thema wegen des großen Drucks im Tagesgeschäft in der Priorisierung nach unten rutscht und die Geschäftsführung es von ihrer Agenda streicht – bewusst oder unbewusst.

Digital in NRW

Dr. Matthias Parlings ist Geschäftsstellenleiter Metropole Ruhr bei „Digital in NRW“ und Abteilungsleiter Supply Chain Development & Strategy am Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik IML.

„Digital in NRW – Kompetenz für den Mittelstand“ ist Teil des Förderschwerpunkts „Mittelstand-Digital“ des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi). Bundesweit unterstützen 25 Kompetenzzentren kleine und mittlere Unternehmen (KMU), indem sie kostenloses Know-how vonseiten neutraler und renommierter Experten/Institutionen anbieten. Denn gerade bei KMU sind finanzielle und personelle Ressourcen für Digitalisierungsprojekte häufig knapp. Rund 30 Unternehmen haben mittlerweile entsprechende Projekte realisiert, aktuell laufen fünf weitere – Bewerbungen sind noch möglich!

Der „Digital Hub Logistics“ in Dortmund ist einer von zwölf Digital Hubs in Deutschland, die Teil der de:hub-Initiative des BMWi sind. Er unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Bereich der Digitalisierung mit Fokus auf Logistik und Produktion.

UMWELTpolitik
Grenzwertig

Bei Debatten um Grenzwerte – egal, von wem sie angestoßen werden – ist eines sicher: Den einen sind sie zu lasch, den anderen zu ambitioniert. Das liegt in der Natur von Grenzwerten, denn entgegen der landläufigen Meinung sind sie keine gottgegebenen Limits.

Viel mehr sind sie das Ergebnis wissenschaftlicher und politischer Entscheidungsprozesse. Die Grenzwerte neueren Datums sind meist – dem allgemeinen Trend folgend – sehr ambitioniert. Ihre exakte Einhaltung entscheidet jedoch nicht über Wohl und Wehe unseres Daseins. Zurecht können in einzelnen Fällen Zweifel am Zustandekommen der Werte aufkommen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich allgemeiner Widerstand regt.

Die Basis von Grenzwerten sollte in jedem Fall eine fundierte wissenschaftliche Betrachtung sein. In der Umweltpolitik sowie im Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz ist das sowohl in der EU als auch in Deutschland prinzipiell gewährleistet. Schließlich gibt es hierfür eine ganze Reihe von Institutionen und Gremien, die für ihren jeweiligen Bereich diese Arbeit auf der Basis von unabhängigen Bewertungskriterien erledigen.

Gremien in der EU (Auswahl)

Die Bedeutung der insgesamt **45 Europäischen Agenturen** nimmt kontinuierlich zu. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben viele für Wirtschaft und Verbraucher relevante Themen hinsichtlich des EU-Binnenmarktes in ihre Hände gelegt. Allein in

Deutschland gibt es 61 Bundesämter und 28 Bundesanstalten!

EFSA
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

ECHA
Europäischen Chemikalienagentur

EEA
Europäische Umweltagentur

EMA
Europäische Arzneimittelagentur

OSHA
Europäische Agentur für Sicherheit
und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Doch wie kommt es überhaupt zur Festlegung von Grenzwerten? Die Wissenschaft sammelt seit Jahrhunderten Erfahrung mit den Folgen, die eine bestimmte Stoffexposition mit sich bringt – beim Menschen genauso wie beim Tier. Man kann diese Erfahrungen als wissensbasierte Grundannahmen bezeichnen, die in die Grenzwertbestimmung einfließen. Denn in den meisten Fällen beschränkt sich die Kenntnis über einen Stoff auf einen Teilaspekt. Es ist also etwa bekannt, wie sich eine bestimmte Menge eines Stoffes auswirkt, jedoch nicht, wie die Auswirkungen bei einer Verlängerung des Expositionszeitraums oder auf ein anderes Lebewesen sind. Um diesem Umstand ausreichend und verantwortungsvoll Rechnung zu tragen, wird die fehlende Kenntnis bei der Ableitung von Grenzwerten für die allgemeine Bevölkerung, für Verbraucher oder Arbeitnehmer durch die Multiplikation des bekannten Startwertes mit einem „Sicherheitsfaktor“ sozusagen kompensiert. Das vorherrschende Prinzip bei der Grenzwertbestimmung ist dabei immer der Vorsorgegedanke, also das „precautionary principle“. Das bedeutet übersetzt: **Im Zweifel fällt die Entscheidung immer zugunsten eines niedrigeren Wertes bzw. zugunsten der Verwendung von konservativ angelegten Sicherheitsfaktoren aus.**

Politische Entscheider können nur dann Grenzwertbestimmungen sinnvoll debattieren und entscheiden, wenn die **notwendigen Fachkenntnisse vorhanden sind.**

So haben Wissenschaft und Politik bis heute Leitfäden für die Ableitung von Grenzwerten für die jeweiligen Stoffe entwickelt. Diese sind etwa für den Bereich des Chemikalienrechts und inzwischen auch des Arbeitsschutzes auf europäischer Ebene u.a. in der **REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals)** hinterlegt. In Deutschland gibt es hierzu sogenannte **Technische Regeln für Gefahrstoffe (TRGS)**.

Für eine adäquate Grenzwertbestimmung ist es jedoch notwendig, über die bisher genannten Aspekte hinaus auch eine sozio-ökonomische Betrachtung in die Bewertung mit einfließen zu lassen. In einer politischen Debatte gilt es deshalb, die möglichen Folgen von Grenzwerten unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte genau zu erörtern. Dabei stellen sich folgende Fragen: Sind Politiker überhaupt in der Lage, zu den Vorschlägen aus der Wissenschaft umfassende Einschätzungen und „politische Relativierungen“ vorzunehmen? Und wenn ja, in welchem Umfang? Machen sich Mandatsträger nicht äußerst angreifbar, wenn sie vorgegebene scheinbar unumstößliche Wahrheiten zu ihren Gunsten und denen bestimmter Zielgruppen anpassen? All das geschieht wohlgemerkt im Nachgang ausführlicher wissenschaftlicher Diskussionen in einer großen Anzahl an Behörden und Institutionen samt deren unzähligen Fachgremien. Zweifelsohne bewegen sich Politiker hier in einem

schwierigen Spannungsfeld, dem sie sich jedoch als gewählte Volksvertreter verantwortungsvoll stellen müssen. Das bedeutet, politische Entscheider können nur dann Grenzwertbestimmungen sinnvoll debattieren und entscheiden, wenn die notwendigen Fachkenntnisse vorhanden sind.

"Das Ziel ist eine Äquivalenz zwischen dem Aufwand zur Umsetzung des Grenzwerts und dem Ertrag, also den Folgen für Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft. Oder anders ausgedrückt: **Es geht um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die mit der Setzung von Grenzwerten verbunden sind."**

Leopoldina, Stellungnahme Saubere Luft - Stickstoffoxide und Feinstaub in der Atemluft: Grundlagen und Empfehlungen

Ausgangspunkt der Grenzwertbestimmung ist, wie bereits erläutert, immer die Frage: Welche Auswirkung hat ein bestimmter Stoff, wenn er mit Mensch und oder Tier in Kontakt kommt. Dies ist soweit ein verständliches Vorgehen, um sich einer (gefahrstofflichen) Einstufung zu nähern. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, dass diese Einstufung allgemeine Gültigkeit für jedes Anwendungsgebiet erfährt und somit auch auf Situationen übertragen wird, in denen keinerlei Exposition eines Stoffes und Beeinträchtigung von Mensch oder Tier zu erwarten ist. Denn die angewandten Kriterien zur Grenzwertbestimmung beruhen zwar auf den beschriebenen wissensbasierten Grundannahmen, sind aber kein zuverlässiger Anhaltspunkt, um Vorhersagen für jeden Einzelfall zu treffen.

Verstärkt werden die Konsequenzen der verschärfenden Sicherheitsfaktoren noch, indem sich die Entscheidungsgremien auf immer empfindlichere Parameter fokussieren. Sobald ein Effekt gemessen werden kann, wird dieser meist auch als schädlich angesehen. Dass das nicht unbedingt richtig ist, **zeigt das anschauliche Beispiel zum Treppensteigen des renommierten Umweltmediziners Prof. Dr. Drexler**: Beim Treppensteigen kann man u. a. einen Anstieg von Puls- und Atemfrequenz messen. Das ist aber eine normale Anpassung des Körpers auf die Anforderung und macht den Menschen nicht krank. Eine ähnlich abwägende Einordnung muss auch bei der Grenzwertableitung erfolgen. Es dürfen nur Effekte bewertet werden, die für den Menschen auch tatsächlich bedeutsam sind.

Auch vor diesem Hintergrund ist die Methodik zu hinterfragen. Denn die automatisch an einen Grenzwert oder an eine Einstufung gekoppelten Maßnahmen gleichen oft einem allumfassenden Schutzanspruch. Das ist nicht nur eine starke Bevormundung der Bürger und Arbeitnehmer, sondern ignoriert auch die gezeigten Unschärfen bei der Ableitung. Wie auch immer die Gesundheitsbewertung für einzelne Stoffe ausfällt, die Befürworter strenger Grenzwerte verfolgen grundsätzlich – auch jenseits wissenschaftlich basierter Fakten – ihre ganz eigene Agenda. Nach ihrer Meinung können solche Werte prinzipiell nie niedrig genug sein - frei nach dem Motto: Der Straßenverkehr ist erst dann wirklich sicher, wenn gar keine Autos mehr fahren. Um nicht missverstanden zu werden: **Natürlich hat auch die Wirtschaft ein Interesse an verbindlichen Grenzwerten.** Sie gewährleisten Sicherheit für die Beschäftigten, bieten Investitionsschutz und sind nicht zuletzt Compliance-Indikatoren im Rahmen der heute essenziellen Auditierungen und Zertifizierungen von Unternehmen. Es ist dabei selbstverständlich unverzichtbar, dass Grenzwerte unabhängig und evidenzbasiert abgeleitet werden. Ebenso unabdingbar sind aber bei der Implementierung auch die Betrachtung der Machbarkeit und die Abschätzung der Folgen. Über diese Brücke müssen alle Beteiligten gehen. Dabei muss es möglich bleiben, Kompromisse zu finden, ohne dass sogleich alle Seiten den Weltuntergang beschwören.

Fehleinschätzungen sind in diesem komplexen Umfeld sicher nicht auszuschließen, aber in einer aufgeklärten Gesellschaft gehört die Anpassung des Kurses bei klarer Sicht auf einen sich nähernden Eisberg zum Handwerkszeug.

Als wäre all das nicht schon komplex genug, gilt es auch noch die Herausforderungen bei der Überwachung der einzuhaltenden Grenzwerte zu meistern. Jeder Techniker weiß, dass zu einer Messung immer auch eine sinnvolle Messstrategie gehört. Was zunächst abstrakt klingt, wird am Beispiel der aktuellen Diskussion um Fahrverbote sehr greifbar. Wegen der Überschreitung des Stickstoffdioxidwertes in der Luft in Großstädten wurde dieses scheinbar theoretische Problem plötzlich auch in der Praxis und zudem gesamtgesellschaftlich relevant. Die vorgegebene Messstrategie sieht folgendes Probeverfahren vor: Der Ort der Probenahmestelle ist so zu wählen, dass die Luftproben für die Luftqualität eines Straßenabschnitts von mindestens 100 Meter Länge für den Verkehr repräsentativ sind, aber sich nicht näher als 25 Meter an einer verkehrsreichen Kreuzung befinden. Der Messeinlass muss dabei 0,5 Meter vom nächsten Gebäude entfernt sein und sich grundsätzlich in einer

Höhe zwischen 1,5 Metern (Atemzone) und 4 Metern über dem Boden befinden. Die genaue Standortwahl hat hier also einen enormen Einfluss auf die Ergebnisse. Obwohl die Vorgaben dazu gedacht sind, vergleichbare Bedingungen zu schaffen, kann durch gezielt einseitige Ausrichtung das Ergebnis bewusst in eine gewünschte Richtung gelenkt werden. Zumindest sind die einzelnen Stationen teils sehr schlecht untereinander vergleichbar. Es ist darum richtig, die Lage der Messeinrichtungen zu überprüfen, insbesondere auch um die Schutzmaßnahmen auf eine solide Basis zu stellen.

Fehleinschätzungen sind in diesem komplexen Umfeld sicher nicht auszuschließen, aber in einer aufgeklärten Gesellschaft gehört die Anpassung des Kurses bei klarer Sicht auf einen sich nähernden Eisberg zum Handwerkszeug. Hier gibt es sicherlich verschiedene infrage kommende Ausweichmanöver. Das Drosseln der Maschinen ist eine Variante, die eine Überwindung des Hindernisses ermöglicht, ohne sehenden Auges unterzugehen.

Grenzwerte sind kein Selbstzweck. Sie sind dazu gedacht, Mensch und Umwelt vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Sie sollen Maßnahmen etablieren, damit aus einer potenziellen Gefährdung keine reale Gefahr wird.

Fakt bleibt: Grenzwerte sind kein Selbstzweck. Sie sind dazu gedacht, Mensch und Umwelt vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Sie sollen Maßnahmen etablieren, damit aus einer potenziellen Gefährdung keine reale Gefahr wird. Letzteres im Arbeitsumfeld sicherzustellen, unterstützt die WVMetalle in vollem Umfang.

Fakt ist aber auch, dass alle Grenzwerte an einer lebenslangen Exposition im Umweltbereich bzw. einer arbeitslebenslangen Exposition am Arbeitsplatz ausgerichtet sind. Kurzzeitige Überschreitungen sind in den allermeisten Fällen **absolut unproblematisch.** Eine akute Gefährdung gibt es bei einer knappen Überschreitung weder für die arbeitende noch für die allgemeine Bevölkerung.

Die WVMetalle bringt die Relevanz und Komplexität dieses Themas schon seit einiger Zeit verstärkt in das Bewusstsein der Politik. Die Dynamik der aktuellen Diskussion um Grenzwerte sollte helfen, die damit verbundenen Fragestellungen aus der staubigen Wissenschaftlerecke herauszuholen und ihnen die gesamtgesellschaftliche Beachtung zu schenken, die ihnen aufgrund ihrer sozioökonomischen Bedeutung zusteht.

Autor

Dr. Martin Wieske ist Leiter Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

wieske@wvmetalle.de

WVMETALLE

Politik und Industrie diskutierten über die Zukunft der Eu
metals
meet
politics

Beim parlamentarischen Abend metals meet politics trafen sich Nichteisen-Metallindustrie und politische Entscheider, um über die europäische Industrie-, Handels- und Klimapolitik zu sprechen.

Über 200 Gäste kamen zum diesjährigen parlamentarischen Abend metals meet politics der Nichteisen-Metallindustrie ins Berliner ewerk am 13. Februar. Motto der Veranstaltung war „NEuropa“, ein Wortspiel, dass Nichteisen (NE) in direkten Zusammenhang mit der anstehenden Europawahl stellt. Damit stand der Abend ganz im Zeichen der Frage, wie Politik und Industrie auf aktuelle europapolitische Ereignisse und Herausforderungen reagieren können. Dies thematisierte auch Dr. Martin Iffert, Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle (WVMetalle), in seiner Eröffnungsrede. Die Lage im Handelskonflikt zwischen den USA, China und Russland sowie der Brexit beschäftigt die Branche: „Es ist wichtig, dass Europa zusammensteht. Egal ob es um Handelsfragen oder z. B. um die Energie- und Klimapolitik geht.“ Gemeinsam, nur mit einer europäischen Strategie, könne Deutschland sich politisch und wirtschaftlich im internationalen Wettbewerb behaupten könne. Allein in Deutschland sind über 111.000 Menschen in der NE-Metallindustrie beschäftigt, europaweit sind es sogar über 500.000.

„Wir brauchen mehr Mitwirkung in Brüssel, aber keine Bekanntmachung am schwarzen Brett in Berlin.“

Günther H. Oettinger

EU-Kommissar Günther H. Oettinger appellierte in seiner Keynote auf aktuelle europapolitische Entwicklungen ein. Nachdem sich die Amerikaner vom Welthandel verabschiedet hätten, sei Europa mehr denn je gefragt. An die Unternehmensvertreter gerichtet, sagte Oettinger: „Ich will Sie und Ihre Fachverbände einladen, beim offenen, fairen und regelbasierten Freihandel mitzuwirken. Erheben Sie die Stimme, um die deutschen Interessen zu vertreten. Zurzeit ordnen wir den Welthandel neu. Jetzt können wir Abkommen prägen. In zehn Jahren machen das die Chinesen." Darüber hinaus kritisierte Oettinger die fahrlässig kleinkarierte politische Tagesordnung in Deutschland und Europa. Mit Blick auf die Nationale Industriestrategie 2030 von Bundeswirtschaftsminister Altmaier rief der EU-Kommissar zu größerem europäischen Engagement auf: „Wir brauchen mehr Mitwirkung in Brüssel, aber keine Bekanntmachung am schwarzen Brett in Berlin."

In der anschließenden „Zukunftsarena" mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU), der FDP-Generalsekretärin Nicola Beer, den Bundestagsabgeordneten Katharina Dröge (Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Dirk Wiese (SPD) sowie WVMetalle-Hauptgeschäftsführerin Franziska Erdle nahmen die Panelisten zu den Folgen des Brexits Stellung. Vor allem mit Blick auf den Mittelstand kritisierte Beer: „Wir sind in Deutschland nicht gut genug auf einen harten Brexit vorbereitet und täten deshalb gut daran, jetzt europäische Themen in den Fokus zu nehmen."

Auch Dröge sieht Deutschland unzureichend auf den Brexit vorbereitet und warnte davor, dass die EU sich aufgrund der britischen Chaos-Strategie in letzter Sekunde nochmals auf Großbritannien zubewegen könnte: „Die europäische Einigkeit ist ein hohes Gut, das auf gar keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden darf."

Bareiß ergänzte: „Wir müssen Härte zeigen und können nicht beliebig nachverhandeln und neue Angebote machen." Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass er den Brexit für eine große Katastrophe halte und Deutschland und Europa einen wichtigen Wertepartner verlören.

Mehr auf Europa besinnen

Beim Themenfeld Klima- und Energiepolitik warf Franziska Erdle die Frage auf, warum der europäische Gedanke hier nicht trage. Wiese betonte die Chancen auf einen Innovationsschub, die der Beschluss der WSB-Kommission für die betroffenen Regionen bringe. Außerdem sorge er für Planungssicherheit. Bareiß forderte, mehr auf Europa und funktionierende Marktmechanismen wie den Emissionshandel zu setzen: „Wir müssen erkennen, dass wir in Deutschland alleine das Klima nicht retten können und andere Länder da ganz anders aufgestellt sind. Wir wollen ambitioniert sein, wir wollen Vorreiter sein, aber wir dürfen uns nicht abkoppeln von der Entwicklung der Welt." In diesem Kontext äußerte er ein klares Bekenntnis zu Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung – gerade auch im Hinblick auf die energieintensiven Industrien in Deutschland.

METALLE

NEuropa
Zukunftsarena Politik + Industrie
WVMETALLE

WVMETALLE

In Handelsfragen erläuterte Bareiß, sei es wichtig, dass Europa zusammenstehe und zügig agiere. Auch Dröge plädierte für eine Stärkung des „Teams EU“. Sie erinnerte an die Erfolge, die die EU in Washington hinsichtlich der Strafzölle zu verzeichnen habe. „Es hat einen großen Wert, mit einer Stimme zu sprechen.“ Im Hinblick auf die US-Sanktionen gegen Russland erwartet Wiese, der auch Russland-Koordinator im Auswärtigen Amt ist, ein unruhiges Jahr 2019. Er warnte: „Es sieht so aus, dass die Sanktionen gegen Russland eher nochmals verschärft werden. Hier müssen wir uns mehr auf Europa besinnen und mehr als Europa vorangehen und gemeinsam Antworten finden.“

„Digitalisierung, Klimaschutz, internationaler Handel – all diese Themen kann man überhaupt nicht national lösen und deshalb ist für uns die Antwort immer Europa!“

Franziska Erdle

Erdle lobte in diesem Zusammenhang die Arbeit von EU-Kommissarin Malmström und Kommissionspräsident Juncker. Mit einem starken Auftreten und der gesamten EU im Rücken hätten sie in Washington Schlimmeres verhindert: „Insofern kann man schon sagen, dass die Handelspolitik der gelebte europäische Gedanke ist.“ Sie äußerte außerdem den Wunsch, dass dieser Gedanke sich auch in anderen Bereichen fortsetzt. „Wir müssen nicht Europa komplett neuerfinden, sondern in Teilen neujustieren: Wir brauchen weniger Diskussionen über Glühbirnen und Ölkännchen. Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, dass die EU nach den Grundwerten, die Europa als Wertegemeinschaft ausmachen – Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit –, handeln kann.“ Und Erdle ergänzte: „Dafür müssen wir die EU dann auch ertüchtigen – und wir müssen uns die Frage stellen: Müssen wir sie nicht in Teilen auch mit mehr Mandat und mit mehr Kompetenzen ausstatten?“ Erdle betonte zum Abschluss der Diskussion, dass für die WVMetalle die Tendenz zur Renationalisierung, die in Teilen von Deutschland und Europa zu beobachten sei, unverantwortlich und rückwärtsgewandt ist. „Wir sind als Branche und als Verband in Zukunftsthemen unterwegs: Digitalisierung, Klimaschutz, internationaler Handel – all diese Themen kann man überhaupt nicht national lösen und deshalb ist für uns die Antwort immer Europa!“

WVMETALLE

Die gesamte Branche im Fokus Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2018

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen Daten und Hintergründe der Nichteisen-Metallindustrie.

Beschäftigung steigt leicht

Die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie beschäftigte 2018 rund 110.867 Arbeitskräfte in 654 Unternehmen. Das waren 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Einschließlich der von der NE-Metallindustrie abhängigen Arbeitsplätze bei Industriedienstleistern betrug die Beschäftigungswirkung etwa 260.000 Erwerbstätige.

110.867
Beschäftigte

654
Unternehmen

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Moderater Produktionsrückgang seit 2012

Die metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen erwirtschafteten 2018 eine Produktion von 8,3 Millionen Tonnen (minus zwei Prozent gegenüber 2017). Konjunkturelle Risiken (Brexit, US-Zölle auf Automobile) dürften 2019 in der NE-Metallindustrie bestenfalls zu einer gegenüber dem Vorjahr leicht steigenden Produktion führen.

8,3
Produktion (Mio. t)

Beinahe 90 Prozent des Absatzes blieben in der Europäischen Union

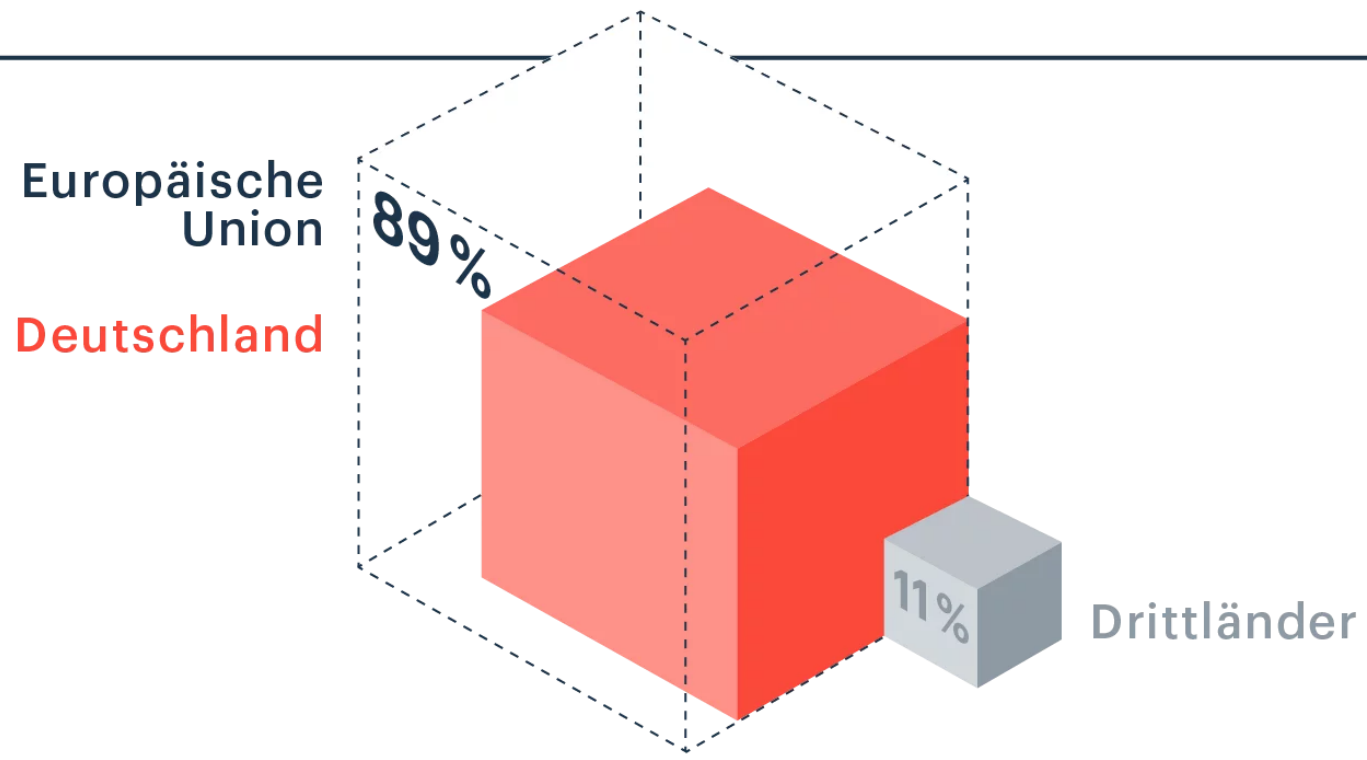
Der Umsatz der NE-Metallindustrie belief sich 2018 insgesamt auf 52,4 Milliarden Euro. Davon erzielte die Branche 89 Prozent (46,6 Milliarden Euro) in der Europäischen Union beziehungsweise 53 Prozent (27,7 Milliarden Euro) im Inland. 24,7 Milliarden Euro wurden auf ausländischen Märkten verdient. Das entsprach einer Exportquote von 47 Prozent.

52,4
Umsatz (Mrd. €)

24,7
davon Ausland (Mrd. €)

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Absatzmärkte für Rohmetall und Halbzeug



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebung und Berechnung

Deutschland ist Nettoexporteur von Halbzeug und Nettoimporteur von Rohmetall

Deutschland ist nicht nur Nettoimporteur von Erz und Konzentrat, sondern auch von Rohmetall. Das heißt, Deutschland importiert deutlich mehr Rohmetall als es exportiert. Hier spiegelt sich die Abhängigkeit der deutschen Industrie von Rohmetallimporten wie Aluminium, Nickel, Zink, Zinn und etlicher Seltenmetalle aus dem Ausland wider. Die Rohmetalleinfuhr ging 2018 um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,2 Millionen Tonnen zurück. Die Ausfuhr von Rohmetall sank um drei Prozent auf 891.000 Tonnen. Andererseits ist Deutschland Nettoexporteur von Halbzeug. Die exportstarke Halbzeugindustrie profitierte von einer etwa ein Prozent höheren Auslandsnachfrage in Höhe von 3,3 Millionen Tonnen. Dem stand ein Import von 2,2 Millionen Tonnen gegenüber. Das war knapp über dem Vorjahresniveau. Die gesamte Branche sieht die weltweit zunehmenden protektionistischen Entwicklungen mit Sorge, die bereits zu Marktverzerrungen führen.

29,3

Energieeinsatz 2017 (Mrd. kWh)

16,2

davon Strom (Mrd. kWh)

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

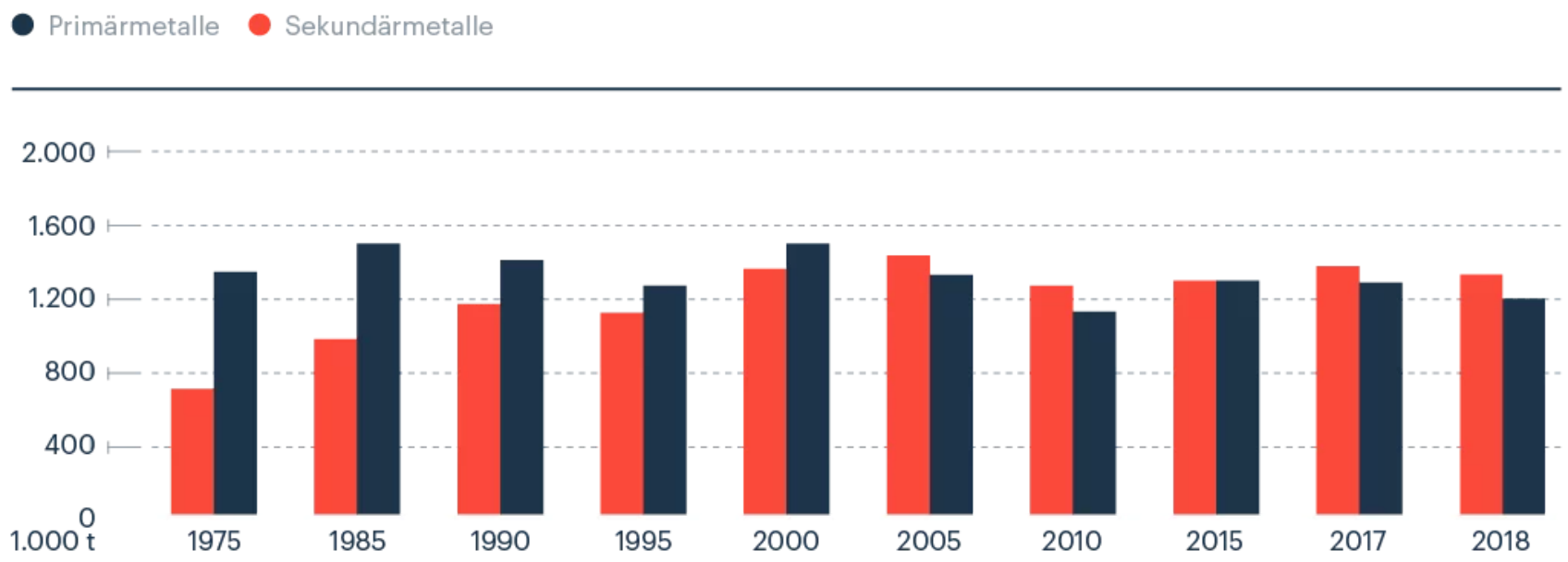
NE-Metalle werden gebraucht, nicht verbraucht.

Endproduktbezogene Recyclingquoten (End of Life) liegen zum Beispiel für Aluminium, Kupfer und Zink aus dem Baubereich sowie für Blei aus Altbatterien bei rund 95 Prozent und für Aluminium aus dem Verpackungsbereich bei etwa 90 Prozent. Die wiedergewonnenen Metalle dienen den Recyclinghütten, den Gusslegierungsherstellern, der Halbzeugindustrie (erste Bearbeitung) und den Herstellern von Gussteilen als Rohstoff. In der Rohmetallerzeugung stieg die Recyclingquote 2018 in Abhängigkeit von der Schrottverfügbarkeit um einen Prozentpunkt auf 53 Prozent. Eine sichere Verfügbarkeit von Erzen, Konzentraten und Schrotten ist die Basis für die Produktion der Branche.

Die NE-Metallindustrie stabilisierte ihren spezifischen Energieeinsatz auf niedrigem Niveau

So ging der spezifische Energieeinsatz seit 1995 erheblich zurück und verharrte in den Jahren 2015 bis 2017 bei etwa 3,6 Megawattstunden je Tonne. Neben einer kontinuierlichen Verbesserung der Energieeffizienz wirken sich auch Änderungen im Produktportfolio in den vergangenen 20 Jahren positiv aus. So sank die sehr energieintensive Rohmetallerzeugung aus Erz während die weniger energieintensive Rohmetallerzeugung aus Sekundärmetallen stieg. Gleichzeitig hat sich die Bedeutung der Metallverarbeitung gegenüber der Rohmetallerzeugung erhöht. Damit war auch ein deutlicher Rückgang des spezifischen Energieeinsatzes verbunden.

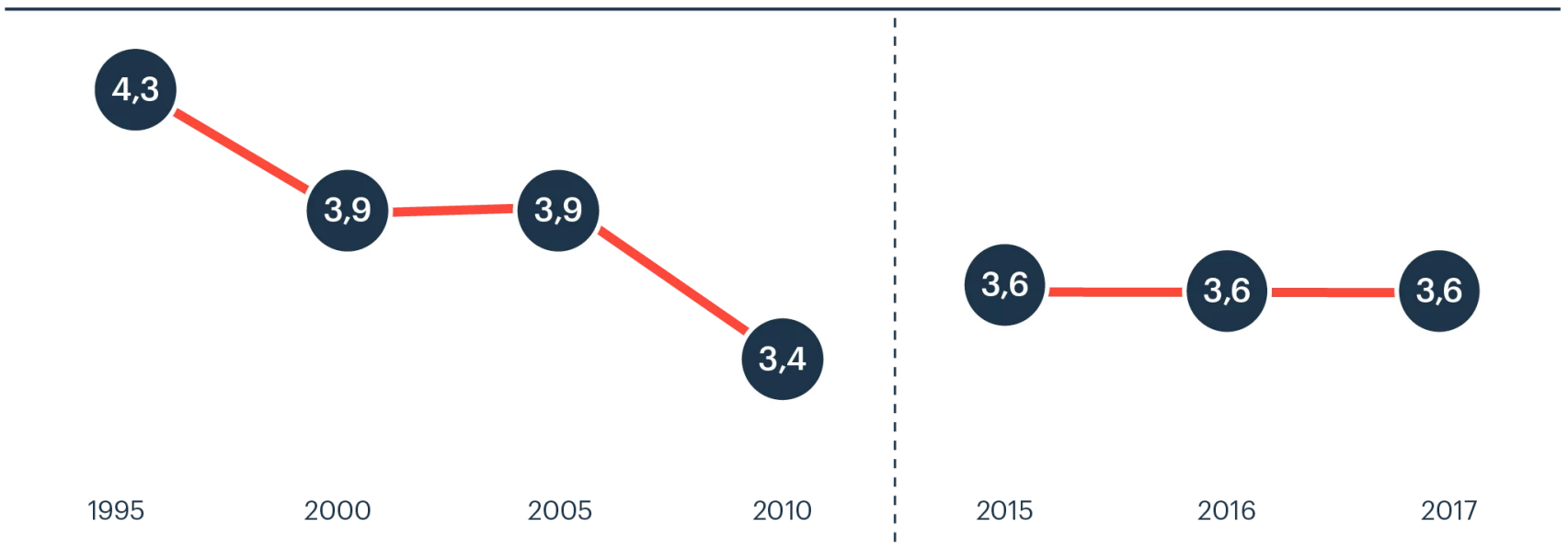
Zunehmende Bedeutung der Rohmetallerzeugung aus Sekundärmaterialien



Ab 2009 geänderte Datengrundlage;
Quellen: GDA, GDB

Nichteisen-Metallindustrie stabilisiert den spezifischen Energieeinsatz auf niedrigem Niveau

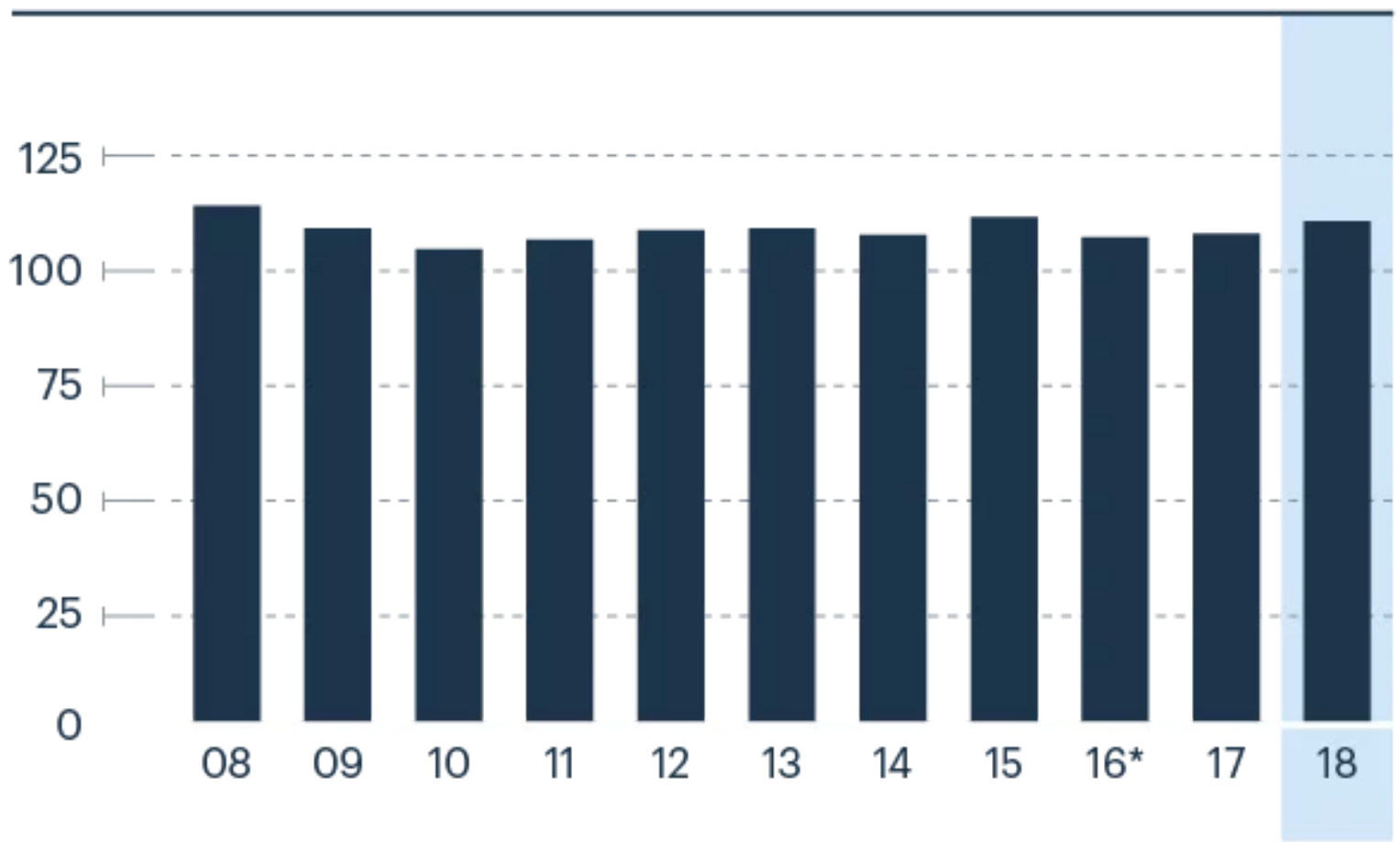
Spezifischer Energieeinsatz in MWh/t



Hinweis: 2015 hat sich die Anzahl der Betriebe erhöht, die ihren Energieeinsatz melden. Ein Vergleich mit dem Vorjahr führt zu Fehlinterpretationen.
Daten für 2018: im Herbst 2019 verfügbar; Erzeugung, Halbzeug, Guss;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Beschäftigte

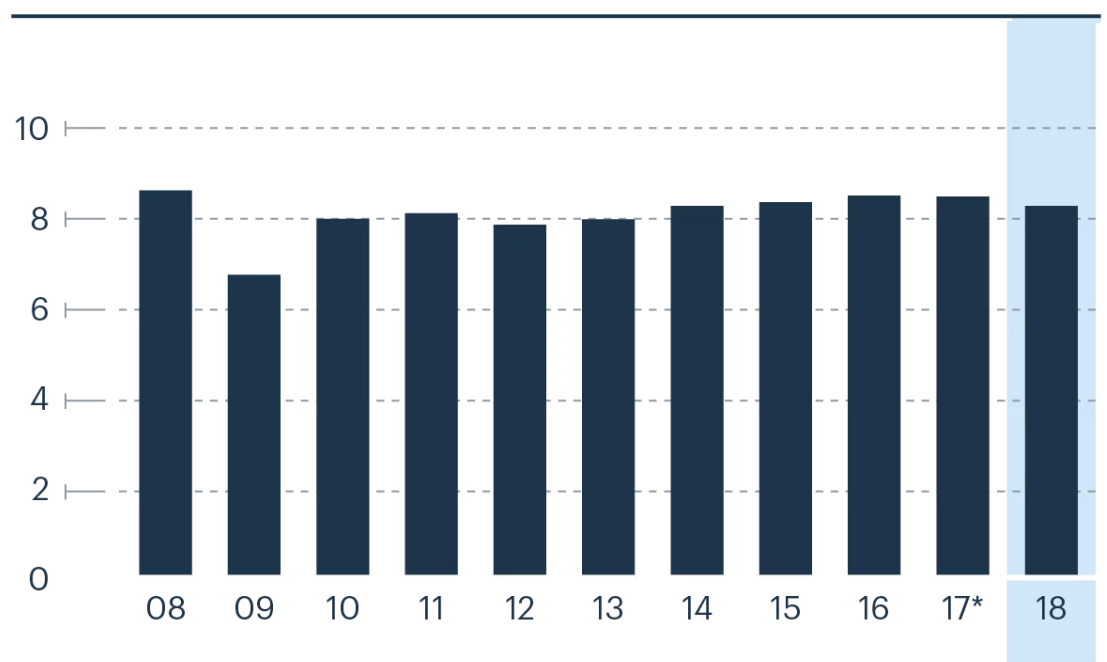
Anzahl in 1.000



* Geänderte Berechnungsgrundlage; 2018: vorläufig;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Produktion

Rohmetall, Halbzeug, Guss und Weiterverarbeitung, in Mio. t



2018: vorläufig;
* 2017: korrigiert; Quellen: Gesamtverband der Aluminiumindustrie, Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie, Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Das Börsenhandelsvolumen einiger Industriemetalle beträgt im Durchschnitt mehr als das Fünfzigfache der jeweiligen Weltproduktion

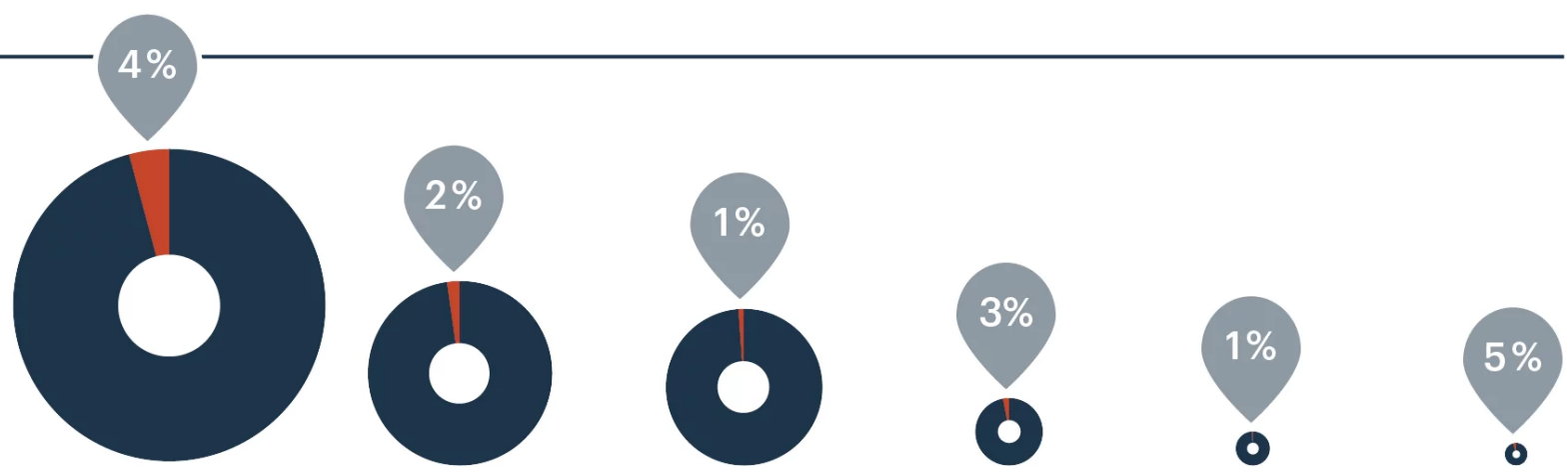
NE-Rohmetalle wurden seit Beginn des Rohstoffbooms 2005/2006 verstärkt gehandelt. Infolge des zunehmend unruhigen weltwirtschaftlichen Fahrwassers stieg der Umsatz der Industriemetalle an der London Metall Exchange (LME) 2018 deutlich gegenüber dem Vorjahr. So legte gerade bei Aluminium der Börsenumsatz mit 26 Prozent besonders stark zu. Damit wurde jede produzierte Tonne Aluminium im Durchschnitt über 20-mal, bei Kupfer sogar etwa 50-mal an der Börse umgesetzt.

Die Metallbörsenpreise bleiben volatil

2018 entwickelten sich die Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse im Jahresdurchschnitt sehr unterschiedlich (siehe nachfolgende Tabelle). So verzeichneten Aluminium und Kupfer jeweils einen leichten, Nickel einen deutlichen Anstieg im Vorjahresvergleich. Dagegen wiesen Blei, Zink und Zinn Rückgänge aus. Beeinflusst wurde die Börsenpreisentwicklung der NE-Metalle unter anderem von einer sich eintrübenden Weltkonjunktur, sehr volatilen Ölpreisen und einer Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um fünf Prozent im Jahresverlauf 2018. Investoren kaufen häufig Rohstoffe wie Kupfer und Öl als Teil eines sogenannten Korbs, sodass ein Anstieg des einen Rohstoffs sich auch auf die übrigen Rohstoffe im Korb auswirkt. Maßgeblich war auch die nachlassende konjunkturelle Dynamik in China, das einen großen Anteil an der globalen Produktion und Verwendung von Rohmetallen hat. Folglich beeinflusst das Verhältnis von chinesischer Rohmetallproduktion zum -bedarf die Metallpreisentwicklung an den Börsen stark.

Anteil der Weltproduktion am Börsenumsatz 2018

in Mio. Tonnen



	Aluminium	Kupfer	Zink	Blei	Nickel	Zinn
Weltproduktion	75	23	13	12	2	0,4
Börsenumsatz	1.731 (+26%)	1.009 (+13%)	858 (+11%)	341 (+23%)	148 (+12%)	6 (+5%)

Vorläufig;
Quellen: raffiniertes Aluminium/Zinn – World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien;
raffiniertes Kupfer – International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zink- und Bleiblöcke – International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal;
raffiniertes Nickel – International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal; Börsenumsatz – London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen; Stand: März 2019

Entwicklung der Börsenpreise von NE-Metallen

	2017 in €/t	2018 in €/t	in %
ALUMINIUM	1.742	1.786	+3
KUPFER	5.453	5.520	+1
BLEI	2.052	1.895	−8
ZINK	2.562	2.468	−4
ZINN	17.827	17.056	−4
NICKEL	9.213	11.106	+21

Jahresdurchschnitt;
Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen

Autor

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte und Monatsnotizen für die WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

eisenberg@gdb-online.org

WVMETALLE

DIE NICHTEISEN-METALLINDUSTRIE IM DETAIL
Die Situation der Teilbranchen

Die NE-Metallindustrie gliedert sich in Leichtmetall (Aluminium und Magnesium), Buntmetall (Kupfer, Zink, Blei, Nickel und Zinn), Selten- und Edelmetall sowie in die Produktionsstufen Erzeugung (Rohmetall), Halbzeug (Bänder, Bleche, Stangen, Profile, Rohre und Drähte), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

Aluminiumindustrie ist gedämpft optimistisch für das Jahr 2019

Die deutsche Aluminiumindustrie beschäftigte 2018 knapp 39.000 Erwerbstätige in rund 170 Unternehmen. Die Produktion der gesamten Branche entwickelte sich im Jahr 2018 leicht rückläufig. Lediglich bei der Produktion von Halbzeug konnte das Vorjahresniveau annähernd gehalten werden. Insgesamt reduzierte die Aluminiumindustrie ihre Fertigung 2018 um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,1 Millionen Tonnen. Der Branchenumsatz belief sich 2018 auf 16,9 Milliarden Euro, davon 8,2 Milliarden Euro im Ausland. Das entsprach einer Ausfuhrquote von 48 Prozent. Gründe für die insgesamt leicht negative Entwicklung der gesamten Aluminiumproduktion waren die Zunahme konjunktureller Risiken, Probleme bei der Versorgung mit Tonerde durch die US-Russlandsanktionen sowie die Umstellung der bedeutendsten Abnehmerbranche, der Automobilindustrie, auf den neuen Abgastest WLTP. Die Aluminiumindustrie sieht die weltweit zunehmenden protektionistischen Entwicklungen mit Sorge. Diese führen bereits zu Marktverzerrungen.

Die deutschen Hersteller von **Rohaluminium** erzeugten 2018 etwa 1,3 Millionen Tonnen, zwei Prozent weniger als 2017. Die Herstellung von Rohaluminium teilte sich auf 529.000 Tonnen Hüttenaluminium und 762.000 Tonnen Recyclingaluminium auf. Die Produktion von Recyclingaluminium blieb im vergangenen Jahr annähernd auf dem Niveau

von 2017, während die Hüttenproduktion aus Erz um vier Prozent zurückging. Der Recyclinganteil am Rohaluminium betrug im Jahr 2018 rund 59 Prozent. Weltweit stieg die gesamte Produktion von Rohaluminium 2018 laut World Bureau of Metal Statistics um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 75,8 Millionen Tonnen. Darunter wurde, anders als in Deutschland, die Primärproduktion um 1,8 Prozent auf 59,7 Millionen Tonnen erhöht. Die Recyclingproduktion wies dagegen ein Minus von 1,3 Prozent auf 16,1 Millionen Tonnen aus. Infolge der protektionistischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten wurde die Produktion dort um 3,9 Prozent auf 4,5 Millionen Tonnen erhöht (sechs Prozent der Weltproduktion). Die globale Verwendung von Primäraluminium stieg um 3,8 Prozent. China fragte 4,4 Prozent mehr Primäraluminium im Jahr 2018 nach als ein Jahr zuvor und verwendete damit 54 Prozent der globalen Primärerzeugung.

Die Produktion von **Aluminiumhalbzeug** (erste Bearbeitung zu Walz-, Strangpressprodukten, Leitmaterial und Draht) lag 2018 bei knapp 2,5 Millionen Tonnen und damit annähernd auf dem Vorjahresniveau. Der bedeutendste Anteil an der Halbzeugfertigung entfällt auf die Walzwerke, die über ein Drittel der europäischen Walzproduktion ausmacht. Die Ausbringungsmenge von Walzprodukten lag 2018 mit 1,9 Millionen Tonnen auf dem Vorjahresniveau. Die Hersteller von Press- und Ziehprodukten verzeichneten ein Minus von knapp einem Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 599.000 Tonnen. Die Produktion von Leitmaterial stieg 2018 um 45 Prozent gegenüber 2017 auf knapp 6.000 Tonnen.

Die **Aluminiumweiterverarbeitung** beschäftigte 2018 etwa 11.000 Mitarbeiter in rund 50 Unternehmen und stellte insgesamt rund 340.000 Tonnen her. Das Produktionsvolumen verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent. Während die Produktion von Folien und dünnen Bändern um zwei Prozent auf 263.000 Tonnen beziehungsweise von Tuben, Aerosol- und sonstigen Dosen um fünf Prozent auf 42.000 Tonnen sank, stieg die Fertigung von Metallpulver schätzungsweise um sechs Prozent auf etwa 35.000 Tonnen an. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung lag bei 3,2 Milliarden Euro, davon knapp 1,5 Milliarden Euro auf ausländischen Märkten.

Aluminiumrecycling schließt Rohstoffkreisläufe und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zur nachhaltigen Entwicklung in der Aluminiumindustrie. Die Bedeutung des Recyclings nahm 2018 weiter zu, da Nachhaltigkeit ein zentrales Anliegen der Aluminiumindustrie ist. Deutschland blieb 2018 wie in den Vorjahren Nettoexporteur von Aluminiumschrotten. 2018 lagen die Exporte zum fünften Mal in Folge über der Marke von einer Million Tonnen. Diese Menge ging überwiegend in die Nachbarländer, vor allem nach Italien, Österreich und Polen. Die Lieferungen nach China nahmen 2018 um knapp neun Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 34.000 Tonnen weiter ab.

Produktion nach Produktionsstufen

	2017 [1]	2018	
	in t	in t	+/– (% [2])
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	8.501.519	8.315.343	–2
ERZEUGUNG [3, 4]	2.634.099	2.529.188	–4
Aluminium aus Erz	549.995	528.868	–4
Aluminium aus Recycling	763.160	761.713	0
ALUMINIUM GESAMT	1.313.155	1.290.581	–2
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	730.647	700.223	–4
Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen	590.297	538.384	–9
BUNTMETALLE GESAMT	1.320.944	1.238.607	–6
HALBZEUG [3, 4]	4.314.787	4.269.426	–1
Al und Al-Legierungen	2.463.359	2.453.541	0
Al-Leitmaterial	4.061	5.887	45
ALUMINIUM GESAMT	2.467.420	2.459.428	0
Cu und Cu-Legierungen	999.438	966.944	–3
Cu-Leitmaterial	685.972	685.356	0
KUPFER GESAMT	1.685.410	1.652.300	–2
ANDERE BUNTMETALLE	161.957	157.698	–3
BUNTMETALLE GESAMT	1.847.367	1.809.998	–2
GUSS [5]	1.206.123	1.176.695	–2
Aluminium	1.045.490	1.020.013	–2
Magnesium	18.190	18.198	0
LEICHTMETALLGUSS GESAMT	1.063.680	1.038.211	–2
Kupfer und Kupferlegierungen	80.254	79.278	–1
Zink und Zinklegierungen	62.189	59.206	–5
BUNTMETALLGUSS GESAMT	142.443	138.484	–3
ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG [3]	346.510	340.034	–2
FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER	268.892	262.850	–2
TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN	44.579	42.200	–5
METALLPULVER	33.039	34.984	6

2018 vorläufig; [1] 2017 korrigiert; [2] Änderung gegenüber dem Vorjahr;
Quellen:
[3] Gesamtverband der Aluminiumindustrie,
[4] Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie,
[5] Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Die Buntmetallindustrie erwartet 2019 bestenfalls eine leicht steigende Produktion

In der deutschen Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Nickel, Zinn und Seltenmetalle) waren 2018 etwa 31.000 Erwerbstätige in rund 260 Unternehmen beschäftigt. Die Branche wies mit drei Millionen Tonnen ein Produktionsminus von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die einzelnen Teilbranchen entwickelten sich heterogen.

Die Fertigung aller **Rohmetallerzeuger** ging 2018 im Vorjahresvergleich um sechs Prozent auf 1,2 Millionen Tonnen zurück. Darunter verzeichnete die Produktion von raffiniertem Kupfer und Kupfergusslegierungen ein Minus von vier Prozent im Vergleich zum

Vorjahr auf 700.000 Tonnen. Die Ausbringungsmenge von Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen sank im selben Zeitraum technisch bedingt um neun Prozent auf 538.000 Tonnen.

Die Weltproduktion von **raffiniertem Kupfer** wuchs 2018 laut International Copper Study Group (ICSG) um 1,5 Prozent im Vorjahresvergleich auf 23,9 Millionen Tonnen. China erzielte 2018 eine neue Rekordproduktion von 9,1 Millionen Tonnen (plus 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das waren 38 Prozent der Weltproduktion. Die weltweite Kupfernachfrage stieg 2018 um zwei Prozent auf 24,3 Millionen Tonnen. China repräsentierte allein rund die Hälfte des Weltbedarfs. Die chinesische Nachfrage von 12,4 Millionen Tonnen wuchs mit 4,6 Prozent so dynamisch wie seit 2014 nicht mehr. Insgesamt entstand weltweit ein Produktionsdefizit von 447.000 Tonnen. Die globale Bergbauproduktion stieg 2018 um 2,3 Prozent auf 20,5 Millionen Tonnen. Die ICSG erwartet für 2019 einen ausgeglichenen Weltmarkt für raffiniertes Kupfer. So dürfte die weltweite Produktion bei 24,8 Millionen Tonnen und die Nachfrage bei 24,9 Millionen Tonnen liegen.

Die globale **Zinkproduktion** lag mit 13,3 Millionen Tonnen in etwa auf dem Vorjahresniveau. Im Verhältnis zur Verwendung ergab sich 2018 gemäß International Lead and Zinc Study Group (ILZSG) ein erhebliches Marktdefizit von 393.000 Tonnen. Nach einem Rückgang der chinesischen Produktion um 2,5 Prozent auf 5,7 Millionen Tonnen sank Chinas Anteil an der globalen Produktion leicht auf 43 Prozent. Die globale Nachfrage ging um 0,3 Prozent gegenüber 2017 auf 13,7 Millionen Tonnen zurück. Maßgeblich hierfür war ein Nachfragerückgang Chinas um 1,6 Prozent gegenüber 2017 auf 6,5 Millionen Tonnen. Die Weltminenproduktion stieg 2018 um zwei Prozent auf 12,9 Millionen Tonnen.

Der Weltmarkt für **raffiniertes Blei und Bleilegierungen** zeigte sich 2018 insgesamt ausgeglichen. So überstieg die Verwendung des Metalls dessen Produktion lediglich um 90.000 Tonnen. Die Erzeugung stieg geringfügig um 0,6 Prozent auf 11,6 Millionen Tonnen. Nach einer leichten Abnahme der chinesischen Produktion um 0,9 Prozent auf 4,8 Millionen Tonnen lag Chinas Anteil an der Weltproduktion bei 41 Prozent. Es versorgte sich überwiegend selbst mit metallischem Blei und trat in Europa primär als Anbieter von weiterverarbeiteten Produkten wie Batterien auf. Der Anteil an recyceltem Blei an der Gesamtproduktion belief sich in der Europäischen Union auf 77 Prozent und in China gerade einmal auf 44 Prozent. Die weltweite Minenproduktion verzeichnete 2018 ein Minus von 1,3 Prozent auf knapp 4,7 Millionen Tonnen Bleiinhalt im Konzentrat.

Die Fertigung aller **Halbzeughersteller** (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren und Draht) ging 2018 gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent auf 1,8 Millionen Tonnen zurück. Dabei zeigte sich das erste Halbjahr in einigen automobilnahen Teilbranchen noch außergewöhnlich dynamisch. Erst im Zuge der zunehmenden WLTP-Abgastest-Problematik änderte sich die Situation im zweiten Halbjahr. Damit wurden im Gesamtjahr 2018 Rückgänge um jeweils drei Prozent im Bereich für Halbzeug aus Kupfer und

Kupferlegierungen auf 967.000 Tonnen beziehungsweise im Bereich für Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen auf 158.000 Tonnen verzeichnet. Die Hersteller von Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial erreichten 2018 mit 685.000 Tonnen zumindest das Niveau von 2017.

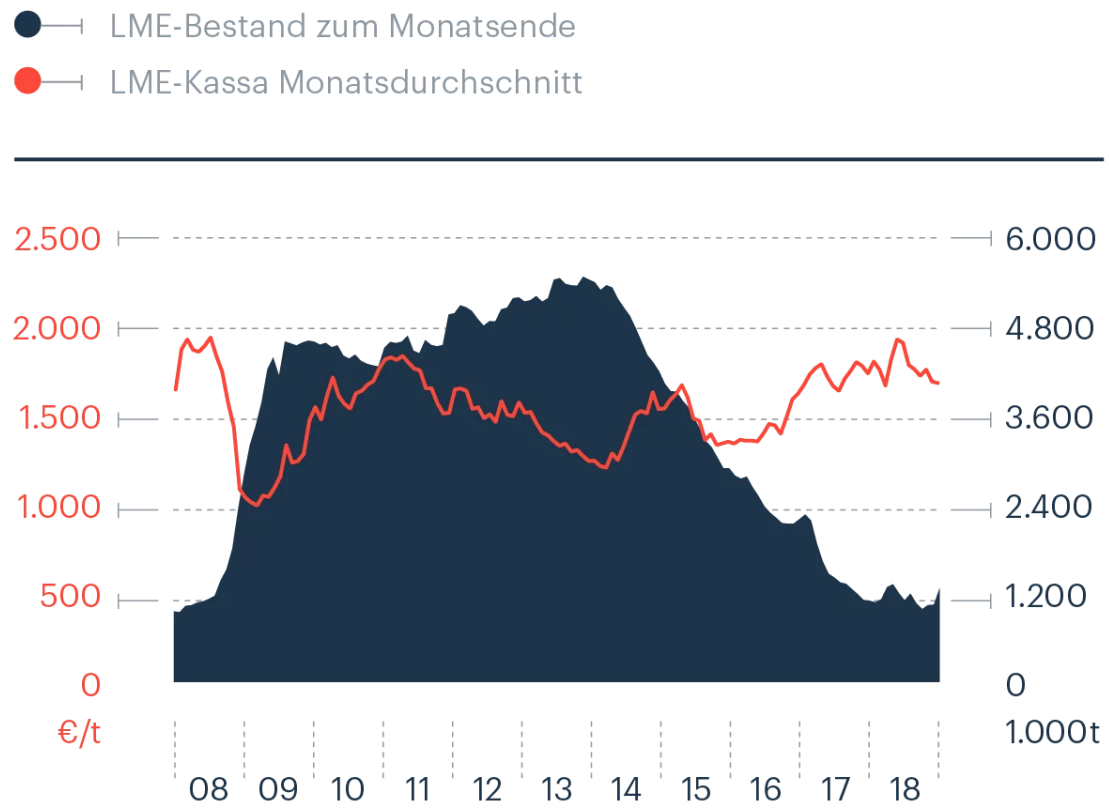
Schwächeres Jahr für Nichteisen-Metallgießereien

Die deutsche NE-Metallgießerei-Industrie beschäftigte 2018 etwa 36.000 Erwerbstätige in rund 200 Unternehmen. Der Umsatz lag bei 7,5 Milliarden Euro. Die Branche produzierte 2018 knapp 1,2 Millionen Tonnen. Damit bewegte sich die Fertigung um etwa zwei Prozent unter dem Niveau von 2017. Die Zuwachsraten früherer Jahre erreichten 2018 ihr Limit und dürften auch 2019 diese Raten nicht überschreiten. Maßgeblich hierfür war die schleppende Umsetzung des neuen Abgastests WLTP als Voraussetzung für die Fahrzeugzulassung. Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürften vorrangig die auf Halde stehenden Fahrzeuge nach WLTP zugelassen werden, bevor sich die Automobilproduktion und damit auch die Nachfrage nach Gussteilen wieder normalisieren kann. Die Bestellungen an die Aluminiumgießereien sind im Jahr 2018 um fünf Prozent gesunken. Dabei entwickelten sich einzelne Bereiche (abhängig vom Gießverfahren), aber auch Unternehmen sehr unterschiedlich. Die Magnesiumgießereien meldeten ein Auftragsniveau von knapp 18.000 Tonnen. Die Gießereien, die Kupferlegierungen verarbeiten, verbuchten ein Auftragsplus von knapp vier Prozent auf 93.000 Tonnen. Die Aufträge an die Zinkgießereien stiegen im vorigen Jahr um mehr als fünf Prozent auf 69.000 Tonnen im Vergleich zu 2017. Die Exporte lagen 2018 im Gegensatz zum Binnenabsatz über dem Vorjahresvolumen. Der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau am Gesamtexport blieb mit 80 Prozent auf dem üblichen Niveau. Die Auftragsreserven lagen Ende Dezember 2018 bei rund 283.000 Tonnen. Gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion 2018 entsprach dies nur einer unterdurchschnittlichen Reichweite der Auftragsbestände von weniger als drei Monaten. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt von vier Monaten zeigte sich ein spürbarer Bestandsabbau.

Die Feuerverzinkungsindustrie erwartet für 2019 weiteres Wachstum

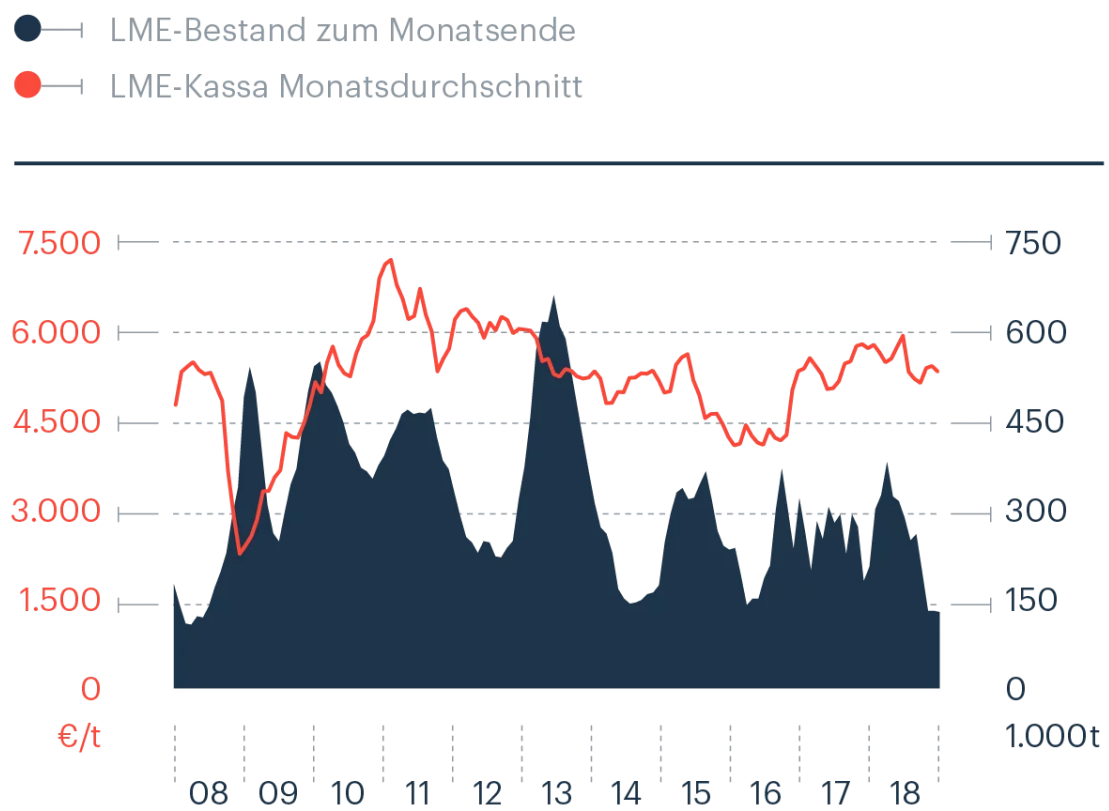
Die deutsche Stückverzinkungsindustrie als bedeutender Zinkanwender setzte ihren Wachstumskurs fort und konnte im Jahr 2018 die Tonnage an veredeltem Stahl um vier Prozent gegenüber 2017 steigern. Der Branchenumsatz wuchs im selben Zeitraum um sechs Prozent. Die Anzahl der Beschäftigten blieb im Jahr 2018 mit 4.800 Mitarbeitern in den knapp 150 Verzinkereien im Vorjahresvergleich unverändert. Verwendet werden die Produkte der Branche in den Bereichen Bauwesen (51 Prozent), Industrieausrüstung (zwölf Prozent), Fahrzeug/Transport (zwölf Prozent), Straßenausstattung (sieben Prozent), Gartenbau/Landwirtschaft (sechs Prozent) und Sonstige (zwölf Prozent).

Aluminium Börsenpreis



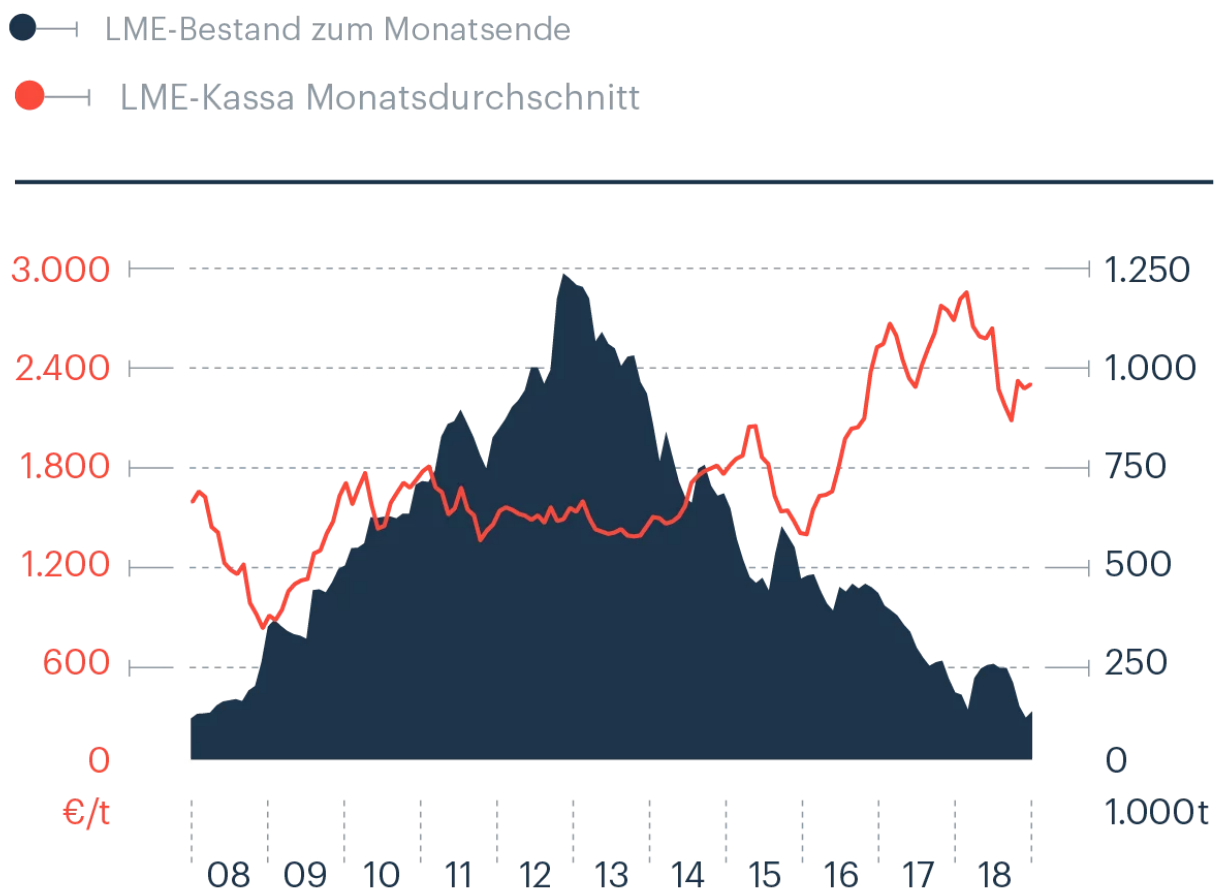
Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Kupfer Börsenpreis



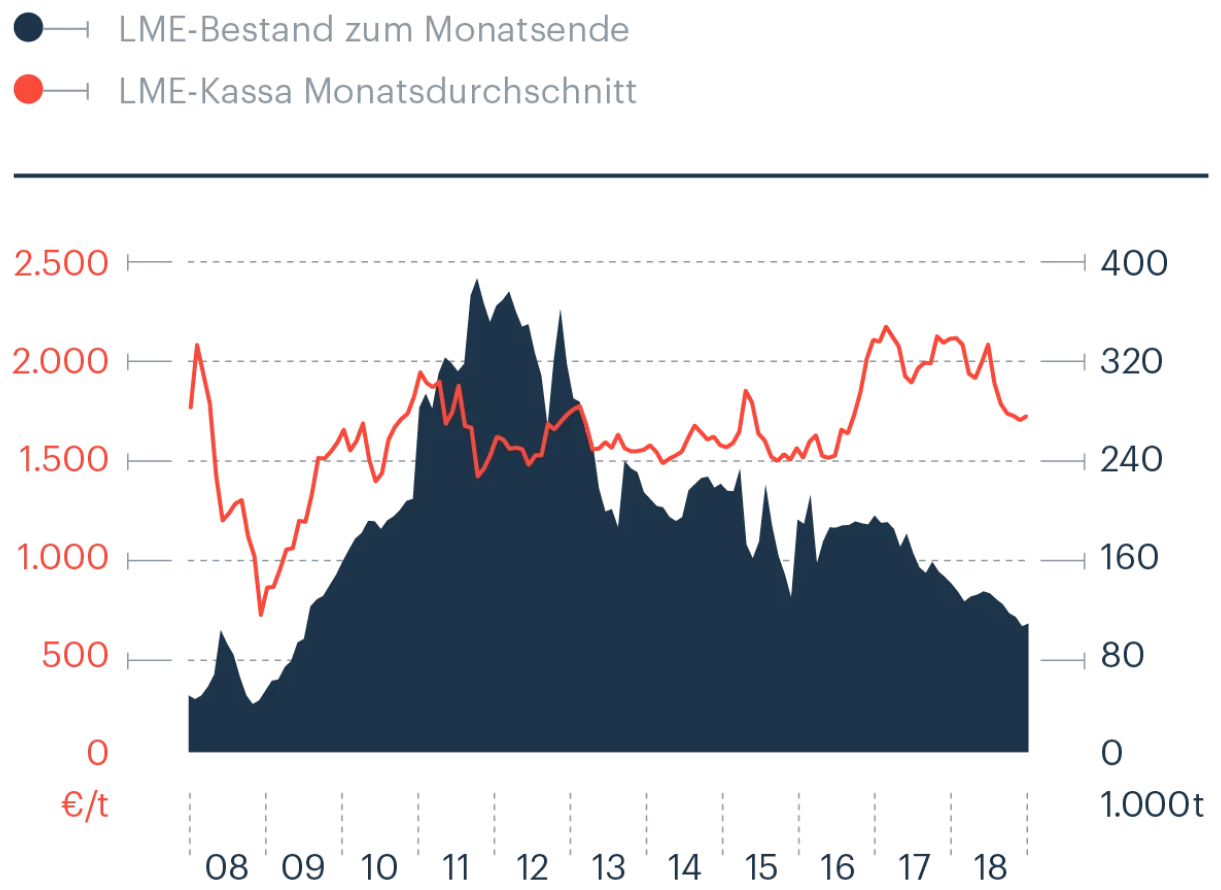
Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Zink Börsenpreis



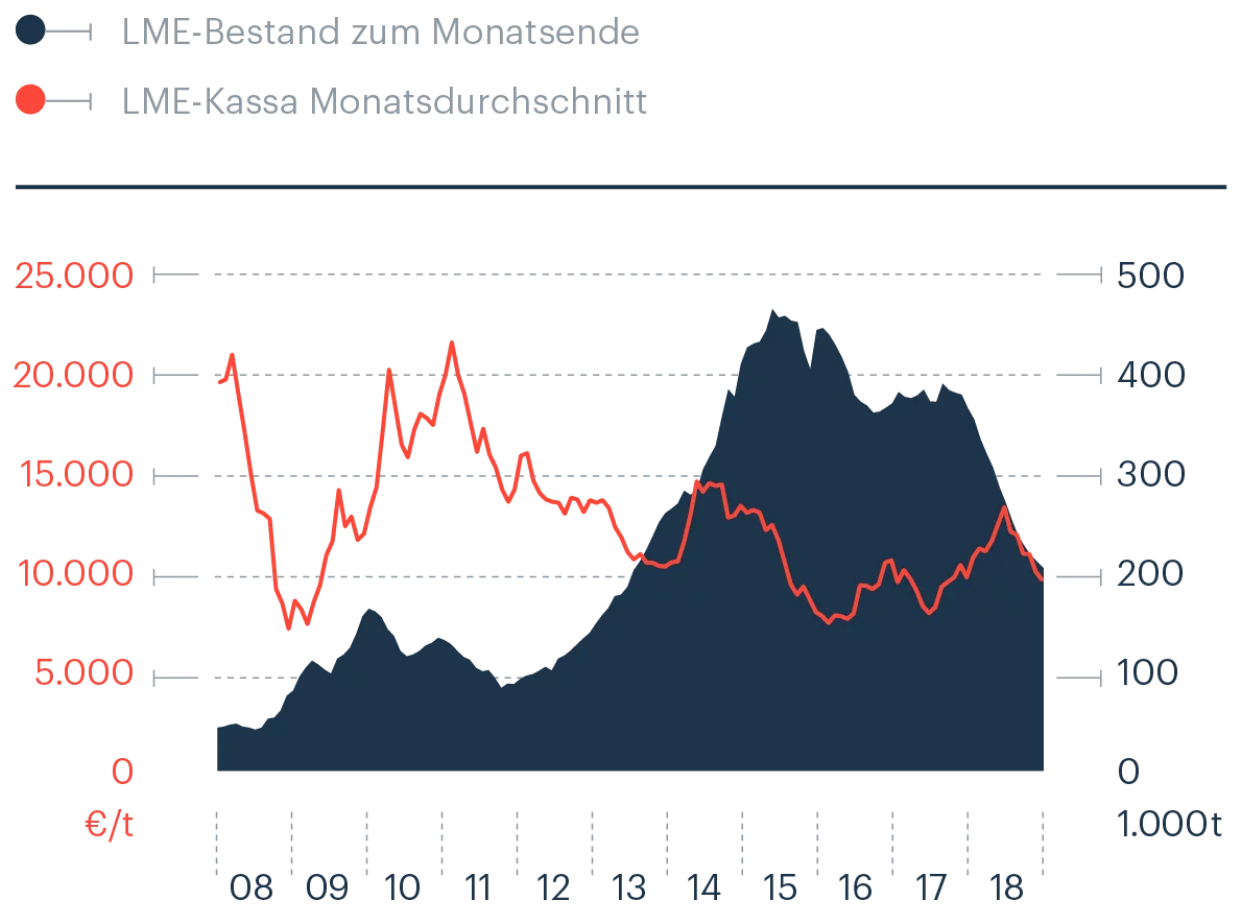
Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Blei Börsenpreis



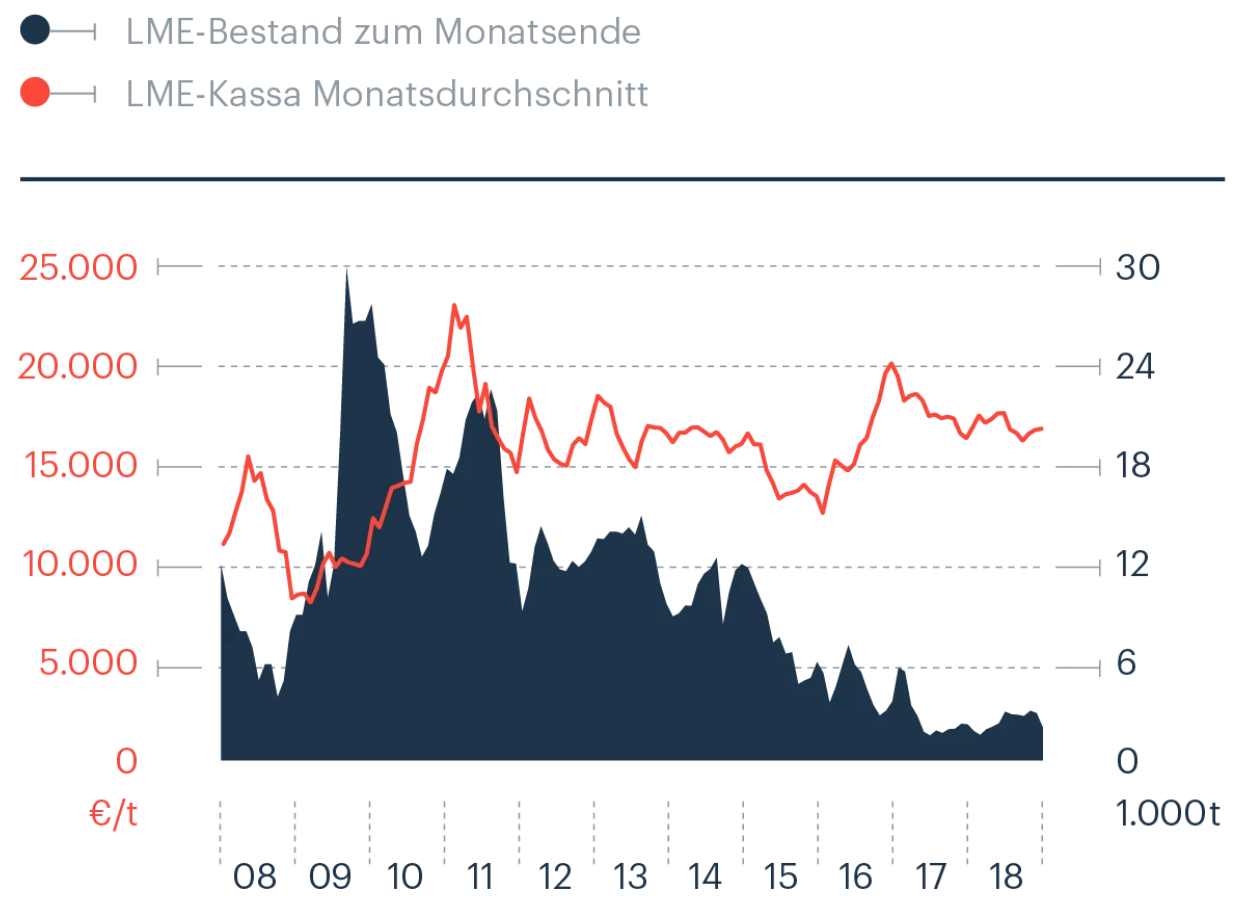
Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Nickel Börsenpreis



Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Zinn Börsenpreis



Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Autor

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte und Monatsnotizen für die WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

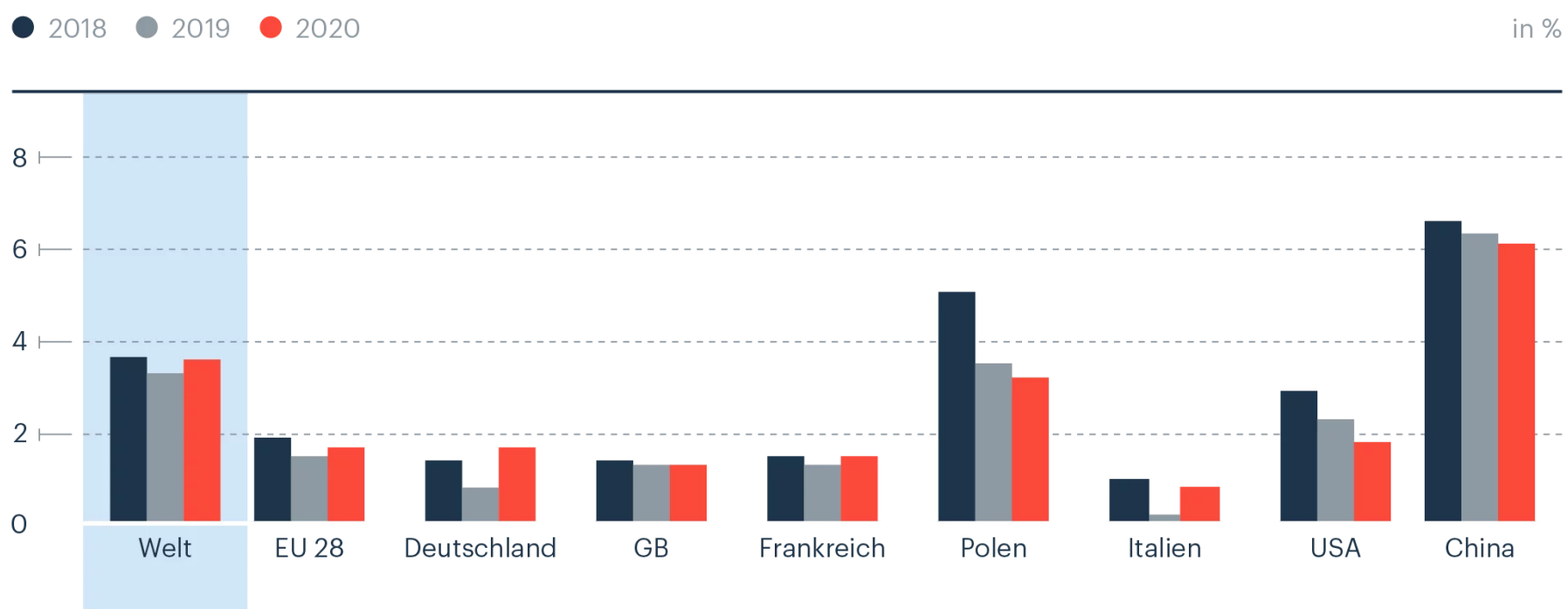
eisenberg@gdb-online.org

WVMETALLE

DIE LAGE DER WELTKONJUNKTUR
Weltwirtschaft trat 2018 auf die Bremse

Die Wachstumsgeschwindigkeit der Weltwirtschaft ließ im vergangenen Jahr unerwartet deutlich nach. Die konjunkturelle Eintrübung setzte in der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und den Schwellenländern im zweiten Halbjahr 2018 beinahe synchron ein.

Weltwirtschaftswachstum*



* Änderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2019, 2020: Prognosen; ausgewählte Länder/Regionen sortiert nach ihrem Anteil am Absatz der deutschen NE-Metallindustrie 2018 in Tonnen
Quellen: Deutschland – Sachverständigenrat, 19. März 2019; EU(-Länder) – Europäische Kommission, European Economic Forecast, 7. Februar 2019; restliche Länder/Regionen – Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, April 2019

Die **Weltwirtschaft** wuchs im Jahr 2018 nur noch um 3,6 Prozent und der Welthandel verlangsamte sich bis auf ein Wachstumsniveau von 3,8 Prozent. 2018 war geprägt von einer Weltkonjunktur, die sich in der zweiten Jahreshälfte flächendeckend deutlich eintrübte. In den Vereinigten Staaten fiel das Wirtschaftswachstum 2018 mit knapp drei Prozent zwar höher als

im Vorjahr aus; maßgeblich hierfür war allerdings vor allem die Steuerreform zu Jahresbeginn. Insbesondere die schwache Industrieproduktion in Deutschland führte in den ökonomisch stark vernetzten Volkswirtschaften in der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte zu einer recht synchronen Abwärtsbewegung. So wurde die deutsche Wirtschaft 2018 relativ abrupt auf ein unerwartet niedriges Wachstum von 1,4 Prozent abgebremst, nach 2,2 Prozent im Jahr 2017. Italien hielt in der Eurozone mit einem Wachstum von einem Prozent die rote Laterne und ist zuletzt in eine leichte Rezession abgerutscht. China wurde durch den Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten belastet und verzeichnet abnehmende, wenn auch weiterhin hohe Wachstumsraten. Indien wächst mittlerweile zwar kräftiger als China. Die chinesische Volkswirtschaft war 2017 allerdings immer noch 4,5-mal größer als die indische. Im Einklang mit der konjunkturellen Abwärtsentwicklung haben sich die Ölpreise zum Jahresende hin bis auf gut 50 US-Dollar für ein Fass der Sorte Brent verbilligt. 2019 dürfte der Welthandel auf ein Wachstum von 3,4 Prozent entschleunigen. Erst 2020 wird wieder ein moderates, wenngleich auch vergleichsweise niedriges Wachstum von 3,9 Prozent erwartet. Die Weltwirtschaft dürfte im laufenden Jahr nur schwach um 3,3 Prozent beziehungsweise im kommenden Jahr wieder um 3,6 Prozent wachsen.

Deutschland verzeichnete 2018 mit 1,4 Prozent ein deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum als ein Jahr zuvor. Das Inland war für die deutsche NE-Metallindustrie mit einem Marktanteil von 53 Prozent mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt. Maßgeblich für das spürbar abgeschwächte Wachstum der deutschen Wirtschaft waren die geringere Dynamik der Exportnachfrage, Produktionsprobleme in der Automobil- und in der Chemieindustrie sowie angebotsseitig ein allgemeiner Fachkräftemangel und die noch in der ersten Jahreshälfte bestehenden Kapazitätsengpässe in vielen Industriebranchen. Der Konsum der Privathaushalte legte dank steigender Beschäftigung, höherer Reallöhne und niedriger Zinsen um ein Prozent zu.

2018 wurden zwei Prozent mehr Waren ausgeführt als im Vorjahr. Dagegen stiegen die Importe etwas deutlicher um 3,3 Prozent. Folglich fiel der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt mit minus 0,4 Prozentpunkten negativ aus. Während unter den wichtigsten Exportmärkten die deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten um 1,5 Prozent und nach China um 8,1 Prozent stiegen, blieb die Nachfrage aus dem zweitgrößten Markt Frankreich annähernd stabil. Aus dem Vereinigten Königreich ging sie um vier Prozent zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg 2018 um 569.000 auf 44,8 Millionen. Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich um ein Prozent. In einem nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsumfeld wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 2,6 Prozent. Darunter wiesen die Ausrüstungsinvestitionen sogar ein Plus von 4,2 Prozent aus. Die Bauinvestitionen stiegen um 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die im Jahresdurchschnitt höheren Energiepreise führten 2018 zu einer Inflation von 1,8 Prozent – knapp unter der Zielmarke von zwei Prozent. Voriges Jahr war das siebte Jahr in Folge, in dem der Staat einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftete. Dieser lag bei 58 Milliarden Euro.

Ausblick: Im März 2019 hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft insgesamt laut ifo-Geschäftsklimaindex erstmals nach sechs Monaten wieder leicht verbessert. Maßgeblich hierfür waren der Dienstleistungssektor, der Handel und das Bauhauptgewerbe. Dagegen hat sich die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe weiter eingetrübt, sodass die Unternehmen in Anbetracht einer rückläufigen Nachfrage kaum Produktionssteigerungen planen. Chancen ergeben sich 2019 aus einer weiter steigenden Erwerbstätigkeit. Ein damit einhergehendes steigendes Einkommensteueraufkommen sichert dem Staat Spielraum für Konsum und Investitionen. Der strukturelle Wandel zur Elektromobilität, der 5G-Breitbandnetzausbau und die zunehmende Digitalisierung dürften selbst in einem schwachen konjunkturellen Umfeld Investitionen nach sich ziehen. Risiken bestehen nicht zuletzt in anhaltenden Produktionsproblemen in der Automobilindustrie, im flächendeckenden Fachkräftemangel, in einem weiter eskalierenden Protektionismus (US-Automobilzölle), im unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen und in den ungelösten internationalen Konflikten. Der SVR erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum 2019 noch weiter abschwächt – auf 0,8 Prozent. 2020 dürfte die Wirtschaft mit einer erwarteten Wachstumsrate von 1,7 Prozent wieder leicht Fahrt aufnehmen.

Verwendung des Inlandsprodukts

	2018	2019	2020
	in % ggü. Vorjahr	in % ggü. Vorjahr	in % ggü. Vorjahr
Konsumausgaben	1,0	1,2	1,5
Private Haushalte	1,0	1,0	1,4
Staat	1,0	2,0	1,8
Anlageinvestitionen	2,6	2,5	2,6
Ausrüstungen	4,2	1,6	2,5
Bauten	2,4	3,3	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	1,8	1,9
Inländische Verwendung	1,9	1,6	1,7
Exporte	2,0	1,9	3,9
Importe	3,3	3,9	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,8	1,7

Preisbereinigt;
Quellen: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, Monatsbericht März 2019, 15. März 2019;
2019 und 2020: Sachverständigenrat, 19. März 2019

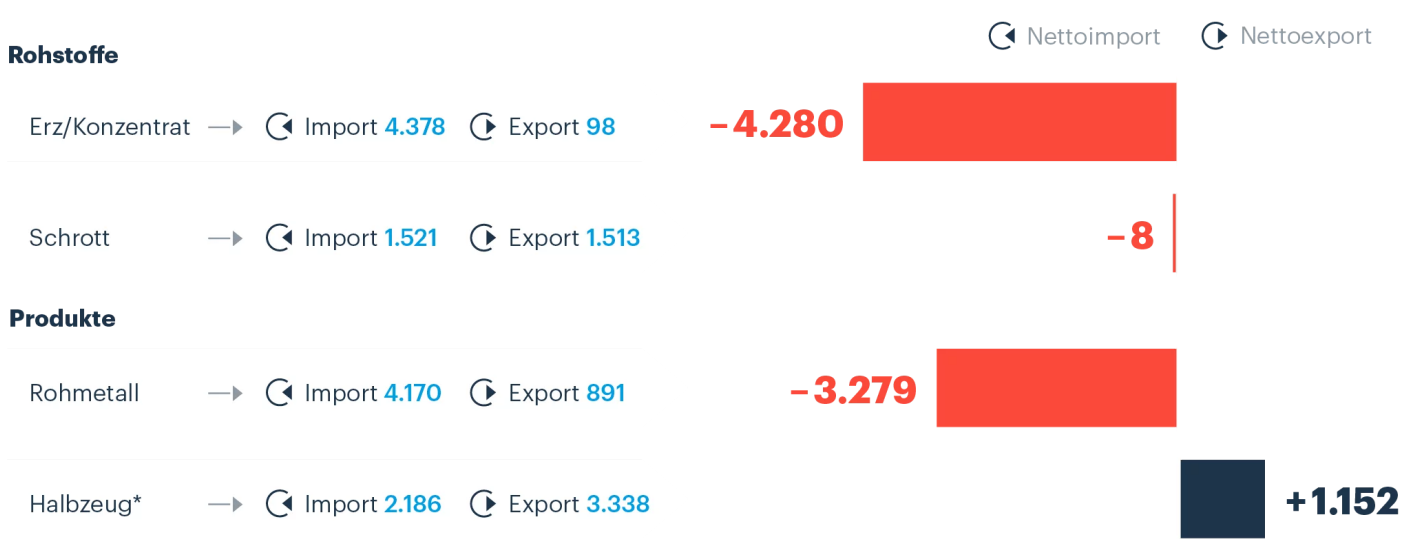
Eckdaten für Deutschland

		2018	2019	2020
reales BIP (in %*)		1,4	0,8	1,7
Erwerbstätige im Inland (in 1.000 Personen)		44.838	45.303	45.666
Arbeitslose (in 1.000 Personen)		2.340	2.181	2.055
Arbeitslosenquote (in %)		5,2	4,8	4,6
Verbraucherpreise (in %*)		1,8	1,5	1,6
reale Lohnstückkosten (in %*)		0,7	1,4	0,3
Finanzierungssaldo	(in Mrd. €)	58,0	42,2	37,9
des Staates	(in % des nominalen BIP)	1,7	1,2	1,0
Leistungsbilanz-	(in Mrd. €)	246,4	–	–
saldo	(in % des nominalen BIP)	7,4	6,8	6,5

BIP = Bruttoinlandsprodukt;
* Änderung gegenüber dem Vorjahr; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; 2019 und 2020: Sachverständigenrat, 19. März 2019

Außenhandelssalden 2018

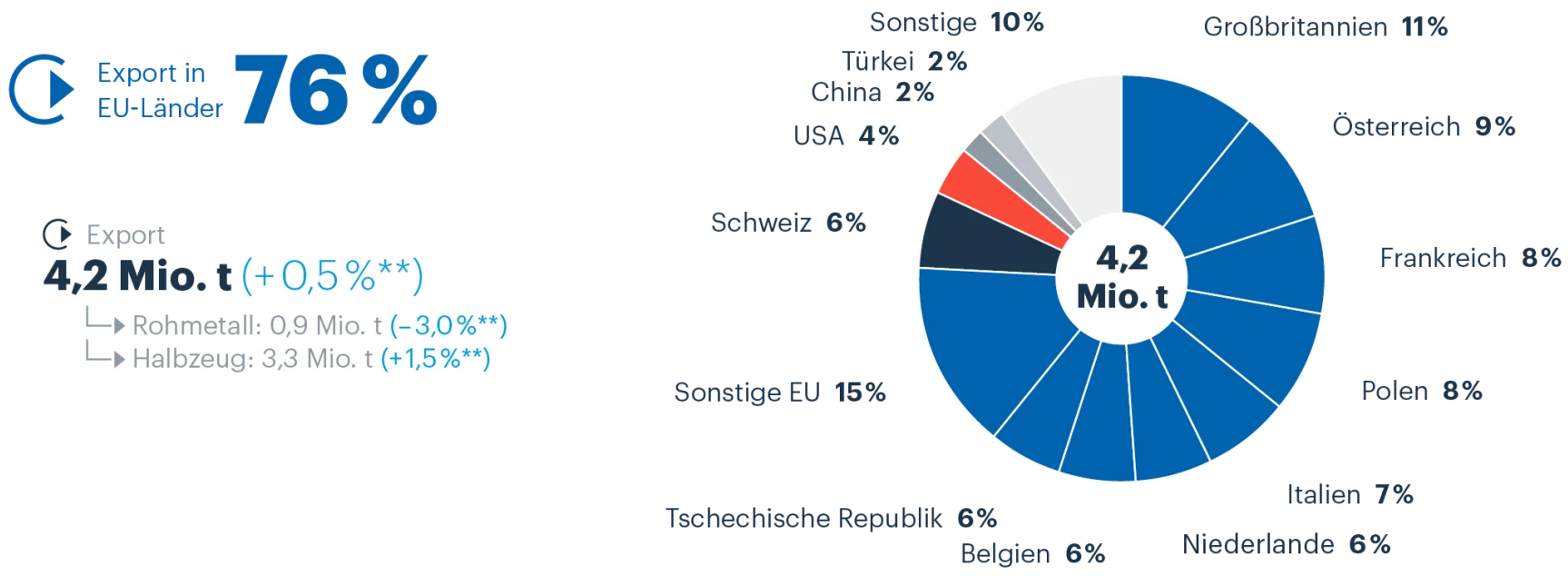
Nichteisen-Metall, in 1.000 t



* Einschließlich Folien und Pulver; Deutschland; vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Export 2018 nach Ländern

Rohmetall und Halbzeug*



* Einschließlich Folien und Pulver; ** Änderung gegenüber Vorjahr; Deutschland; vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Die **Europäische Union** war 2018 der wichtigste Absatzmarkt für in Deutschland hergestelltes Rohmetall und Halbzeug. Knapp 48 Milliarden Euro beziehungsweise annähernd 90 Prozent des Branchenumsatzes wurden im europäischen Binnenmarkt (einschließlich Deutschlands) erlöst. Von den Exporten der deutschen NE-Metallindustrie gingen 76 Prozent in die EU-Partnerländer. In der EU stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2018 moderat um 1,9 Prozent. Die Europäische Kommission erwartet für das laufende Jahr ein etwas schwächeres Wachstum von plus 1,5 Prozent. Erst 2020 dürfte das Wirtschaftswachstum wieder leicht zulegen auf plus 1,7 Prozent. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) blieb im vorigen Jahr expansiv. Seit März 2016 liegt der Leitzins der EZB auf dem seit Einführung des Euro historisch niedrigsten Zinsniveau von 0,00 Prozent. Der Euro verlor im Jahresverlauf 2018 gegenüber dem US-Dollar fünf Prozent seines Wertes und lag zum Jahresende bei knapp 1,15 US-Dollar je Euro.

Das **Vereinigte Königreich** blieb 2018 der größte Ausfuhrmarkt für die deutsche NE-Metallindustrie, ein Großteil davon war Halbzeug – überwiegend Aluminium. Jedoch sank der NE-Metall-Außenhandel mit den Briten im vorigen Jahr spürbar. So ging die Ausfuhr nach Großbritannien um zehn Prozent gegenüber 2017 auf 453.000 Tonnen zurück, die Einfuhr von dort verringerte sich um vier Prozent auf 282.000 Tonnen. Die weiterhin unklare politische Zielrichtung im Rahmen der Brexit-Verhandlungen mit der EU verhindert Wachstumsmöglichkeiten für die britische Wirtschaft. So ging das Wirtschaftswachstum bereits 2018 auf plus 1,4 Prozent zurück, und auch für das laufende und das kommende Jahr werden nurmehr Wachstumsraten von jeweils 1,3 Prozent erwartet. Weitere Abwärtsrevisionen sind wahrscheinlich.

Österreich war 2018 der zweitgrößte Exportmarkt. Die Konjunktur im Nachbarland entwickelte sich 2018 mit einem Wachstum von 2,7 Prozent vergleichsweise dynamisch. Dennoch sank der Rohmetall- und Halbzeugexport nach Österreich um 2,5 Prozent auf

362.000 Tonnen. Etwa 28 Prozent der Auslieferungen waren Rohaluminium. Für dieses und kommendes Jahr erwartet die Europäische Kommission nur noch ein Wachstum von jeweils 1,6 Prozent.

Frankreich blieb 2018 der drittgrößte Ausfuhrmarkt für Rohmetall und Halbzeug. Im letzten Jahr wurden 340.000 Tonnen NE-Metalle nach Frankreich geliefert, zwei Prozent mehr als 2017. Die Exporte nach Frankreich bestanden zu 34 Prozent aus Aluminiumblechen und -bändern, zu zwölf Prozent aus Aluminiumfolien und zu acht Prozent aus Rohaluminium. Die französische Volkswirtschaft entfaltete 2018 mit einem Wachstum von 1,5 Prozent nur wenig Dynamik. Für die folgenden beiden Jahre werden auch nur moderate Wachstumsraten von 1,3 Prozent beziehungsweise 1,5 Prozent erwartet.

Polen fragte im Jahr 2018 mit 328.000 Tonnen zehn Prozent mehr Rohmetall und Halbzeug nach als 2017 und verdrängte damit Italien von Platz vier im Exportländerranking. Schwerpunktmäßig waren dies Aluminiumbänder, Kupferdraht, aber auch Rohaluminium und -kupfer. Polens Wirtschaft entwickelte sich 2018 mit einem Wachstum von 5,1 Prozent dynamisch. Im laufenden und im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum etwas verlangsamen auf 3,5 Prozent beziehungsweise 3,2 Pro-zent.

Nach **Italien** wurden 311.000 Tonnen Rohmetall und Halbzeug exportiert, vier Prozent mehr als 2017. Darunter entfielen 43 Prozent auf Kupferhalbzeug (zum Großteil Kupferdraht, Messingstangen und Kupferband) und ein Drittel auf Aluminiumhalbzeug (überwiegend Bleche/Bänder) und Aluminiumfolien. Italien wies 2018 mit plus einem Prozent im Vorjahresvergleich das niedrigste Wirtschaftswachstum aller Euro-Partnerländer aus. Die Europäische Kommission rechnet auch in den nächsten zwei Jahren mit keiner Veränderung (2019: plus 0,2 Prozent und 2020: plus 0,8 Prozent).

Die **Vereinigten Staaten** lagen 2018 weiter auf Rang zehn der Auslandsmärkte für Metall und Halbzeug und blieben zugleich die wichtigste Zielregion außerhalb Europas. Vier Prozent der Branchenexporte gingen dorthin. Trotz der zehnprozentigen US-Einfuhrzölle auf Aluminium aus der EU importierten die Vereinigten Staaten 2018 mit 172.000 Tonnen 16 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Eine ähnliche Tonnage lieferte die deutsche NE-Metallindustrie an inländische Abnehmerindustrien, die ihrerseits in die Vereinigten Staaten exportierten. Die Vereinigten Staaten spielten insbesondere als Absatzmarkt für Halbzeug eine große Rolle. 61 Prozent der Branchenausfuhren stammten aus der Aluminiumindustrie, rund 34 Prozent waren Kupfer oder Kupferlegierungen und vier Prozent Nickelhalbzeug. Die Vereinigten Staaten verzeichneten 2018 mit plus 2,9 Prozent ein höheres Wirtschaftswachstum als 2017. Hierzu dürfte insbesondere die Steuerreform Anfang vorigen Jahres beigesteuert haben, die kurzfristige Wachstumsimpulse beispielsweise mittels der sofortigen Abschreibung von Investitionsausgaben gesetzt hat. Die hohe Beschäftigung beflügelte den privaten Konsum, der zu mehr als zwei Dritteln zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beiträgt. 2018 hob die Notenbank der Vereinigten Staaten den Leitzins

viermal an, zuletzt auf einen Zinskorridor zwischen 2,25 und 2,5 Prozent. Nach Auslaufen der temporären positiven Effekte dürfte die Dynamik der US-Wirtschaft im laufenden Jahr nachlassen und bis auf ein Niveau von 2,3 Prozent beziehungsweise 2020 auf 1,9 Prozent sinken.

China hat durch seine enorme Nachfrage nach Rohstoffen (Erze und Konzentrate), aber auch nach Rohmetallen sowie seinen hohen Anteil an der weltweiten Produktion von Rohmetall und Halbzeug einen großen Einfluss auf den Weltmarkt für Metalle. Sorgen bereiten die hohen Überkapazitäten in der Grundstoffindustrie. Die deutsche NE-Metallindustrie hat in China investiert, um die Abnehmerbranchen vor Ort zu versorgen. Folglich spielt China für die deutsche Rohmetall- und Halbzeugausfuhr nur eine untergeordnete Rolle. So wurden 2018 gerade einmal 72.000 Tonnen nach China exportiert, das waren aber immerhin neun Prozent mehr als im Vorjahr. Seit Mitte 2017 wurden die Vorschriften für chinesische Schrottimporte bereits mehrfach verschärft. Infolgedessen brachen die deutschen Exporte von NE-Metallschrotten 2018 um 38 Prozent auf 146.000 Tonnen ein. In China sind insbesondere minderwertige Schrottqualitäten der Kategorien sechs und sieben nicht mehr gefragt. Demnach nahm Chinas Bedeutung vom größten zum fünftgrößten Exportabnehmer für deutschen NE-Metallschrott innerhalb eines Jahres ab. Als Folge des Handelskonfliktes mit den Vereinigten Staaten drängte 2018 besonders Halbzeug aus China auf den europäischen Markt. Beispielsweise lieferte China im vorigen Jahr 114.000 Tonnen Aluminiumhalbzeug und Aluminiumfolien nach Deutschland. Das war ein Anstieg von 36 Prozent. Das Expansionstempo der chinesischen Wirtschaft ließ im vergangenen Jahr auf 6,6 Prozent nach. Für das laufende und das kommende Jahr rechnet der IWF mit einem niedrigeren Wachstum von 6,3 beziehungsweise 6,1 Prozent.

Autor

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte und Monatsnotizen für die WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

eisenberg@gdb-online.org

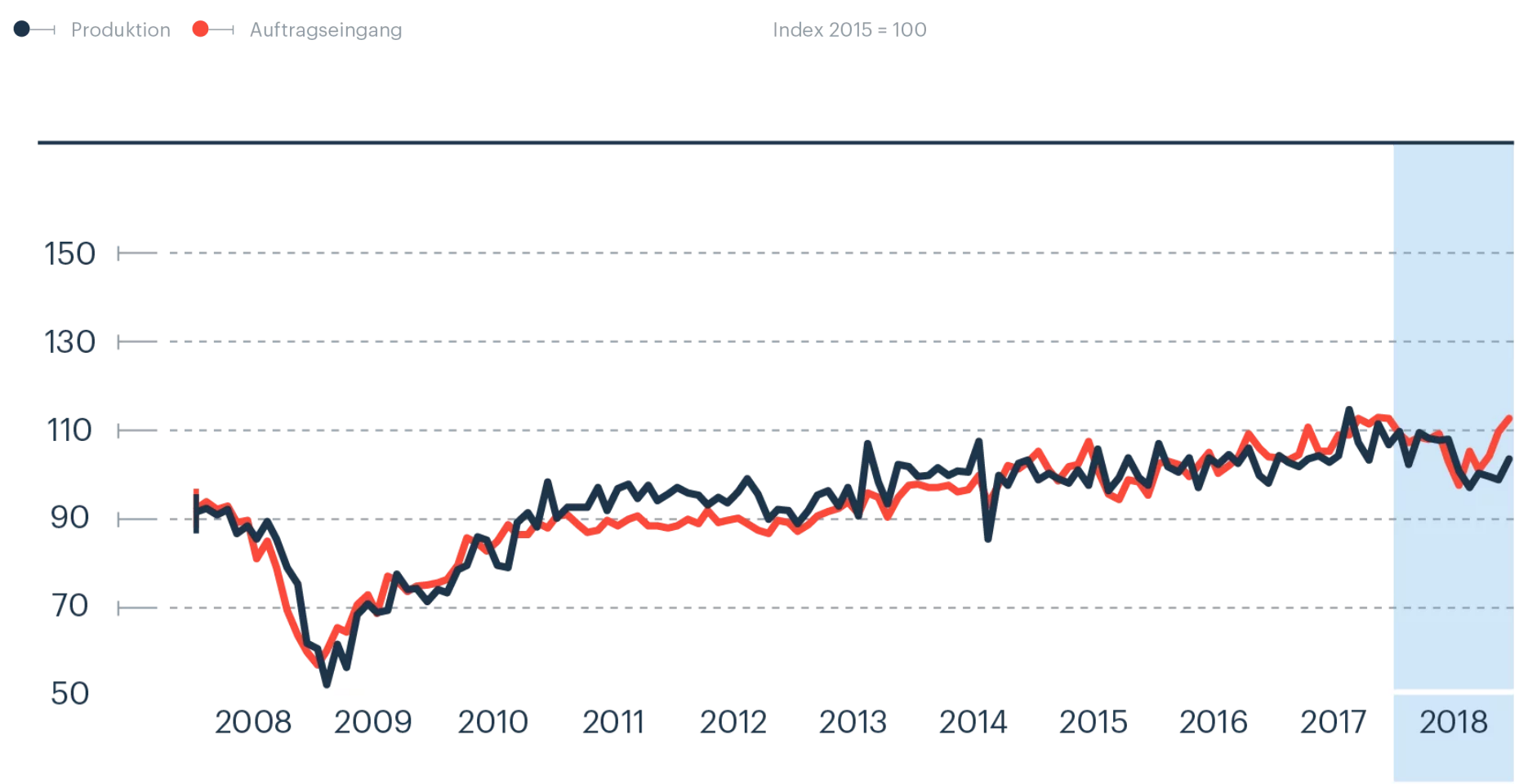
WVMETALLE

DIE NÄCHSTEN STUFEN DER INDUSTRIELLEN WERTSCHÖPFUNg Die Entwicklung in den Abnehmer-industrien

Die Nichteisen-Metallindustrie ist eng verknüpft mit den wichtigsten Branchen und Vorlieferant für eine Vielzahl von High-Tech-Produkten.

Die Metalle Aluminium, Kupfer, Zink, Blei und Nickel werden in vielen Anwendungen eingesetzt. Die Hauptabnehmerbranche ist die Automobilindustrie, gefolgt von der Bau-, der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie dem Maschinen- und Anlagenbau. Daneben sind die Chemie- sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie bedeutende Abnehmer von NE-Metallen. Die Konjunktur im Baubereich läuft seit einigen Jahren sehr dynamisch. Ein Ende dieser Entwicklung ist vorerst nicht in Sicht. Insgesamt bewegten sich 2018 alle Branchen bis auf den Automobilbereich auf erfreulich gutem Niveau.

Automobilindustrie



Preisbereinigt, X13 JDemetra + kalender- und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

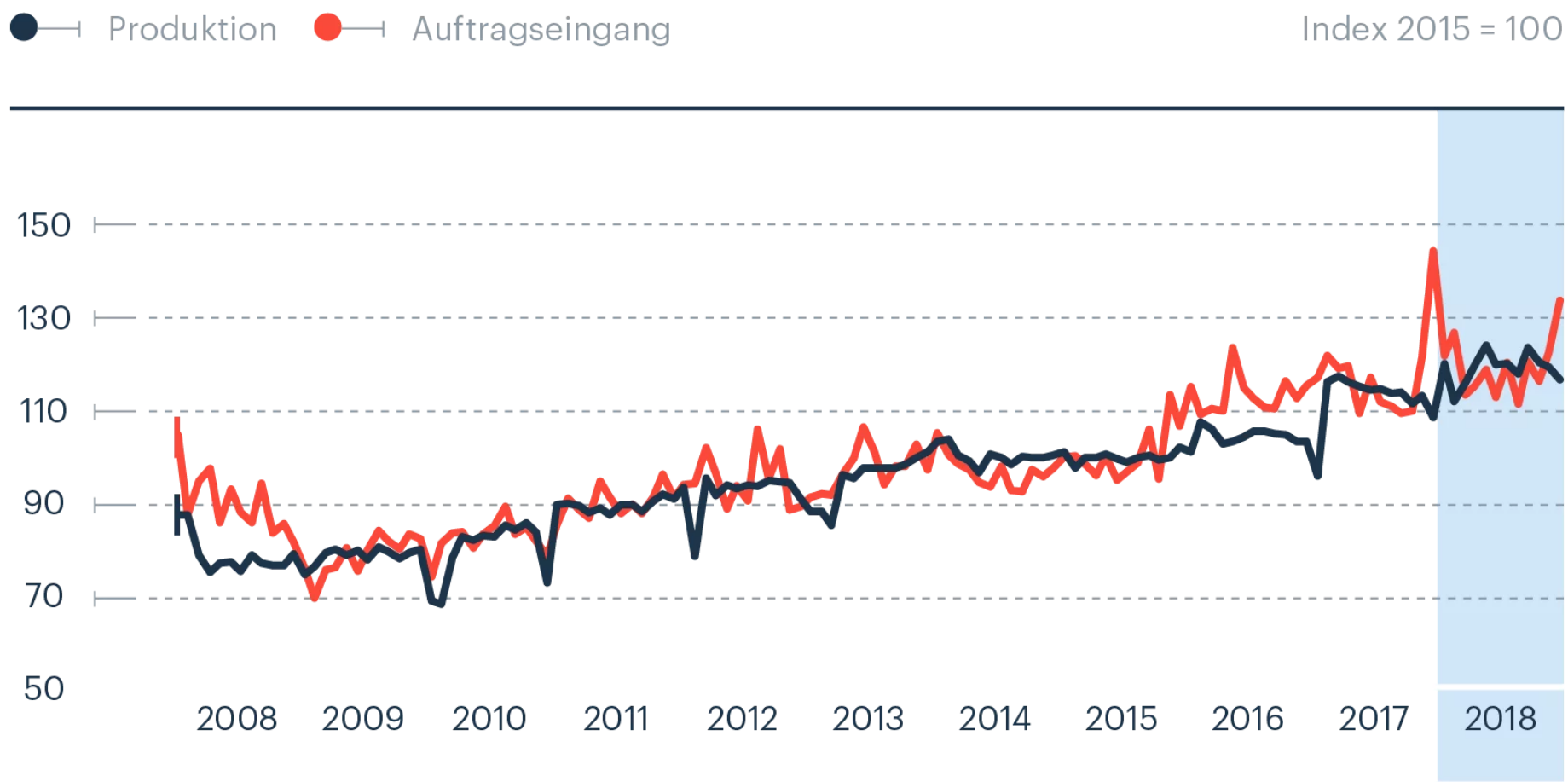
Rund 30 Prozent aller Erzeugnisse aus NE-Metallen werden in der Automobilindustrie verwendet. Die Elektrifizierungstendenz in der Branche bietet neue Anwendungsbereiche, für die sich Metalle mit ihren Eigenschaften besonders eignen. Hierbei erarbeitet die NE-Metallindustrie gemeinsam mit den Automobilherstellern, -zulieferern und Batterieherstellern neue innovative Lösungen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 48 Prozent des in Deutschland verarbeiteten Aluminiums werden im Fahrzeugbau verwendet. Durch seine Leichtigkeit in Kombination mit seiner Leitfähigkeit eignet sich Aluminium zur Herstellung von Batteriekomponenten, von der Batteriezelle bis zum vollständig integrierten Fahrzeugsystem, von der Kathodenfolie bis zum Gehäusedeckel. Der Anteil an Kupferprodukten, die in der Automobilbranche verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Neben dem konventionell angetriebenen Pkw, der mit etwa 25 Kilogramm Kupfer auskommt, weisen reine Elektroautomobile einen Kupferanteil von rund 70 Kilogramm aus. Bei Bussen erhöht sich der Einsatz auf 200 bis 300 Kilogramm pro Fahrzeug. Weiter spielt Kupfer beim Aufbau der Ladeinfrastruktur eine bedeutende Rolle. Etwa drei Viertel des in Deutschland verwendeten Bleis fließen in die Herstellung von Akkumulatoren. Pro Fahrzeug werden aktuell zudem rund zehn Kilogramm Zink eingesetzt. Der Wechsel zugunsten Nickel-intensiverer Batterietechnologien dürfte langfristig Wachstumstreiber für die Nickelnachfrage werden.

Lage und Prognose

Erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 sank der Weltmarkt für Pkw 2018 um ein Prozent auf 84,2 Millionen Fahrzeuge. Maßgeblich hierfür war ein Absatzrückgang um vier Prozent in China, dem größten Automobilmarkt. Gegen den allgemeinen Trend verzeichneten deutsche Marken in China einen Zuwachs von fünf Prozent. In Europa verharrte der Absatz 2018 auf Vorjahresniveau. Mit der verpflichtenden Einführung des neuen Abgastests WLTP im September 2018 brach der Pkw-Absatz in Deutschland kurzfristig ein. Gleichzeitig wurde die Inlandsproduktion deutlich zurückgefahren, im August um 31 Prozent und im September um 24 Prozent im Vorjahresvergleich. Über das Jahr gesehen gingen die Inlandsproduktion und der Export um jeweils minus neun Prozent auf 5,1 Millionen beziehungsweise vier Millionen Pkw zurück. Trotz politischer Bemühungen, die Elektromobilität zu unterstützen, verharrt die monatliche Produktion von Elektrofahrzeugen in Deutschland seit etwa zwei Jahren bei durchschnittlich 15.000 Pkw. Das entsprach einem Anteil von drei bis vier Prozent an der Pkw-Gesamtproduktion.

Der Verband der Automobilindustrie rechnet für **2019** erneut mit Rückgängen bei der Inlandsproduktion und beim Export von je fünf Prozent auf 4,9 Millionen beziehungsweise 3,8 Millionen Pkw. Das liegt zum Teil an Produktionsverlagerungen ins Ausland und an einem neuen Prüfverfahren, bei dem die aus den Tanks entweichenden Benzin-Dämpfe gemessen werden sollen (EVAP). Dennoch dürfte die Auslandsproduktion der deutschen Konzernmarken auf 11,6 Millionen Pkw steigen (plus drei bis vier Prozent). Die Branche geht davon aus, dass der Pkw-Absatz in China 2019 um zwei Prozent und entsprechend auch der Weltmarkt um ein Prozent auf 84,9 Millionen Pkw wachsen werden.

Bauwirtschaft



Hochbau; preisbereinigt, X13 JDemetra + kalender- und saisonbereinigt bzw. X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

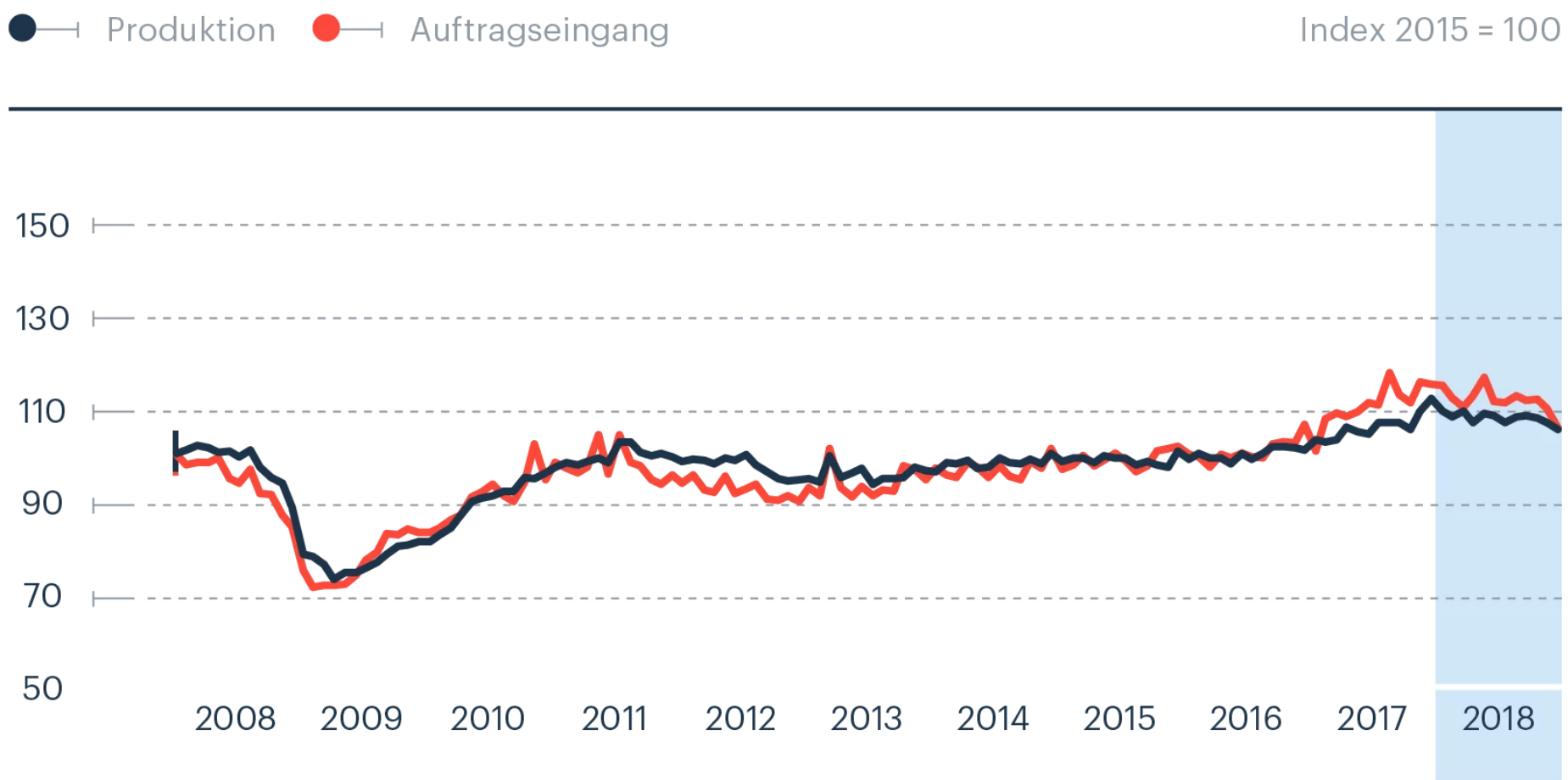
Im Bauwesen, der zweitgrößten Abnehmerbranche, wird eine Vielzahl von Metallen in reiner Form oder als Legierung verwendet. Metalle sind langlebig, leicht zu verarbeiten und korrosionsbeständig. Im Hochbau sind es Dächer und Fassaden, die aus Aluminium, Kupfer oder Zink ausgeführt werden. Die deutsche Aluminium- und Kupferindustrie lieferten 2018 je etwa 15 Prozent ihrer Erzeugnisse in die Baubranche. Aluminium wird für Fenster- und für Türrahmen sowie für Leichtbauelemente verwendet. Ein Großteil dieser Produkte ist farbbeschichtet. Kupfer wird im Gebäude als Installationsrohr für die Wasserverteilung und für Wärmetauscher sowie am Gebäude als Regenrinne und -fallrohr eingesetzt. Messing spielt eine große Rolle bei Sanitärarmaturen und sonstigem Sanitärzubehör. Blei wird als Werkstoff im Außenbereich eingesetzt. Es eignet sich besonders zur Ausführung von Verwahrungen und Anschlüssen, aber es werden auch komplette Dächer mit Blei gedeckt – zum Beispiel das Dach des Kölner Domes.

Lage und Prognose

Der Bauaufschwung setzte sich im vergangenen Jahr fort. 2018 betrug der Umsatzzuwachs im deutschen Bauhauptgewerbe 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bereinigt um die gestiegenen Preise lag das Plus immer noch bei 5,4 Prozent. Die Aktivitäten haben sich in den Sparten Wohnungs-, Wirtschafts- und öffentlicher Bau gleichermaßen positiv entwickelt. Maßgeblich für das nominale Umsatzwachstum im Wohnungsbau von 11,5 Prozent waren das weiterhin günstige Finanzierungsumfeld und die gute Arbeitsmarktlage. Der Wirtschaftsbau mit einem Umsatzanstieg von 12,3 Prozent profitierte hauptsächlich von Bauinvestitionen der Dienstleister und des Handels. Etwas zurück beim Wachstum blieb der öffentliche Bau mit einem Plus von 9,8 Prozent. Der Auftragsbestand der gesamten Branche lag Ende 2018 mit 46,3 Milliarden Euro auf einem neuen Rekordniveau und gleichzeitig 14 Prozent über dem Vorjahreswert.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie geht mit großem Optimismus in das Jahr **2019**. Der Umsatzzuwachs könnte in der Summe nominal bei sechs Prozent liegen, preisbereinigt bei einem Prozent. Die Steigerung soll in allen drei Sparten in etwa gleich sein. Damit bleibt der Baubereich auch im laufenden Jahr eine Stütze der Konjunktur.

Elektrotechnik und Elektronikindustrie



Preisbereinigt, X13 JDemetra + kalender- und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

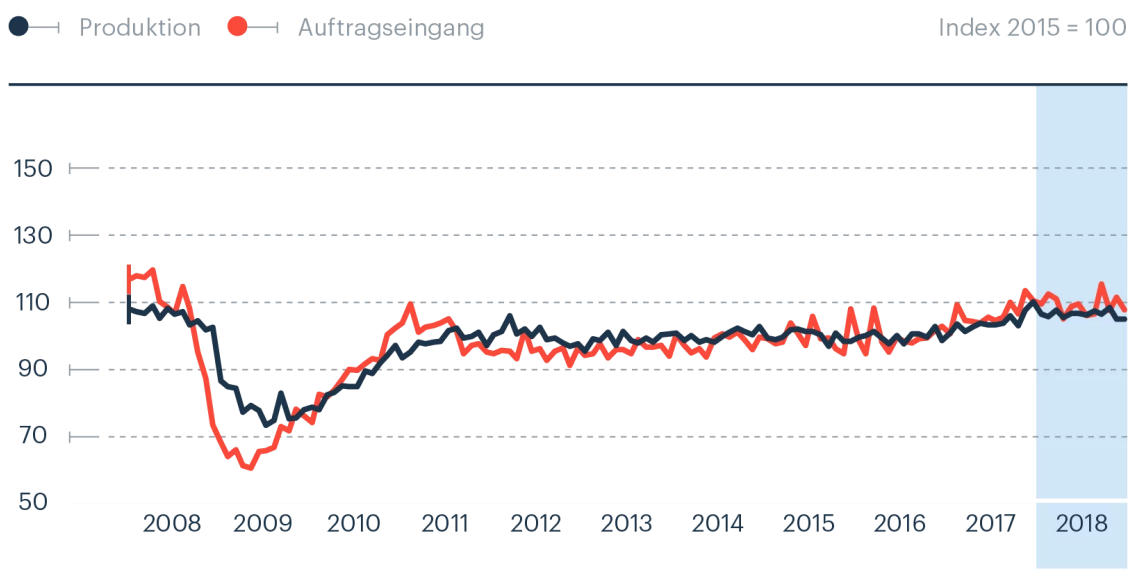
Mehr als 50 Prozent aller Produkte aus Kupfer und Kupferlegierungen gehen in die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation. In den letzten Jahren kamen neue Anwendungen durch die Digitalisierung als Wachstumstreiber hinzu. Die fortschreitende Elektrifizierung der Fahrzeuge bis hin zum batterieelektrischen Antrieb sowie der Aufbau der hierfür notwendigen Ladeinfrastruktur sind weitere Faktoren, die zukünftig mit einer Zunahme an Kupferprodukten aufwarten werden. Bei Energieleitungen hat der Kupferdraht einen Anteil von rund 70 Prozent. Im Hochspannungsbereich der Übertragungsnetze spielt Aluminium eine große Rolle. Kabelummantelungen aus Blei werden für Unterwasser-Seekabel eingesetzt. Bronzelegierungen sind aufgrund ihrer großen Festigkeit gut geeignet für Steckverbinder im Automobil und im Anlagenbau.

Lage und Prognose

2018 wies die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ein Wachstum der preisbereinigten Produktion von 2,1 Prozent gegenüber 2017 aus. Der Auftragseingang verharrte 2018 insgesamt auf dem Vorjahresniveau (minus 0,2 Prozent). Darunter sanken die Bestellungen aus dem Inland um 2,3 Prozent. Kunden aus dem Ausland fragten hingegen 1,5 Prozent mehr nach. Mit einem Wachstum von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 212 Milliarden Euro wurde 2018 ein neuer Exportrekord erreicht. Die zwei größten Ausfuhrmärkte China und die Vereinigten Staaten verzeichneten Wachstumsraten von 10,3 beziehungsweise 4,3 Prozent. Die Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich wies dagegen einen Rückgang um 1,6 Prozent aus. Gemäß ifo Institut, München, sank die hohe Kapazitätsauslastung leicht auf 87,6 Prozent im Januar 2019 – vor Jahresfrist waren es noch 88,1 Prozent.

Die Prognose des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie für die preisbereinigte Produktion im Jahr **2019** liegt bei plus einem Prozent gegenüber 2018. Ungeachtet der aktuellen konjunkturellen Eintrübung bieten Absatzmärkte wie Energie (-effizienz), (Elektro-) Mobilität, Digitalisierung, Smart Buildings, Industrie 4.0 und Gesundheit reichlich Potenzial für künftiges Wachstum.

Maschinen- und Anlagenbau



Preisbereinigt, X13 JDemetra + kalender- und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Aluminium wird aufgrund seines geringen spezifischen Gewichts häufig bei beweglichen Teilen im Maschinenbau eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen oder aus Aluminium spielen wegen ihrer Wärmeleitfähigkeit bei der Herstellung von Kühl- und Wärmeanlagen eine große Rolle. Meerwasserentsalzungsanlagen sind ohne die Eigenschaften von Produkten aus Kupfer und seinen Legierungen nicht denkbar. Messing wird hauptsächlich für Industriearmaturen, zum Beispiel in der Lebensmittelindustrie, verwendet.

Blei wird im Schall- und Strahlenschutz und im Anlagen- und Behälterbau als Auskleidung angewendet, um den Konstruktionswerkstoff vor aggressiven Säuren zu schützen. Die Einsatzgebiete von korrosionsbeständigen Werkstoffen aus Nickel und

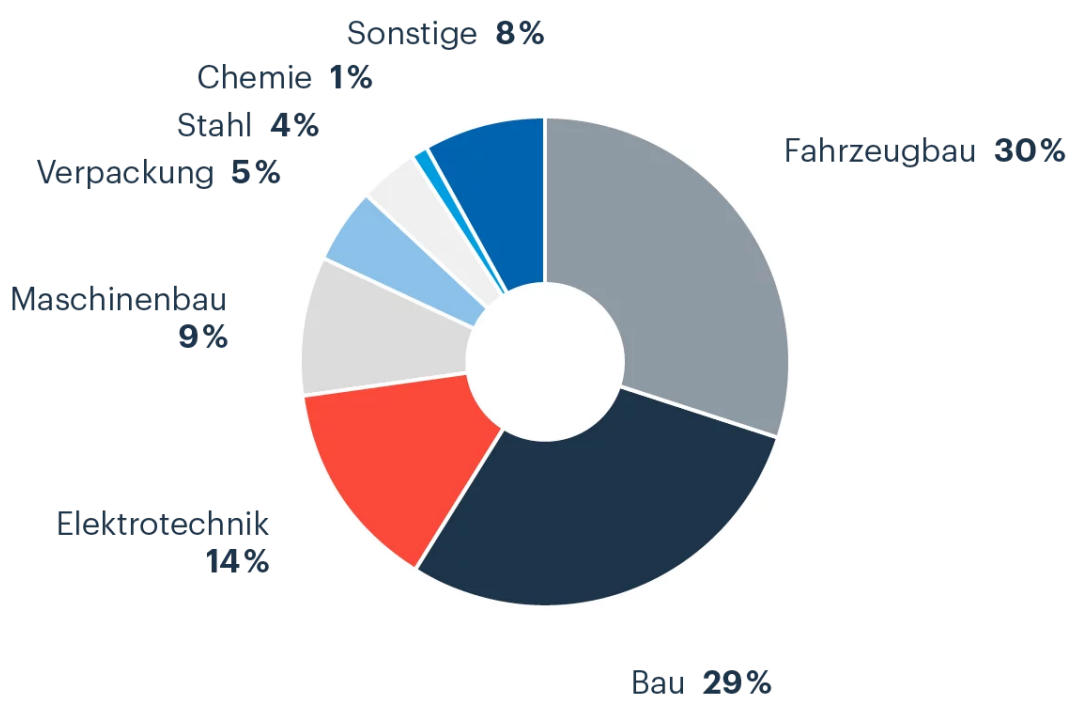
Nickellegierungen, die einen Nickelgehalt über 32 Prozent aufweisen, finden sich zum Beispiel im Großanlagenbau der Chemie-, Öl-, Gas- und Energieindustrie.

Lage und Prognose

2018 stieg die preisbereinigte Produktion des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus mit 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr schwächer als erwartet. Maßgeblich hierfür waren zahlreiche Kapazitätsengpässe und der Fachkräftemangel. Die Auslastung der Branche lag 2018 in der Spitze mit über 90 Prozent oberhalb des langjährigen Durchschnitts von 86,2 Prozent. Der Auftragseingang legte 2018 um plus fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Die Exporte wuchsen im vergangenen Jahr nominal um 5,3 Prozent. Darunter stiegen die Ausfuhren in den größten Einzelmarkt, die Vereinigten Staaten, um 7,1 Prozent und in den zweitwichtigsten Markt, China, um 9,6 Prozent. Gemäß ifo Institut, München, sank die Kapazitätsauslastung im Januar 2019 auf 89,2 Prozent, von 91 Prozent sechs Monate zuvor.

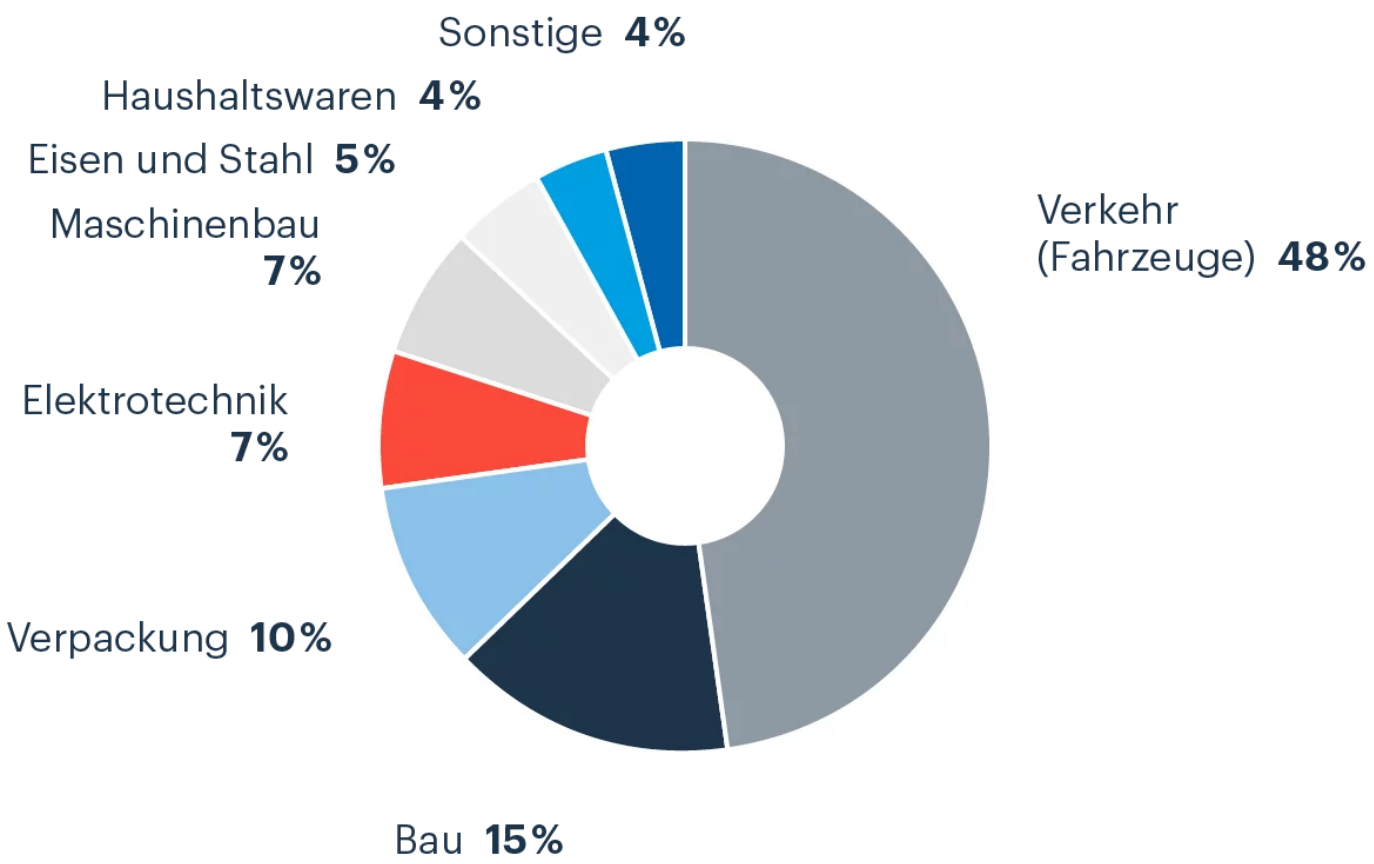
Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau halbierte seine Prognose für die preisbereinigte Produktion **2019** auf ein Prozent im Vorjahresvergleich. Die Handelskonflikte dämpfen zunehmend die Investitionsbereitschaft der Industrie. In den zwei größten Einzelmärkten, den Vereinigten Staaten und China, wird weniger Wachstum erwartet.

Verwendung Nichteisen-Metalle



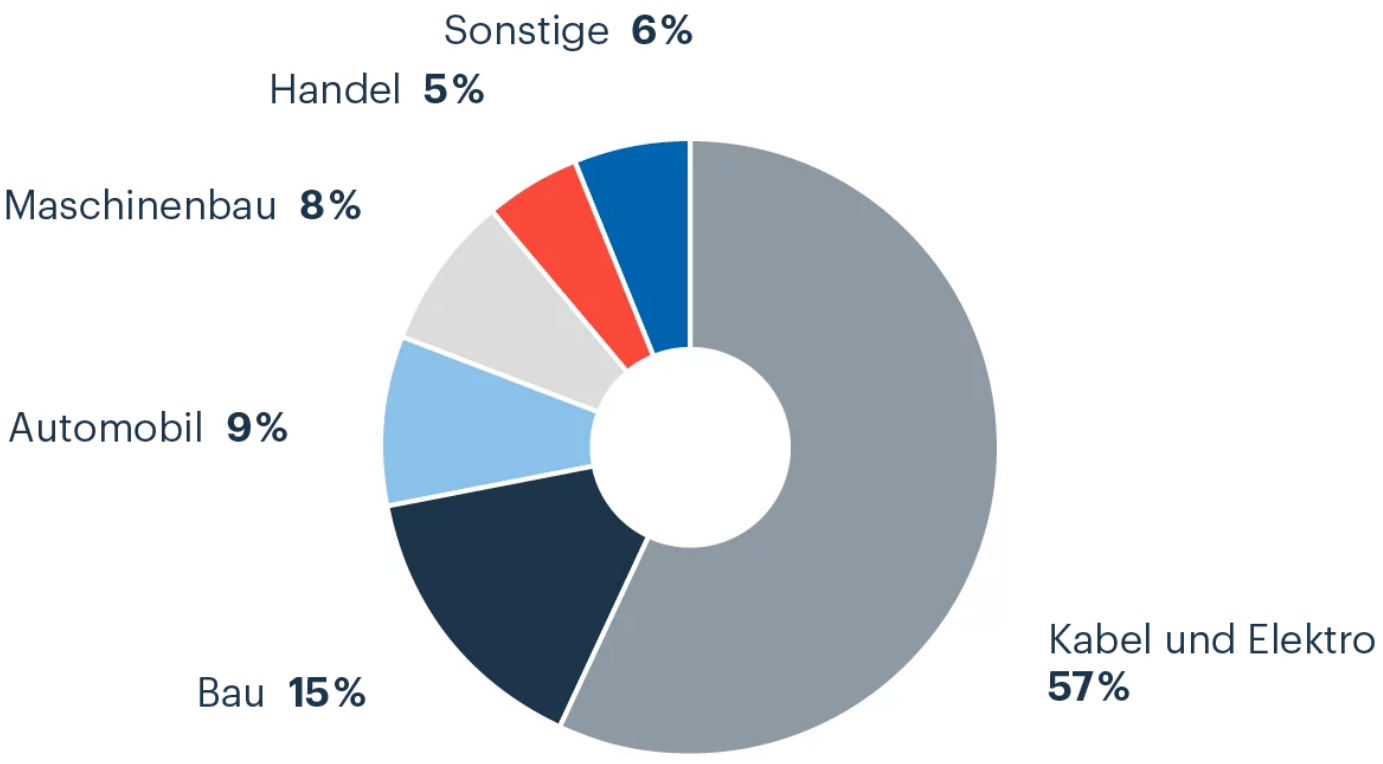
Schätzung Deutschland;
Quellen: Gesamtverband der Aluminiumindustrie, Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie, ILZSG International Lead and Zinc Study Group, WBMS World Bureau of Metal Statistics

Verwendung Aluminium



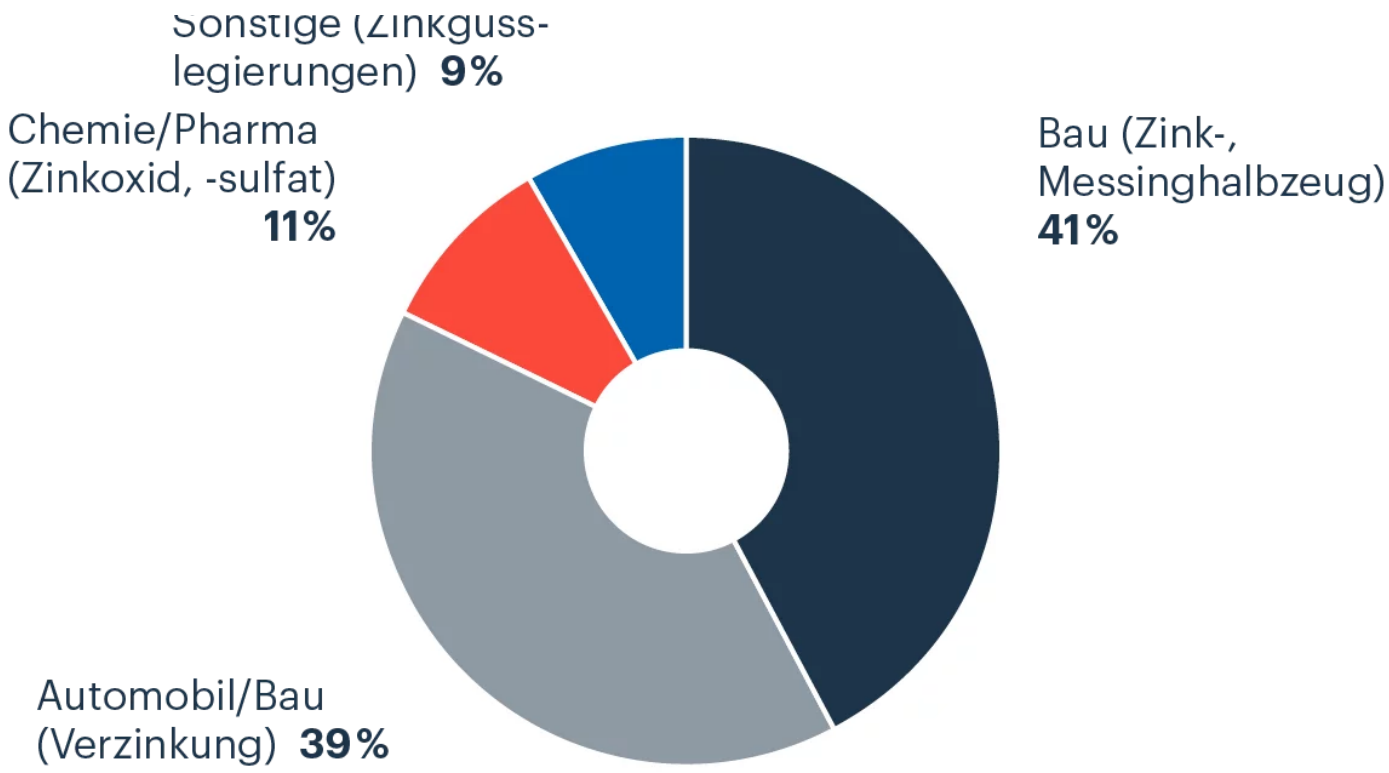
Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Aluminiumindustrie

Verwendung Kupfer



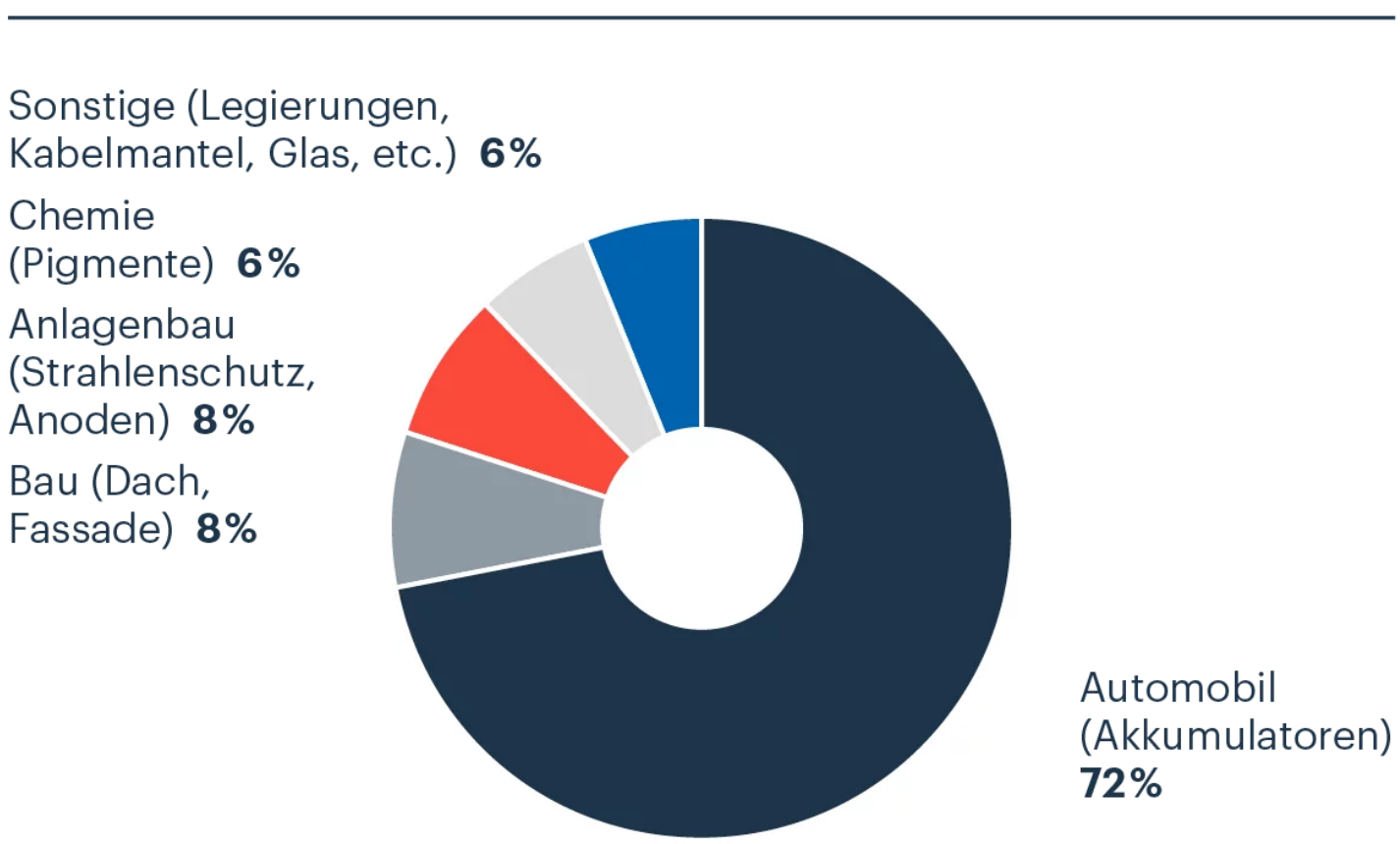
Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

Verwendung Zink



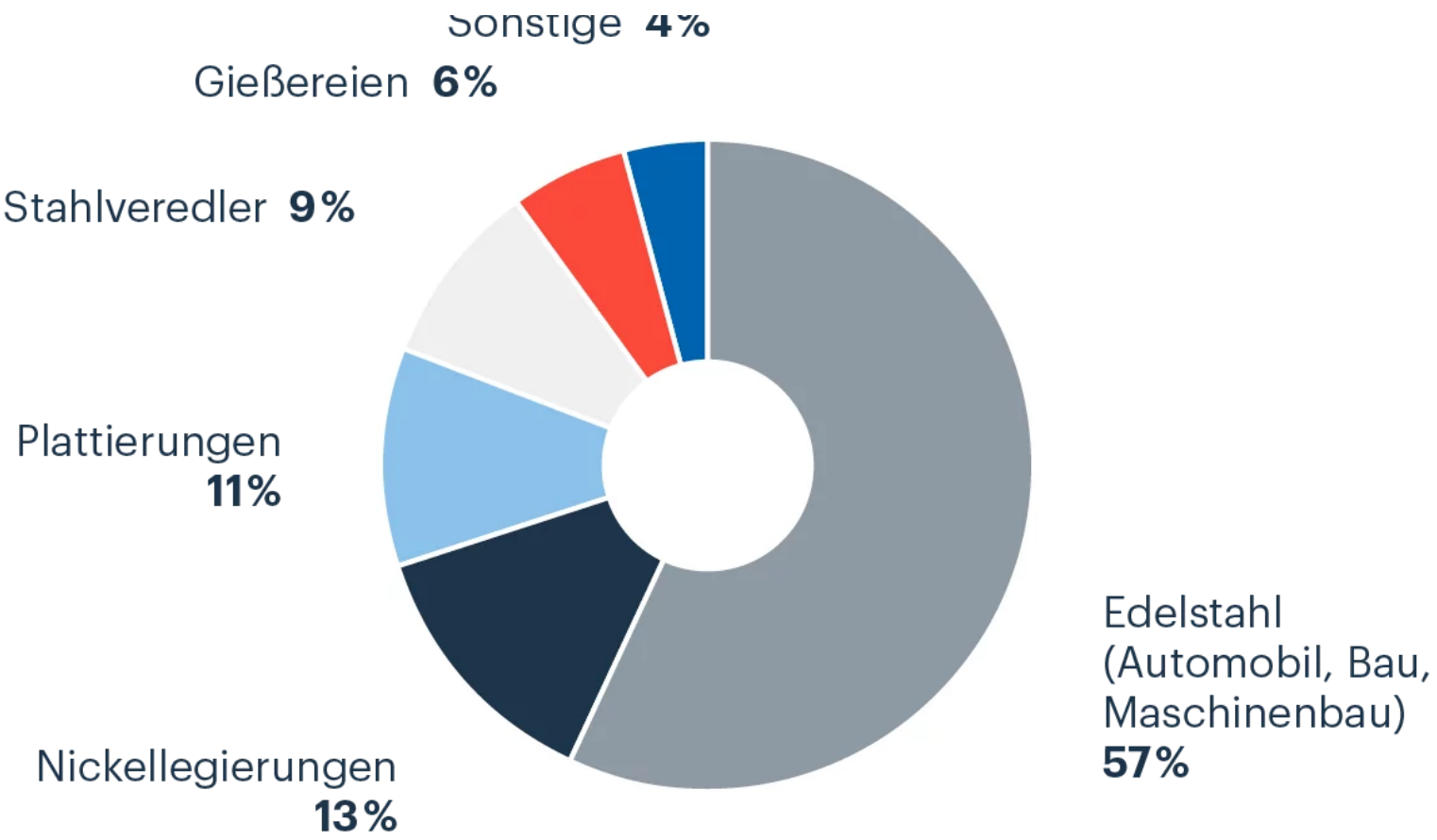
Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

Verwendung Blei



Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

Verwendung Nickel



Schätzung Deutschland;
Quellen: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie;
WBMS World Bureau of Metal Statistics

Autor
Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte und Monatsnotizen für die WVMetalle. Sie erreichen ihn unter

eisenberg@gdb-online.org